



64. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 4. Juli 2014

Mitteilungen der Präsidentin	6453	Minister Ralf Jäger	6473
Vor Eintritt in die Tagesordnung	6453	Ergebnis	6474
1 Große Koalition beschließt EEG-Reform mit verheerenden Folgen für den Industriestandort NRW – Rot-grüne Landesregierung schaut bisher tatenlos zu		Dr. Joachim Paul (PIRATEN) (Erklärung gem. § 31 GeschO).....	6474
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/6191	6453	3 Gesetz zur Aufhebung des Tarif-treue- und Vergabegesetzes Nord-rhein-Westfalen	
Dietmar Brockes (FDP)	6453	Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 16/4443	
Rainer Schmeltzer (SPD)	6455	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittel- stand und Handwerk Drucksache 16/6152	
Thomas Kufen (CDU)	6456	zweite Lesung.....	6475
Wibke Brems (GRÜNE).....	6458	Rainer Schmeltzer (SPD)	6475
Kai Schmalenbach (PIRATEN)	6459	Dr. Günther Bergmann (CDU)	6475
Minister Johannes Remmel.....	6460	Daniela Schneckenburger (GRÜNE).....	6476
Thomas Kufen (CDU)	6461	Ralph Bombis (FDP)	6477
Thomas Eiskirch (SPD)	6462	Daniel Schwerd (PIRATEN).....	6478
Holger Ellerbrock (FDP)	6463	Minister Garrelt Duin	6478
Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE)	6464	Ergebnis	6480
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)	6465	4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – BauGB-AG NRW –	
Minister Garrelt Duin	6466	Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/6131 – Neudruck	
2 Alltagsrassismus und rechte Gewalt bekämpfen – Erfassung politisch rechts motivierter Straftaten verbessern		erste Lesung.....	6480
Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/6122 – Neudruck	6468	Bernhard Schemmer (CDU)	6480
Thomas Stotko (SPD).....	6468		
Verena Schäffer (GRÜNE)	6468		
Birgit Rydlewski (PIRATEN)	6469		
Theo Kruse (CDU)	6470		
Dr. Joachim Stamp (FDP)	6473		

Holger Ellerbrock (FDP)	6481
Sarah Philipp (SPD).....	6481
Norwich Rüße (GRÜNE)	6482
Oliver Bayer (PIRATEN).....	6484
Minister Michael Groschek	6484
Holger Ellerbrock (FDP)	6485

Ergebnis6486

5 Einrichtung einer Enquete-Kommission zu Finanzierungsoptionen des Öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wandels (FINÖPV)

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5959 – zweiter Neudruck.....6486

Oliver Bayer (PIRATEN).....	6486
Carsten Löcker (SPD)	6487
Rolf Beu (GRÜNE)	6488
Henning Rehbaum (CDU)	6488
Christof Rasche (FDP)	6490

Ergebnis6490

6 Förderung der Niederdeutschen Sprachpflege

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6133.....6490

Henning Rehbaum (CDU)	
siehe Anlage	6490
Hans Feuß (SPD)	6491
Oliver Keymis (GRÜNE)	6492
Yvonne Gebauer (FDP).....	6493
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)	
(siehe Anlage).....	6494
Ministerin Ute Schäfer	6495

Ergebnis6496

7 Bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV sicherstellen – Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei Verteilung der Regionalisierungsmittel beseitigen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und

der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6129 – Neudruck..... 6496

Ergebnis..... 6496

8 Keine Abschiebung von verfolgten und diskriminierten Minderheiten in den Westbalkan!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6119 6496

Frank Herrmann (PIRATEN)	6496
Ibrahim Yetim (SPD)	6497
Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	6499
Verena Schäffer (GRÜNE)	6500
Dr. Joachim Stamp (FDP).....	6501
Minister Ralf Jäger	6502

Ergebnis..... 6503

9 Keine Genehmigung des Uranoxid-Lagers in Gronau, Ergebnisse der „Endlager-Kommission“ abwarten!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6116 6503

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)	6503
Guido van den Berg (SPD).....	6504
Thomas Kufen (CDU)	6505
Hans Christian Markert (GRÜNE)	6506
Dietmar Brockes (FDP).....	6506
Minister Garrelt Duin	6507
Reiner Priggen (GRÜNE)	6509

Ergebnis..... 6509

Nächste Sitzung..... 6509

Anlage 6511

Zu TOP 6 – „Förderung der Niederdeutschen Sprachpflege“ – ins Hochdeutsche übersetzte Reden

Henning Rehbaum (CDU).....	6511
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)	6511

Entschuldigt waren:

Ministerin Barbara Steffens
(bis 13 Uhr)

Minister Dr. Norbert Walter-Borjans
(bis 11 Uhr und von 13 Uhr bis 14:30 Uhr)

Jochen Ott (SPD)
Dirk Schlömer (SPD)

Dr. Stefan Berger (CDU)
Peter Biesenbach (CDU)
Dr. Gerd Hachen (CDU)
Volker Jung (CDU)
Bernd Krückel (CDU)
Norbert Post (CDU)

Monika Düker (GRÜNE)
Manuela Grochowiak-Schmieding (GRÜNE)
(ab 11:30 Uhr)
Gudrun Elisabeth Zentis (GRÜNE)

Dr. Robert Orth (FDP)

Beginn: 10:06 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 64. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich elf Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich gerne noch einmal auf den Vorfall aus der gestrigen Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 6 zurückkommen.

Ich habe den mit transparenten Westen bekleideten Mitgliedern der Piratenfraktion – insgesamt 17 Kolleginnen und Kollegen – wegen unparlamentarischen Verhaltens eine **Rüge** erteilen müssen. Sie waren nämlich auch nach dreimaliger Aufforderung nicht bereit, ihre Westen abzulegen. Genau auf diesen Umstand beziehen sich die erteilten Rügen. Ich habe Rügen ausgesprochen, weil das individuelle und das kollektive Verhalten eine unzulässige Demonstration war.

In diesem Haus werden aber die politischen Auseinandersetzungen nur in Rede und Gegenrede ausgetragen. Die Mehrheiten sollen durch Argumente, nicht durch öffentlichkeitswirksame Aktionen gefunden werden.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Das ist auch unser Anliegen!)

Deshalb ist es guter Brauch, sich hier und in allen anderen Parlamenten in der Debatte auf den Austausch von Argumenten zu konzentrieren und solche Aktionen nicht zuzulassen.

Ebenso wenig akzeptabel ist, dass eine dreimalige Aufforderung, die Demonstration zu beenden, nicht beachtet wurde. Das Parlament organisiert seine Abläufe selbst. Damit dies möglichst ausgewogen und unangreifbar geschieht, werden alle Fraktionen an der Aufgabe der Sitzungsleitung beteiligt. Die jeweiligen Sitzungsleiter müssen ihrer Ordnungsfunktion nachkommen, aber auch nachkommen können. Dies ist gestern bewusst und gezielt missachtet worden. Da es nicht mehr um Unwissenheit, sondern einen gezielten Regelverstoß ging, waren die Rügen die logische Konsequenz. Auch jetzt möchte ich diesen Vorgang noch einmal mit aller Klarheit verurteilen und meine Missbilligung aussprechen.

Das Verhalten von gestern wirft allerdings auch die Frage auf, ob die bestehenden Instrumente der Geschäftsordnung ausreichen, auf solche Vorfälle angemessen reagieren zu können.

Ich denke, dass die anstehende Beratung zum Abgeordnetengesetz Gelegenheit bietet, sich dieser Frage vertieft zuzuwenden.

Mit diesen Bemerkungen, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN] und Marc Olejak [PIRATEN] melden sich zu Wort.)

steigen wir in die **Tagesordnung** ein:

1 Große Koalition beschließt EEG-Reform mit verheerenden Folgen für den Industriestandort NRW – Rot-grüne Landesregierung schaut bisher tatenlos zu

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6191

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 30. Juni 2014 gemäß § 95 Abs. 1 unserer Geschäftsordnung zu der zuvor genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion der FDP Herrn Kollegen Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit über zwei Jahren haben wir eine öffentliche Debatte über die überfälligen Korrekturen bei der Förderung erneuerbarer Energien. Es war alleine die FDP, die frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und bereits kurz nach der letzten EEG-Reform eine wirklich grundlegende Überarbeitung der Förderung der Erneuerbaren angemahnt und dazu Vorschläge unterbreitet hatte. Bei allen anderen Parteien – SPD, CDU und erst recht bei den Grünen – hat sich dieses Erkenntnis erst im vergangenen Bundestagswahlkampf so richtig durchgesetzt.

Viel Zeit ist deshalb vertan worden – wertvolle Zeit. Das rächt sich nun im EEG-Gesetzgebungsverfahren der sogenannten Großen Koalition. Was mussten wir nicht alles mit ansehen: Referentenentwürfe zirkulierten quasi im Stundentakt. Über Entlastungen oder Belastungen bei der EEG-Umlage wird in Milliardenhöhe gepokert. Die handwerklich schlampig gemachte EEG-Novelle wird mit atemberaubendem Tempo durch den Bundestag geschleust. Das Ergebnis ist, dass das Gesetz eine Haltbarkeitszeit von nicht einmal einer Woche hat. Da musste es schon repariert werden. Die „Rheinische Post“ titelte gestern zu Recht: „Die große Koalition der Schlamperei“.

Das EEG ist ein Subventionsmonster, das jährlich 24 Milliarden € von unten nach oben umverteilt. Die Gesellschaft, private Haushalte und Unternehmen,

alle bezahlen; einige wenige profitieren. Zum Klimaschutz insgesamt trägt das EEG nicht bei.

Inzwischen hat die Summe der Steuern und Abgaben am Strompreis für Haushalte erneut ein Rekordhoch erreicht und macht insgesamt 52 % aus. Das hätte Anlass genug sein müssen, im Gesetzgebungsverfahren eine ernsthafte Analyse über Sinn, Zweck und Folgen des EEGs vorzunehmen. Nichts davon ist geschehen, ganz im Gegenteil.

Aufgrund der jüngsten Änderungen blickt die deutsche Wirtschaft in den Abgrund – erst recht am Industrie- und Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Warum? Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat nur wenige Tage vor der abschließenden Lesung im Bundestag in einer Nacht- und Nebelaktion von den bisherigen Verhandlungsergebnissen bei der besonderen Ausgleichsregelung und beim Eigenstrom nichts mehr übrig gelassen, und SPD und CDU haben dies im Bundestag einfach abgenickt.

Ich will kurz darauf eingehen, worum es geht:

Erstens: besondere Ausgleichsregelung. Hier wurde die Härtefallregelung empfindlich eingeschränkt, obwohl dies nach den Leitlinien der EU-Kommission nicht notwendig wäre.

Zweitens. Künftig wird auch der industriell genutzte Eigenstrom statt mit den ursprünglich vorgesehenen 15 % mit bis zu 40 % EEG-Umlage belastet.

Drittens. Während der Bestandsschutz für EEG-Anlagen uneingeschränkt gilt, soll er für konventionelle Anlagen nur bis zum Jahr 2017 gelten. Ob er danach noch weiter gilt, steht völlig in den Sternen. Denn die EU-Kommission ist strikt dagegen.

Meine Damen und Herren, was nützt es den Unternehmen in unserem Land zu wissen, dass die Ergebnisse im Jahr 2017 wieder auf den Prüfstand kommen, womöglich wegfallen, sodass Investitionen vielleicht nachträglich entwertet werden? Die Frage ist doch: Wer nimmt in den kommenden drei Jahren dieses Risiko überhaupt auf sich und trifft Investitions- oder auch Reinvestitionsentscheidungen? Der jetzige EEG-Kompromiss ist deshalb schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung.

(Beifall von der FDP)

Mit diesen Änderungen hat sich Wirtschaftsminister Gabriel ganz klar über die gemeinsame Position von Bund und Ländern, wie sie am 1. April beschlossen wurde, hinweggesetzt. Damit wird die Umsetzung der Energiewende in Nordrhein-Westfalen erheblich gefährdet. Deshalb schlägt die nordrhein-westfälische Wirtschaft verständlicherweise Alarm. Damit stünden künftig viele Projekte vor dem Aus. Das wäre ein großer energie- und umweltpolitischer Fehler. – So mahnen die IHKS.

Da wundere ich mich schon sehr darüber, dass der durchsichtige Versuch von Minister Gabriel, die EU-Kommission als Sündenbock für erzwungene Ände-

rungen darzustellen, von der nordrhein-westfälischen Landesregierung nicht aufs Schärfste zurückgewiesen wurde. Denn erst sein Vorstoß, den industriellen Eigenverbrauch grundsätzlich zu 100 % in das EEG einzubeziehen, aber nur anteilig mit der Umlage zu belasten, hat die EU-Kommission auf den Plan gerufen, hierin eine unzulässige Beihilfe zu sehen.

Und dass dies alles erst kurz vor Schluss völlig überraschend auf den Verhandlungstisch gekommen sein soll, ist doch eine reine Schutzbehauptung. Das hat nicht nur EU-Kommissar Almunia bereits klargestellt, es lässt sich auch – jedenfalls bei der Frage der Diskriminierung von Ökostromimporten – ganz leicht nachlesen, denn das war bereits im Eröffnungsbeschluss der EEG-Beihilfverfahren angesprochen worden.

Hier drängt sich vielmehr der Verdacht auf, dass der große Zeitdruck absichtlich ausgenutzt wurde, der Anschlag auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen von langer Hand geplant war und SPD und Grüne

(Beifall von der FDP)

dies aus parteipolitischen Gründen tatenlos hingenommen haben, die einen, weil Deindustrialisierung zum öko-romantischen Parteiprogramm gehört, die anderen, weil man sich nicht gegen den eigenen Bundesvorsitzenden stellen will. Anders lässt sich nicht erklären, dass Frau Ministerpräsidentin Kraft zum EEG-Beschluss und zu den Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen noch überhaupt kein Wort verloren hat, und dies, obwohl es ganz klar sowohl der Beschlusslage des Landtags als auch ihren eigenen Forderungen zuwiderläuft.

Frau Ministerpräsidentin, am 29. Januar erklärten Sie hier in diesem Hohen Hause – ich zitiere –:

„Aber bestehende Eigenstromproduktionen müssen selbstverständlich auch Vertrauensschutz genießen, und hier besteht noch Klärungsbedarf in den Gesprächen, die anstehen.“

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Brockes (FDP):

„Industrielle Arbeitsplätze müssen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben. Eine starke Industrie ist nämlich nicht nur für uns, sondern auch für Deutschland und für ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa gut.“

Dies haben Sie hier vor dem Hohen Hause gesagt. Das ist richtig, aber das findet sich nicht in dem wieder, was in Berlin beschlossen wurde.

Deshalb sage ich hier abschließend deutlich: Sie sind mit Ihrer Energiepolitik in Berlin gescheitert. Wenn dies nicht so sein sollte, dann erklären Sie

uns hier und heute, wie Sie dies noch ändern wollen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bin mittlerweile 14 Jahre in diesem Haus und frage mich immer wieder, warum ich mir Konzepte schreibe, wenn doch der Kollege Brockes vor mir spricht, weil der so viele Steilvorlagen liefert, dass ich keine Konzepte mehr brauche.

Ein bisschen zur Geschichte, Herr Kollege Brockes: Es ist schon hanebüchen, wenn Sie sagen: Es war alleine die FDP, die den Druck aufgebaut hat. – Wenn ich in die jüngere Geschichte blicke, dann stelle ich fest, dass bis zum Herbst letzten Jahres eine andere Bundesregierung in Berlin tätig war.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Und wenn ich mich richtig erinnere, hieß einer der zuständigen Minister Rösler, wo immer er auch derweil weilt. Heute zu sagen, es sei viel Zeit vertan worden, vor dem Hintergrund der Geschichte Ihres Ministers, ist nicht nur hanebüchen, sondern Verdrängung von Wahrnehmung, Verdrängung von Wahrheiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Minister Johannes Rammel: Das ist unglaublich!)

Sie, die schwarz-gelbe Bundesregierung, hat jahrelang nichts getan, rein in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln. Altmaier und Rösler sind sich nie einig geworden. Es ist nichts passiert. Und Sie sprechen hier davon, es sei viel Zeit vertan worden. Das ist mehr als hanebüchen.

(Beifall von der SPD)

Ich komme nun auf die Entwicklung der EEG-Umlage zu sprechen, Herr Kollege Brockes. Es ist doch wichtig, wenn man einen solchen Satz hier ausspricht, dass man sich auch einmal die Zahlen anguckt. Schön ist es, wenn man sich auch die Kurve anguckt. 2003 bis 2009: ein leichter Anstieg von 0,5 auf 1 Cent. 2009 – ich erinnere daran, dass es damals eine schwarz-gelbe Bundesregierung gegeben hat – begann die Erhöhung der EEG-Umlage, nämlich von 1 Cent 2009 auf 2 Cent im Jahre 2010, auf 3,5 Cent im Jahre 2011 und 5 Cent im Jahre 2013. Wer hat denn zu dieser Zeit in Berlin regiert, Herr Kollege Brockes, als die EEG-Umlage so angestiegen ist? – Das waren Sie! Das hier anders darzustellen, ist schon mehr als hanebüchen.

(Beifall von der SPD und Minister Johannes Rammel – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wäre es so, wie Sie es in der Überschrift zur Beantragung dieser Aktuellen Stunde dargestellt haben, wäre es so, wie Sie versuchen, zu suggerieren, dass diese Landesregierung tatenlos zugesehen hätte, vielleicht so, wie Sie dem ehemaligen Minister Rösler tatenlos zugesehen haben, dann könnten Sie ansatzweise recht haben. Das ist aber definitiv nicht so. Denn eines wird doch an der Verabschiedung der EEG-Novelle unter Federführung von Minister Gabriel besonders deutlich: Die alte CDU/CSU-FDP-Bundesregierung hat sich als völlig überfordert und unfähig erwiesen, diese notwendigen und wichtigen neuen Weichenstellungen vorzunehmen.

Wir haben in diesem Jahr schon mehrfach über die EEG-Reform debattiert. Die Positionen von Nordrhein-Westfalen sind hierbei deutlich geworden. Mit Berlin standen wir, stand die Landesregierung natürlich im permanenten Kontakt. Wir alle wissen, dass, wenn dieser Kontakt, diese Einflussnahme nicht gewesen wäre, es für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen wirklich hätte schlecht aussehen können.

Sie sprechen in Ihrer Beantragung dieser Aktuellen Stunde die EU-Kommission an. Ja, aber dann doch bitte in Gänze, Herr Kollege Brockes! Von dort kam doch damals die Eröffnung des Beihilfeverfahrens gegen die besonderen Ausgleichsregelungen im EEG. Die EU-Kommission griff das EEG also an seiner empfindlichsten Stelle an. Ohne eine neue, von der EU-Kommission akzeptierte gesetzliche Grundlage hätte es keine gesetzliche Grundlage dafür gegeben, dass Industrieunternehmen für das Jahr 2015 Ausnahmen von der Zahlung der EEG-Umlage beantragen können.

Für Nordrhein-Westfalen mit seiner spezifischen Industriekultur ist dabei die nachhaltige Sicherung der besonderen Ausgleichsregelungen für die Industrie von großer Bedeutung. Die zukünftigen besonderen Ausgleichsregelungen sind positiv zu bewerten. Dies ist nicht zuletzt dem Einsatz der Landesregierung und der von Ihnen zu Recht zitierten Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zu verdanken.

Die bisherigen Ausnahmeregelungen des EEG für die stromintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrie werden fortgeführt und rechtssicher ausgestaltet.

Für Unternehmen, die aufgrund der Systemumstellung künftig nicht mehr antragsberechtigt sind, ist eine Härtefallregelung geschaffen. Die Mindestumlage in der besonderen Ausgleichsregelung für Unternehmen aus der Nichteisenmetallbranche, also zum Beispiel die Aluminiumindustrie, wird auch zukünftig auf 0,05 Cent pro Kilowattstunde festgelegt werden.

Nun gibt es manche Versuche, die Ausgleichsregelung für die Industrie gegen die Stromkosten für private Haushalte auszuspielen. Dabei wird so getan, als seien private Stromverbraucher nicht vielfach auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Würde man die EEG-Umlage ohne Ausnahme auf alle Stromverbraucher verteilen, dann würde ein privater Dreipersonenhaushalt um rund 40 € pro Jahr entlastet werden. Diesem Wohlfahrtsgewinn müssten aber mehrere Hunderttausend Arbeitsplätze entgegengestellt werden, die in der Industrie verloren gingen.

Sie sprechen die Regelungen zum Eigenstrom an. Dabei verschweigen Sie aber, dass die EU-Kommission auf den letzten Metern vor der Verabschiedung im Parlament an zwei Punkten regelrecht quer hineingegrätscht ist. Einer der Punkte betrifft die Forderung der EU-Kommission, Stromimporte grundsätzlich von der EEG-Umlage freizustellen. Dies wurde von der Bundesregierung und den Regierungsfractionen grundsätzlich abgelehnt. Der andere Punkt betrifft das Ansehen der EU-Kommission, für Eigenstrombedarfsanlagen ab 2017 die gleichen Regeln einzuführen wie bei Neuanlagen. Eine solche Regelung hätte insbesondere für Nordrhein-Westfalen erhebliche Auswirkungen, vor allem dort, wo die Grundstoffproduktion mit der Stromerzeugung verbunden ist, zum Beispiel in der Chemieindustrie und auch bei Kraftwerken.

Sie sollten doch positiv zur Kenntnis genommen haben, dass gerade die Intention der EU-Kommission so nicht im Gesetz geteilt wurde. Das aktuelle Gesetz wird als Kompromiss festgeschrieben: Bestandsanlagen werden weiterhin nicht mit der EEG-Umlage belastet. Diese Regelung wird 2017 evaluiert. Auf dieser Grundlage soll ein Vorschlag für eine zukünftige Regelung vorgelegt werden. Diese Neuregelung muss mit dem Beihilferecht vereinbart sein – ein Kompromiss, der bei Anlagenbetreibern zu Recht einige Sorgen über die Sicherheit der in der Vergangenheit getätigten Investitionen bei der Eigenversorgung ausgelöst hat. Deshalb muss die Bundesregierung jetzt mit einer neuen EU-Kommission Klarheit darüber herbeiführen, um Investitionssicherheit zu gewährleisten.

Schauen wir doch einmal weiter! Die Energiewende ist mit der EEG-Novelle nicht abgeschlossen, wenngleich wir schon wesentlich weiter wären, wenn Herr Rösler dies hätte fortführen müssen oder nicht. Bundesminister Gabriel hat dazu eine 10-Punkte-Energie-Agenda vorgelegt. Hieraus wird deutlich ersichtlich, wie vorgegangen wird. Darin ist ein Zeitstrahl bis 2016 anspruchsvoll umgesetzt. Bei all den bis Ende 2016 zu erarbeitenden Themen gilt für uns natürlich immer, die Interessen des Energiesowie des Industrielandes Nummer eins im Auge zu behalten.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Rainer Schmeltzer (SPD): Mit dieser Landesregierung mache ich mir darüber überhaupt keine Sorgen. Der Zeitstrahl wird auch im Sinne von Nordrhein-Westfalen eingehalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Kufen.

Thomas Kufen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht unterdrücken zu erwähnen: Sofern die Zuhörer auf der Tribüne diesen Einstieg in die Energiedebatte sowie den teilweise kleinlichen Streit zwischen Herrn Brockes und Herrn Schmeltzer mitbekommen haben, wird damit heute das Vertrauen in die Politik und in das Gelingen der Energiewende nicht gestärkt.

(Beifall von der CDU)

Die Energiewende ist doch ein Generationenprojekt. Dabei geht es nicht um heute oder um einen kleinen parteipolitisch taktischen Vorteil. Vielmehr stehen wir umweltpolitisch wie auch wirtschaftspolitisch vor einer großen Herausforderung. Es ist doch völlig klar, dass wir nach der Reform des EEG vor der neuen Reform stehen. Insofern glaube ich, dass wir uns und auch dem Standort Nordrhein-Westfalen keinen Gefallen damit tun, wenn wir uns ständig mit Tatenmeldungen – entweder von Rot-Grün oder den Liberalen – jagen. Es geht um Verlässlichkeit, es geht um das Notwendige und um die Frage, was wir jetzt tun müssen. Dabei hilft es vielleicht, zu schauen, was mit der jetzigen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes erreicht worden ist.

Denn gut gelaufen – dem können wir hier sicher alle zustimmen – ist doch Folgendes: Das Kostenbewusstsein ist gestärkt worden. Die gesamtgesellschaftliche Unwucht, die durch die enormen Kostensteigerungen des EEG entstanden ist, ist als politisches Problem erkannt worden. Daran wird jetzt gearbeitet. Jetzt geht es mehr um Qualität vor Quantität. Verbindliche Ausbaukorridore sind sinnvoll, weil wir damit langfristig den Ausbau der erneuerbaren Energien koordinieren und insgesamt besser planen und steuern können. Das ist ein Erfolg dieser Reform. Wir haben zudem jetzt mehr Marktwirtschaft. Der Einstieg in die Ausschreibungsverfahren zur Ermittlung der zukünftigen Fördersätze der Erneuerbare-Energien-Anlagen führt doch gerade zu mehr Wettbewerb bei den Erneuerbaren. Das war doch auch immer eine Forderung der FDP.

Darüber hinaus gibt es eine verpflichtende Direktvermarktung. Verpflichtende Direktvermarktungen für neue Anlagen bringen diese näher an den Markt und führen sie auch entsprechend mit Marktrisiken und mit der Prognoseverantwortung zusammen. Marktrisiken und Prognoseverantwortung sind wich-

tig, wenn die erneuerbaren Energien zum Rückgrat der Energieversorgung in Deutschland werden wollen.

Ich finde, das ist ein besonderer Erfolg. Denn mit Blick auf den Wettbewerbskommissar und den Energiekommissar sah die Debatte doch zwischenzeitlich ganz anders aus. Die grundsätzliche Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung für die energieintensiven Betriebe stärkt Nordrhein-Westfalen. Das ist doch insbesondere für die Standorte der Nichteisenmetalle Aluminium, Zink und Kupfer in Nordrhein-Westfalen ein Erfolg, und zwar – das sollten wir auch deutlich machen – der Bundesregierung unter Angela Merkel.

(Beifall von der CDU)

Man kann ruhig einmal offen aussprechen, dass es in dieser Hinsicht Erfolge gibt. Natürlich gibt es auch offene Fragen, die jetzt angegangen werden müssen. Eine offene Frage ist: Wie können konventionelle Kraftwerke in Zukunft wirtschaftlich betrieben werden? Diese Frage ist nach wie vor nicht geklärt. Eine weitere Frage lautet: Wie können wir ein EEG derart mit Förderinstrumenten – die lediglich als Anschubfinanzierung geplant waren – für die erneuerbaren Energien ausgestalten, dass zukünftig mehr Marktverantwortung übernommen wird? Auch das ist noch nicht geklärt. Das sind die offenen Fragen, über die wir weiterhin reden müssen.

Jetzt möchte ich auf das zu sprechen kommen, was bei dem neuen EEG schlecht gelaufen ist. Auch dabei können wir, denke ich, Einvernehmen herstellen.

Schlecht gelaufen ist, dass wir die Subventionsspirale immer wieder aufs Neue antreiben. Das gilt aus zweierlei Gründen: Erstens haben wir mittlerweile eine Last von über 20 Milliarden € in der Differenzrechnung beim EEG. Das zahlen insbesondere die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Auf der anderen Seite beträgt der Staatsanteil am Strompreis mittlerweile über 50 %. Auch das ist anzusprechen. Das ist auch nicht die Entwicklung, die wir uns insgesamt wünschen.

Aus NRW-Sicht müssen wir auch ansprechen, dass die teure Offshore-Technologie dazu führen wird, eine weitere Umlageerhöhung beim EEG nach sich zu ziehen. Es gibt aus Nordrhein-Westfalen massive Kritik an der Einigung zwischen der Bundesregierung und der EU-Kommission im Rahmen der EEG-Reform, neue Anlagen für die Eigenstromproduktion stärker zu belasten.

Das haben wir uns anders gewünscht. Das war aber offensichtlich mit Blick auf Brüssel nicht anders darstellbar. Neuanlagen müssen künftig bei selbst erzeugtem Strom und Verbrauch grundsätzlich die volle EEG-Umlage zahlen, und lediglich EEG-Anlagen und hocheffiziente KWK-Anlagen werden geringer belastet.

Das bringt insbesondere in Nordrhein-Westfalen die Stahlindustrie in Schwierigkeiten, die mit Restgasen und Restenergien vor der offenen Frage stehen: Wie verhält sich das denn in dem neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz?

Insofern ist es eine Frage: Wie gehen wir mit den offenen Punkten und mit den Kritikpunkten, die es gibt, weiter um? Und insbesondere auch: Wie gehen wir mit den Belastungen durch das neue EEG, insbesondere für den Mittelstand, der auch vielfach in Nordrhein-Westfalen energieintensiv ist, um? Mit Blick auf die Chemieindustrie ist das ein wichtiger Faktor.

(Beifall von der CDU)

Deshalb ist es wichtig, dass der Bestandsschutz für die Eigenstromerzeugung, der jetzt bis 2016 gilt, zwar auf den ersten Blick ein Bestandsschutz ist, aber ab 2017 für Nordrhein-Westfalen eine große Planungsunsicherheit beinhaltet. Da muss jetzt die Landesregierung tätig werden und schauen, wie wir das hinbekommen, und zwar gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU-Kommission.

Deshalb heißt es auch bei diesem EEG: Nach der Reform ist vor der Reform. Die Erneuerbaren müssen eine gesicherte Erzeugung haben. Sie müssen die konventionellen Energien flankieren, und die konventionellen Energien müssen die erneuerbaren flankieren. Wir brauchen einen dezentralen diskriminierungsfreien Leistungsmarkt. Wir müssen endlich auch über den Kapazitätsmarkt in Deutschland reden. Er muss auch mit unseren europäischen Nachbarn kompatibel sein.

Wir reden immer viel zu sehr um europäische Fragen herum. Da ducken wir uns, weil wir schauen: Wie läuft es in Nordrhein-Westfalen? Wie läuft es in Deutschland, wobei wir längst schon den einheitlichen Energiemarkt haben, ohne dass entsprechend berücksichtigt zu haben. Das sorgt gerade für die Schwierigkeit. Wenn wir uns hier auf bestimmte Projekte geeinigt haben, müssen wir feststellen, dass sie mit Europa so nicht in Einklang zu bringen sind.

(Beifall von der CDU)

Da sage ich ganz klar: Jetzt muss Herr Gabriel liefern. Und sein 10-Punkte-Plan, den er vorgelegt hat – Herr Wirtschaftsminister Duin will ihn ja kennen –, ist da zu wenig. Zehn Überschriften zu nennen, was nach der EEG-Reform kommen soll, ist zu wenig für einen Bundesenergieminister.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Thomas Kufen (CDU): Da war Altmaier 2012 weiter, der mit zehn Punkten nicht nur Überschriften, sondern auch Zeitplan und entsprechend klare Ausformulierungen gebracht hat, die auch zu Kritik geführt haben. Aber er wusste zumindest, in welche Richtung es gehen soll.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Insofern wird der Energieminister jetzt auch „Butter bei die Fische“ packen müssen, wie man im Ruhrgebiet sagt. Auf diese Debatte freue ich mich. Das ist viel wichtiger als Rückzugsgefechte über das, was beschlossen wurde. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Liebe Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, als ich diesen Antrag für die Aktuelle Stunde gesehen habe, da habe ich mich kurz gefragt: Wenn die FDP doch gegen das EEG ist, warum hat sie dann in der letzten Woche im Bundestag nicht dagegen gestimmt? Dann ist es mir wieder eingefallen. Deshalb ist der Anlass dieser Debatte natürlich wieder klar. Sie sind ja gar nicht mehr im Bundestag und müssen daher die parlamentarische Debatte auf das nächstgrößte Parlament verlagern. Gut, erneut und immer wieder. Dann tun wir das an dieser Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, bleiben Sie erst einmal ganz ruhig. An einer Stelle muss ich Ihnen zustimmen: Das Eiltempo, mit dem das EEG durch den Bundestag gepeitscht wurde, hat leider zu einer Schlampigkeit geführt. Ich finde es, ehrlich gesagt, peinlich, dass innerhalb weniger Tage erste Korrekturen notwendig sind. Das zeigt nicht gerade, dass hier ordentlich und sauber gearbeitet wurde.

Damit hören dann schon die Gemeinsamkeiten auf. Denn ich finde, die FDP ist auch bei diesem Thema auf einem Auge blind. Sie sprechen von Investitionssicherheit und Arbeitsplatzsicherheit – ja, richtig. Aber für Sie sind das nur Investitionen und Arbeitsplätze in der konventionellen Energiewirtschaft. Ihnen scheinen beispielsweise 26.000 Arbeitsplätze in der Branche der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen vollkommen egal zu sein.

(Beifall von den PIRATEN)

Zur Investitionssicherheit gehören für uns Grüne eben nicht nur wie bei der FDP eine Branche, sondern auch Investitionssicherheit für Bürgerinnen und Bürger, für Genossenschaften und auch für die Branche der erneuerbaren Energien.

Die erneuerbaren Energien haben in der heutigen Debatte, finde ich, bisher eine viel zu kleine Rolle gespielt. Herr Kufen, Sie haben eben Kritik daran geübt, das EEG hätte bisher dem Klima nicht geholfen. Dann sagen Sie im nächsten Satz direkt: Der Deckel der erneuerbaren Energien ist richtig – Sie haben es Ausbaupfad genannt. Genau das ist das

Problem. Ein Deckel für erneuerbare Energien sichert Marktanteile gerade für Kohlekraftwerke und hilft deswegen natürlich nicht dem Klima. Deswegen ist diese Stelle auch deutlich zu kritisieren.

Wenn Sie dann auf der anderen Seite kritisieren, dass das EEG dem Klima nicht geholfen habe, dann haben Sie da einfach zwei Sachen vollkommen durcheinander gebracht. Sie kritisieren hier Sachverhalte an komischer Stelle.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich finde, dass bei dem jetzigen Erneuerbare-Energien-Gesetz an vielen Stellen die Investitionssicherheit zu kurz kommt. Und weil die erneuerbaren Energien bisher eine so geringe Rolle in der Debatte gespielt haben, möchte ich hier einige Beispiele bringen.

Ganz genau hingeschaut, wird nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz jetzt der Einspeisevorrang faktisch ausgehebelt. Dazu ist eine Formulierung enthalten, bei der wir nicht genau wissen: Was wird das für Auswirkungen in den nächsten Jahren auf den Markt haben? Denn Erneuerbare-Energien-Anlagen sollen dann keine Vergütung mehr bekommen, wenn über sechs Stunden negative Preise herrschen. Das klingt vielleicht auf den ersten Blick logisch, ist aber, ehrlich gesagt, für mich nicht nachvollziehbar.

Denn eigentlich sind an negativen Börsenpreisen beim Strom Kraftwerke schuld, die nicht regelbar sind oder kaum regelbar sind, erneuerbare Energien, die nicht auf die Vorhersagen, die wir dazu haben, reagieren: wann die Sonne scheint oder wann der Wind weht.

Dann haben wir zu viel Überkapazität im Netz. Das große Problem besteht also darin, dass die großen Kraftwerke – gerade die Braunkohlekraftwerke und die Atomkraftwerke – nicht regelbar sind. Das sorgt für negative Preise. Dass dafür dann die Betreiber der Erneuerbare-Energien-Anlagen bestraft werden, ist für mich nicht nachvollziehbar. Das ist eine faktische Aushebelung des Einspeisevorrangs, der überhaupt erst die erneuerbaren Energien in Deutschland groß gemacht hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben hier schon viel über das Thema „Eigenstrom“ gehört. Ich möchte an dieser Stelle noch ergänzen: Auch hier gibt es ein Problem für die erneuerbaren Energien und ganz speziell für den Solarstrom. Solaranlagenbetreiber sind auch von der Regelung betroffen, in Zukunft nicht mehr von der Zahlung der EEG-Umlage befreit zu sein. Die ganz kleinen Hauslebauer sind davon befreit. Wo aber hat in den letzten Jahren eine große Entwicklung im Photovoltaikbereich stattgefunden? Beispielsweise bei Landwirten und bei Supermärkten. All diese sind jetzt auf einmal nicht mehr befreit. Das ist auch an dieser Stelle ein Aspekt der Investitionssicherheit. Auch da ist die Frage zu stellen: Wie geht es da ab 2017 weiter? Dazu ist meine Bitte, nicht nur auf die

konventionelle Energietechnik zu schauen, sondern eben auch die Erneuerbaren im Blick zu haben.

Zu guter Letzt komme ich zum Thema der Ausschreibungsverfahren. Hierauf ist Herr Kufen eben schon eingegangen und hat gesagt, dass wir mehr Wettbewerb bekommen. Jetzt ist aber die Frage: Wie soll das Ganze funktionieren? Es steht im Gesetz, dass es ein Pilotprojekt geben soll. Damit könnte ich mich noch einverstanden erklären. Man weiß nicht, wie das Pilotprojekt ausgehen wird. Weiter wird nicht gesagt, dass es eine unabhängige Auswertung geben soll. Trotzdem soll die Ausschreibung laut Gesetz auf jeden Fall eingeführt werden. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Bisher gibt es in allen Ländern, in denen solche Ausschreibungsverfahren eingeführt wurden, eben nicht günstigere Preise für erneuerbare Energien. All das, was damit erreicht werden soll, wurde bisher in keinem anderen Land erreicht. Wie wir das hinkriegen sollen, ist also vollkommen unklar. Die nächste Zeit wird das zeigen.

Ich finde, an der Stelle besteht das Problem darin, dass es eine erhebliche Unsicherheit für Bürgerprojekte gibt; denn gerade kleine Projekte bzw. kleine Stadtwerke werden mit diesem Verfahren vollkommen überfordert sein, wenn man es nicht sehr, sehr einfach gestaltet.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es stehen noch viele Aufgaben im Hinblick auf den erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien an. Wir müssen ein irgendwie verändertes Marktdesign haben. Herr Kufen hat eben gesagt, dass wir das endlich brauchen. Wir Grüne sagen das schon seit einiger Zeit. Vermutlich haben wir unterschiedliche Auffassungen, wie genau das aussehen soll. Dass aber nun endlich auch andere bereit sind, darüber zu reden, zeigt, dass wir da immer auf der richtigen Fährte gewesen sind.

Liebe Damen und Herren, die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Ich wünsche Ihnen, liebe FDP, dass Ihre Blindheit auf dem Erneuerbare-Energien-Auge langsam geheilt werden kann. Vielleicht gelingt das ja über die Sommerpause. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Schmalenbach.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier und zu Hause! Vorab: Frau Brems, ich hätte es ganz gut gefunden, wenn Sie mir Ihre Rede einen Tag vorher gegeben hätten. Dann hätte ich die Parts, die sich überdecken, aus

meiner Rede herausstreichen können. So muss ich es jetzt trotzdem bringen.

(Zurufe: Nein! – Weiterer Zuruf: Wir haben um 18 Uhr Anstoß!)

– Okay, ich komme zum Thema „Große Koalition beschließt EEG-Reform mit verheerenden Folgen für den Industriestandort NRW – Rot-grüne Landesregierung schaut bisher tatenlos zu“. So heißt der Antrag der FDP. Ich finde, schon die Überschrift ist falsch. Gemessen daran, auf was sich die Argumentation gegen die Energiewende meist beschränkt – nämlich „not in my backyard“ –, wäre die korrekte Überschrift für den FDP-Antrag eher: „Energiewende not in my Wirtschaftsraum“.

Das Gesamtergebnis dieser Reform ist aus unserer Sicht schlecht. Es ist vorwiegend nicht schlecht für die Industrie, sondern für die Energiewende. Das gilt es zu beklagen – nicht, dass die Industrie marginal an den Kosten beteiligt werden soll. Es soll einen „atmenden Deckel“ nun auch für Windenergieprojekte geben. „Atmender Deckel“ klingt toll. Was aber bedeutet das? Es bedeutet, dass die Windenergieprojekte zukünftig Probleme bei der Finanzierung bekommen werden. Denn wer sagt den Interessenten denn, ob sich ihr Projekt am Ende refinanziert?

Viel wichtiger ist aber die Frage, wie er es dem Kreditinstitut belegen soll, das die Finanzierung übernehmen soll. Bei einer Planungszeit von zwei Jahren und – bedingt durch den „atmenden Deckel“ – möglicherweise sinkenden Bezügen wird es schwer, die ohnehin nicht so rosige Rendite bei Windrädern so darzustellen, dass die Interessenten die Gelder bekommen, um ein Windrad zu bauen.

Das Ergebnis wird sein, dass die Finanzierung von Windenergieprojekten denen vorbehalten bleibt, die es sich auch erlauben könnten, ein paar Jahre auf Rendite zu verzichten. Das trifft sicher nicht auf die kleinen Projekte engagierter Bürger zu. Hier wird der Markt also massiv an die Unternehmen übergeben. Als ob das noch nicht genug ist, packt die Bundesregierung noch ein Ausschreibungsmodell ab 500 kW hinzu – also eine weitere Hürde für engagierte Bürger.

Eine Studie der IZES kommt gar zu dem Ergebnis, dass die Ausschreibungen weder zu sinkenden Kosten führen werden noch dazu, dass die Energiewende vorangetrieben wird. Die Autoren der Studie gehen noch weiter. Sie sagen zum Beispiel, dass kleine und mittelgroße Anbieter mit großer Wahrscheinlichkeit keine Chance zur Marktteilnahme haben. Auch aus dieser Änderung spricht also die tiefe Sehnsucht, die Energiewende nicht dem Bürger zu überlassen. Mit aller Macht soll das Stromoligopol am Leben erhalten werden.

Ich nenne noch ein Beispiel: Die 10-kW-Grenze für PV-Anlagen beim Eigenstromverbrauch liegt viel zu niedrig. Auch damit werden gerade die Zusammen-

schlüsse zu kleineren Bürgerenergieprojekten aufs Korn genommen. Der Entwurf ruft uns auch da entgegen: „Der deutschen Industrie gewidmet“.

Ich sage Ihnen einmal, wie das alles auf mich wirkt: Die Politik hier und in Berlin strampelt sich ab, das sinkende Schiff der Energieerzeuger über Wasser zu halten. Immer wieder werden dazu Arbeitsplätze instrumentalisiert. Immer wieder ist die Rede von wegfallenden Arbeitsplätzen. Niemand aber stellt sich den Realitäten; denn auf lange Sicht werden diese Arbeitsplätze wegfallen.

Wir wollen doch die Energiewende und weg von den fossilen Energieträgern. Oder etwa nicht? Wenn wir die Energiewende wollen, werden wir damit umgehen müssen, dass diese Arbeitsplätze wegfallen werden. Statt sich permanent hinzustellen und zu sagen: „Um Himmels willen, das geht nicht, wir brauchen die Arbeitsplätze“, sollten Sie endlich den Schritt wagen, sich dem anstehenden Strukturwandel zu stellen und ihn konstruktiv zu begleiten.

(Beifall von den PIRATEN)

Sorgen Sie jetzt dafür, dass hier in NRW neue Arbeitsplätze in den Zukunftsbranchen der Energiegewinnung entstehen. Schauen Sie, wie lange wir die fossilen Energieträger realistisch gesehen noch brauchen, und begleiten Sie den Ausstieg daraus. Das dürfen Sie dann von mir aus auch „Masterplan“ nennen. Denn das wäre in der Tat mal einer.

Ich vermute ja, dass Ihnen die Beteiligungen der Kommunen bei RWE weit mehr Sorgen machen als die Arbeitsplätze, die Sie hier immer wieder nach vorne schieben. Aber auch dabei wäre es falsch, das Schiff über Wasser halten zu wollen, weil Sie nämlich kostbare Zeit verschwenden.

Ich sage Ihnen, wie das aussieht: Das Schiff sinkt und Sie schnallen permanent Heliumballons an die Reling, um es vom Sinken abzuhalten, anstatt die Passagiere, nämlich die Kommunen und die Arbeitsplätze, von Bord zu holen. Bis Sie realisiert haben, dass es zu spät ist, können Sie nur noch zuschauen, wie es versinkt.

Wir möchten nicht, dass es so kommt. Daher noch einmal der Appell: Beginnen Sie jetzt, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern zu planen! Tun Sie alles, um die wegfallenden Arbeitsplätze mit den Zukunftsbranchen der Erneuerbaren zu kompensieren! Schauen Sie nicht zu, wie das Schiff versinkt! Und vor allem: Stehen Sie endlich zu einer Energiewende in Bürgerhand,

(Beifall von den PIRATEN)

weg von Konzerngewinnen hin zu kommunaler Wertschöpfung mit sauberer Energie! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, dass ich seit fast 19 Jahren hier im Landtag reden darf. Man geht ja landläufig davon aus, dass man mit zunehmendem Alter etwas ruhiger wird. Aber ich muss sagen: Wenn ich so auf meine innere emotionale Temperierung schaue, dann funktioniert das noch ganz gut bei mir.

Ich kann mich selten an einen Antrag zu einer Aktuellen Stunde erinnern oder an einen Antrag im Plenum, der im Prinzip so aufregend ist wie dieser Antrag heute.

Dass die FDP verantwortungsscheu ist, das wusste ich schon immer. Aber dass sie durch und durch verantwortungslose Gesellen sind, das haben Sie heute mit diesem Antrag dokumentiert.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Zuruf von den PIRATEN: Hört, hört!)

Es ist ja nicht nur so, dass Sie an dieser Stelle, wenn man über ein tagesaktuelles Thema spricht, auch zumindest ein bisschen Reue und Demut an den Tag legen müssten bezogen auf das, was Sie in der Vergangenheit in diesem Feld gemacht haben.

(Zuruf von der FDP)

Sie haben ja nichts von diesen ganzen emotionalen und inhaltlichen Vorbereitungen geleistet, ganz im Gegenteil. Da, wo in der Vergangenheit dunkle Nacht war, haben Sie heute versucht, noch Spotlights anzuschalten, um da, wo nichts ist, noch irgendwas auszuleuchten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn es um Verantwortung in Sachen EEG geht und Sie mit einem Finger auf andere zeigen, dann sind neun Finger mindestens da, die auf Sie zurückzeigen. Wo war denn die FDP? Wer hatte denn Verantwortung für Wettbewerbsrecht in der letzten Legislaturperiode? Da gab es doch mal einen Wirtschaftsminister, der der FDP angehörte. Der war für Wettbewerbsrecht zuständig. Wo war der denn in Brüssel? Wo hat er denn die besondere Ausgleichsregelung in Brüssel über zwei, drei Jahre abgesichert? Wo hat er denn die Anforderungen aus Brüssel erfüllt? Null! Nichts! Gar nichts! Arbeitsverweigerung ist da passiert!

(Beifall von den GRÜNEN)

Wo war denn die FDP oder was hat sie gemacht bei einer EEG-Reform? Sie hat wertvolle Zeit dadurch verplempert, dass die Bestandsanlagen infrage gestellt worden sind. Wir haben uns über ein Jahr dar-

über unterhalten, dass im Bestand gekürzt werden sollte. Das hat eine Diskussion völlig blockiert und verhindert, neue Wege nach vorne zu gehen. Das ist Ihre Verantwortung. Das wäre heute der Zeitpunkt gewesen, dazu Stellung zu nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da, wo Sie hätten handeln können, haben Sie Arbeitsverweigerung betrieben. Das Energiekonzept der Bundesregierung ist von Ihnen mitgetragen worden. Sie hätten ja hier agieren können und was verändern können. Der Netzentwicklungsplan ist von Ihnen mitgetragen worden mit dem Ausbauszenario. Sie hätten ja hier etwas verändern können.

Wenn man sich Brüssel anschaut und die aktuell schwierige Situation, dann ist es nicht nur so, dass Sie nichts getan haben. Man könnte ja noch sagen, das liegt daran, dass Sie vielleicht gar nicht fähig waren, was zu tun. Nein, Ihre Untätigkeit war bewusste Politik. Sie haben bewusste Politik der verbrannten Erde in Brüssel gemacht,

(Beifall von den GRÜNEN)

um uns heute in diese Situation zu bringen.

Deshalb ist es verantwortungslos. Denn was ist die Alternative? Was ist denn Ihr Vorschlag zum Handeln? Sollen wir etwa den Vermittlungsausschuss anrufen? Was würde das denn bedeuten? Das würde bedeuten, dass die Notifizierung in diesem Jahr nicht mehr gemacht werden kann. Das würde bedeuten, dass Tausende von Arbeitsplätzen infrage stehen.

Dazu haben Sie kein Wort verloren. Stattdessen schmeißen Sie erst den Zündschlüssel vom Zug weg und bringen den Zug nicht in Bewegung und jetzt, wo der Zug fährt, schmeißen Sie sich dahinter. Das ist genau das, was Sie heute hier gemacht haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Ja, ja, es ist richtig. Die Landesregierung hat das getan, was sie tun konnte, in allen Gesprächen, die Ministerpräsidentin, der Wirtschaftsminister in den Gremien. Wir haben die drei Punkte benannt, die wir durchsetzen wollen.

Das betrifft einmal, dass die erneuerbaren Energien nicht ausgebremst werden, insbesondere Wind am Land. Das haben wir erreicht.

Der zweite Punkt ist gewesen, dass der Industriestandort Nordrhein-Westfalen gesichert wird und die stromintensiven Industrien hier weiter ihre Unterstützung haben. Auch das haben wir erreicht, in vielen Gesprächen mit Berlin, mit Brüssel, mit der Wirtschaft zusammen. Hier gibt es einen großen Konsens, dass wir hier einen Erfolg für unser Land erzielt haben.

In dem dritten Punkt – ja, da haben Sie recht – bei der Eigenstromerzeugung sind wir nicht erfolgreich gewesen. Da hätten wir uns was anderes gewünscht. Wir haben im Bundesrat anders votiert. Wir haben versucht, andere Mehrheiten zustande zu bringen. Wir müssen jetzt sagen: Wir sind nicht erfolgreich gewesen, jedenfalls nicht so, wie wir es uns vorgestellt haben. Die Eigenstromerzeugung ist ein Pfeiler für die Energiewende in Nordrhein-Westfalen. Da gefallen uns manche Regelungen nicht. Das ist richtig.

Aber was ist Konsequenz? Dazu haben Sie heute nichts gesagt. Wir müssen an dieser Stelle die Verantwortung übernehmen, weil ansonsten die Notifizierung in Brüssel nicht stattfinden kann und weil ansonsten die Bescheide nicht hinausgehen können. Das ist die schlichte Wahrheit. In diese Situation haben Sie uns gebracht. Dazu haben Sie heute keinen Ton verloren.

(Beifall von den GRÜNEN und Norbert Römer [SPD])

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Kufen.

Thomas Kufen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich kann nur feststellen, dass der Redebeginn bei diesem Teil wieder identisch war; denn auch der Umweltminister hat sich vorgenommen, heute keine Fachdebatte zu führen, sondern sich nur mit der FDP auseinanderzusetzen. Das ist für einen Umweltminister eigentlich nicht gut. Angesichts der Problematik und der Bedeutung des Themas „EEG“ für Nordrhein-Westfalen hätte Ihnen auch mehr einfallen können als ein paar Plattitüden gegenüber der FDP, Herr Umweltminister. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall von der CDU und der FDP – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was war das denn für eine Plattitüde? Wo denn?)

Trotzdem haben Sie natürlich recht. Der enorme Druck, den es bei der Verabschiedung dieses Gesetzes gab, liegt daran, dass wir quasi in einem Schraubstock waren. Es ging darum, auf der einen Seite schnell Planungssicherheit zu schaffen und auf der anderen Seite das Gesetz so auf den Weg zu bringen, dass es zum 1. August 2014 in Kraft tritt, damit das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle auch für das nächste Jahr Zertifikate vergeben und eine EEG-Befreiung erteilen kann.

Alles andere hätte den Wirtschaftsstandort Deutschland in die mückigen Sümpfe geführt. Deshalb war es richtig, dass die Bundesländer, um den Zeitplan einzuhalten, nicht den Vermittlungsausschuss anrufen haben. Das Gesetz war auch nicht zustimmungspflichtig. Die Bundesländer hätten lediglich den Zeitplan weiter verzögern können.

(Beifall von der CDU)

Das haben sie richtigerweise nicht getan. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt endlich dahin kommen, mit dieser Bundesregierung einen Fahrplan festzulegen, in welchen Bahnen die Energiewende in Deutschland laufen soll.

Da ist es falsch, wenn die Grünen sagen, es werde etwas abgewürgt; denn Fakt ist doch: Im Jahr 2025 sollen 40 bis 45 % des deutschen Stroms aus erneuerbaren Energiequellen stammen, und im Jahr 2035 sollen es 55 bis 60 % sein. Wo ist das denn ein Abwürgen? Wo ist das denn deckeln? Ganz im Gegenteil! Wir führen jetzt endlich einen ganz klaren Korridor auf und bekennen uns zu verbindlichen Ausbaupfaden.

Eines funktioniert aber nicht. Das hat offensichtlich die Fraktion der Grünen nicht verstanden, wie gerade bei den Ausführungen von Frau Brems deutlich wurde. Die Energiewende gelingt nämlich nicht, wenn wir einfach alle Ausbauziele der Länder addieren und sagen, das sei unsere Energiewende. Dann werden wir scheitern, und zwar an der Kostenfrage. Das wollen insbesondere SPD und CDU nicht.

(Beifall von der CDU)

Das unterscheidet uns, Frau Brems. Wenn bei Ihnen „Produzieren und Vergessen“ bzw. „Produzieren und nur Kassieren“ gilt, scheidet das uns an dieser Stelle in der Frage der Energiewende, und das auch aus gutem Grund.

Deshalb ist ganz klar: Bei der Solarenergie soll jährlich ein Zubau von 2.500 MW brutto erfolgen. Bei der Windenergie an Land soll der Zubau 2.500 MW netto betragen. Da ist schon eine Veränderung realisiert worden. Bei der Biomasse gibt es einen jährlichen Zubau von rund 100 MW.

Insofern sind der Zubau und der Anstieg bei den erneuerbaren Energien richtig. Ich sage Ihnen auch, aus welchem weiteren wichtigen Grund wir dafür sind. Der Anstieg der Erneuerbaren und eine stärkere Verantwortung in unserem Energiemix sind nämlich auch in unserem eigenen nationalen Interesse. Schließlich müssen wir die Importabhängigkeit der Europäischen Union und auch der Bundesrepublik Deutschland von Energieimporten senken.

Seit Mitte der 90er-Jahre ist die Importabhängigkeit der Europäischen Union im Energiebereich auf mehr als 50 % gestiegen. Die größte Importabhängigkeit besteht bei Uran mit 95 %, bei Öl mit 88 % und bei Erdgas mit 66 %. Bei festen Brennstoffen wie Kohle sind es 42 %.

Das zeigt auch, dass beides, sowohl das planvolle Anwachsen der erneuerbaren Energien als auch das Halten der fossilen Kraftwerke im Markt, in unserem eigenen Interesse ist, um uns unabhängiger von Energieimporten zu machen. Dieser Aspekt hat in der Energiedebatte nicht immer den Stellenwert, den er eigentlich haben müsste.

Das zeigt aber auch, welche große Rolle Nordrhein-Westfalen spielt, wenn es darum geht, einen europäischen Beitrag zu leisten. Im Energiemarkt gibt es schon jetzt eine enge Verquickung zwischen den Beneluxländern, Frankreich und Nordrhein-Westfalen. Da hat Nordrhein-Westfalen eine wichtige Scharnierfunktion.

Herr Remmel, an dieser Stelle höre ich von Ihnen nichts. Herr Duin, an dieser Stelle höre ich von Ihnen nichts. Wo ist eigentlich die europäische Aufgabe? Sie versuchen nur, sich mit Insellösungen im Klimakonzept eine Welt der Glückseligkeit aufzubauen. Das wird scheitern, weil wir auch in der Energiepolitik europäisch denken müssen.

Bei der Klima- und Energiepolitik ist die Frage nicht, was wir in Nordrhein-Westfalen selbst tun, sondern, was aus Nordrhein-Westfalen heraus für Europa geleistet werden kann. An dieser Stelle ist – das kann ich auch mit Blick auf die Europaministerin sagen, denke ich – in Ihrem Pflichtenheft noch einiges zu erfüllen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatten zum EEG sind bereits seit einiger Zeit eigentlich immer mit „FDP allein zu Haus“ zu übertiteln. Sie sind die Einzigen, die glauben, sich einer wirklichen Diskussion über die Veränderung des EEG entziehen zu können – wobei ich zugeben muss, dass ich bei dem zweiten Redebeitrag des Kollegen Kufen ein bisschen das Gefühl hatte, er wolle sich doch noch dazugesellen.

Wenn man ein bisschen zurückblickt, stellt man fest: CDU und FDP haben es in ihrer Zeit der Verantwortung im Bund über Jahre nicht geschafft, auch nur die kleinsten Versuche erfolgreich zu gestalten, eine explodierende Umlagesituation zu bremsen oder gar in den Griff zu bekommen. Als die Diskussion deutlicher wurde, war es eine Diskussion um 18 verschiedene Energiewenden. Das verdeutlicht auch, wie komplex und kompliziert das Thema ist; denn im Regelfall sind die Diskussionsstränge nicht in erster Linie parteipolitisch oder ideologisch veranlasst, sondern sehr stark von regionalen und Länderinteressen geprägt.

Wenn wir uns vor Augen führen, wie kompliziert dieser Weg war, wird uns auch klar, wie kompliziert der noch vor uns liegende Weg sein wird; denn nach meiner festen Überzeugung ist bei den drei großen Projekten EEG, Marktdesign und Netzausbau das Thema „EEG“ noch das mit Abstand unkomplizierteste. Die anderen beiden Themen sind bei Weitem komplexer und komplizierter.

Insofern wäre es sehr klug, wenn wir ein bisschen abrüsten würden und sowohl der Kollege Kufen als auch der Kollege Brockes in den Debatten wieder ein bisschen herunterkämen.

Ich möchte in meiner Redezeit nur noch einmal in aller Kürze deutlich machen, was aus nordrhein-westfälischer Sicht die drei für uns ganz besonders wichtigen Punkte waren und sind. Es gibt immer Sachen, die man sich noch anders hätte vorstellen können.

Ich will auch sagen, Kollege Kufen: Minister Remmel hat hier deutlich gemacht, dass er diese gerade für die nordrhein-westfälische Industrie bedeutenden Punkten aus voller Überzeugung mitgetragen hat, dass er sich dafür einsetzt, dass er sich an der einen oder anderen Stelle – genau wie wir auch – sogar noch ein bisschen mehr hätte vorstellen können, dass aber insgesamt der Fokus dort gelegen hat.

Lassen Sie mich also drei Punkte nennen, die beim Ausbau der erneuerbaren Energien für Nordrhein-Westfalen besonders wichtig sind.

Erstens. Welche Pfade gibt es für welche Technologie? Es ist es doch völlig richtig, dass wir in Nordrhein-Westfalen Wert darauf legen, dass der Onshorewind dabei eine besondere Bedeutung erhält. – Das ist gelungen.

Für Nordrhein-Westfalen ist die „Besondere Ausgleichsregelung“ besonders wichtig: Wie können wir, um die Wertschöpfung hier weiter gestalten zu können, Ausnahmen schaffen, die die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie ermöglicht? – Da ist wirklich etwas gelungen, und zwar nicht nur im Großen, sondern auch im Kleinen. Und manchmal sind die Details verdammt wichtig.

Das gilt beispielsweise für alle Nichteisen-Metallbereiche. Ob die EEG-Umlage 0,05 Cent oder 0,1 Cent beträgt, ist für die Wertschöpfung in diesem Bereich, der oftmals Grundlage für Klimaschutz an anderen Stellen ist – ich will nur an die Aluminiumindustrie erinnern –, von besonderer Bedeutung.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Zweitens. Für Nordrhein-Westfalen ist weiterhin eminent wichtig, die besondere Ausgleichsregelung für selbstständige Unternehmensteile ordentlich zu regeln. Dies wurde übrigens von Herrn Rösler und Herrn Altmaier versauert, das will ich immer gerne wiederholen. Bei wem lag denn das BAFA in der Zeit, als große nordrhein-westfälische Unternehmen keine Genehmigung mehr bekommen sollten? – Es ist aber wirklich gelungen, eine Grundlage zu schaffen, die für die nordrhein-westfälischen Unternehmen sinnstiftend und tragfähig ist.

Drittens: Thema „Eigenverbrauch“. Wichtig ist natürlich, Bestandsschutz zu organisieren; das ist überhaupt keine Frage. Aber genauso wichtig ist in die-

sem Zusammenhang: Wir müssen gemeinsam guter Hoffnung sein, dass die Gespräche mit einer neuen Kommission über die Frage, wie man eine solche Evaluierung 2017 sieht, möglichst schnell zu einem für Nordrhein-Westfalen möglichst zufriedenstellenden Ergebnis führen.

Schon heute ist ein Punkt – und damit will ich schließen – für mich ganz besonders wichtig. Es ist nicht nur gelungen, Bestand anders zu behandeln als Neuanlagen und bei den Neuanlagen eine Differenzierung dahin gehend zu erreichen, ob man die Eigenstromerzeugung mit erneuerbaren Energien und KWK organisiert oder mit fossilen Kraftstoffen. Für mich ist besonders wichtig, dass es gelungen ist, zum Thema „Repowering“ eine Lösung zu finden; für die Fachleute: Netto/Brutto-Betrachtung; inhaltlich würde ich es aber immer als Repowering bezeichnen. Es geht dabei um die Frage: Was machen wir, wenn jemand eine alte Bestandsschutzanlage hat und diese erneuern, ertüchtigen und auch nur ein bisschen effizienter gestalten will? Nun ist dieser technologische Fortschritt in Nordrhein-Westfalen möglich.

Sicherlich hätte man sich überall ein bisschen mehr vorstellen können. Ich glaube aber, das ist für Nordrhein-Westfalen summa summarum ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann. Aber noch einmal: Das war auch das einfachste der drei vor uns liegenden Probleme. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister! Wenn Emotionalität die Rationalität besiegt, dann war Ihr Redebeitrag ein gutes Exempel dafür.

(Beifall von der FDP)

Wir haben, glaube ich, in manchen Punkten eine durchaus unterschiedliche Wahrnehmung der Realität. Die FDP hat immer zu ihrer Verantwortung gestanden und

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

Ja zum Stromeinspeisegesetz gesagt, so wie wir es damals verstanden haben, nämlich als Technologieförderung. Dann ist es zum EEG geworden mit dem grundsätzlichen Fehler, dass es nicht gedeckelt war, dass es nicht zeitlich begrenzt war und dass es nicht degressiv ausgestaltet war.

Das sind die Kernpunkte – und dazu müssen wir stehen –, die dazu geführt haben, dass wir Strom mit einem Wert von 2 Milliarden € heute letztendlich mit 19 Milliarden € oder 24 Milliarden € bezahlen.

Deshalb werden wir hier sehr viel schneller grundlegende Änderungen bekommen – das ist meine tiefe Überzeugung –, als wir uns das gedacht haben. Doch dazu später.

Herr Kollege Schmeltzer, Sie sagen, in der EEG-Diskussion seien in letzter Minute völlig neue Tatsachen hinzugekommen. Wenn ich das richtig sehe, war die Problematik der Ökostrom-Importe aber schon im Eröffnungsbeschluss zum EEG-Beihilfeverfahren enthalten.

(Beifall von der FDP)

Das ist wohl eine gewisse Geschichtsklitterung. Das sollten wir sein lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gerade bei einem so wichtigen Punkt wie der Energiepolitik den Bogen etwas weiter spannen. Die deutsche Wirtschaft – in den Medien wird das zunehmend diskutiert – wächst. Sie wächst aber nicht im Inland, sondern sie wächst durch Investitionen im Ausland. Und wenn Investitionen im Ausland wachsen, heißt das letztendlich: Die Forschung wird irgendwann verlagert, die Arbeitsplätze werden irgendwann verlagert.

Was waren bzw. sind unsere Stärken hier in Deutschland? Wir haben eine qualifizierte Arbeitnehmerschaft, wir haben das duale Ausbildungssystem, wir haben vernünftige Gewerkschaften, wir haben technisches Know-how mit Bildung, wir hatten eine Infrastruktur, und wir hatten in weitesten Bereichen auch eine Versorgungssicherheit im Energiebereich.

Das alles lässt sich überschreiben mit dem Begriff „Kalkulationssicherheit“. Kalkulationssicherheit heißt aber auch und vor allem Bestandsschutz. Man kann viel machen, aber wir müssen die Kalkulationssicherheit gewährleisten.

Damit komme ich zum Begriff „Eigenstromversorgung“. Hier ist die Kalkulationssicherheit letztendlich nicht mehr gewährleistet, weil wir in bestehende Systeme eingreifen. Und das ist ein Kernpunkt; der kann so nicht richtig sein.

Gestern hat der EU-Energiekommissar Oettinger laut dpa folgende Aussage getätigt. Ich darf zitieren:

„Ich halte das Erneuerbare-Energien-Gesetz für nicht mehr reformierbar“, sagte Oettinger in Berlin. Mit jeder Novelle werde zwar eine Lücke geschlossen, es würden aber zwei neue geschaffen. Notwendig sei eine europäische Harmonisierung der Fördersysteme für Ökostrom. Ansonsten werde Strom so teuer, dass Industrie und Privathaushalte ihn nicht mehr bezahlen könnten. Zunächst müssten grenzüberschreitende Netze und effiziente Stromspeicheranlagen geschaffen werden, dann solle der Ausbau erneuerbarer Energien angegangen werden. „Nicht umgekehrt.“

– So weit Oettinger.

Herr Eiskirch, ich gebe Ihnen ausdrücklich recht: Wer über die Energiewende redet, muss zuallererst über Netze und Speicher reden und dann erst über das „Finetuning“ bei den erneuerbaren Energien.

Wenn es richtig ist, dass wir einen Beitrag leisten wollen, wenn es richtig ist, dass wir sagen: „Die Energiewende“ – aus meiner tiefen Überzeugung nicht in dieser operativen Hektik, sondern auf langfristige Ziele ausgerichtet – „soll Erfolg haben“, dann geht es doch nicht darum, dass die Energiewende in Deutschland Erfolg hat oder dass wir in Nordrhein-Westfalen ein Klimaschutzgesetz haben – bei weniger als 3 % Treibhausgasemissionen weltweit.

Dann geht es doch darum, dass wir die Energiewende so gestalten, dass andere Länder mit schlechteren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sagen: Jawohl, das ist ein Weg, den wir nachvollziehen können. Das ist ein Weg, den wir mitgehen können – ohne soziale Brüche. Das ist ein verantwortbarer Weg.

Deswegen werden wir zu gravierenden Änderungen beim EEG kommen, und zwar viel schneller, als wir uns das vorstellen. Ich bin überzeugt: In einem Jahr werden wir hier über grundlegende Änderungen des EEG diskutieren, weil wir es nicht bezahlen können, weil Europa dem nicht folgt. Und wenn wir nicht umsteuern, tun wir letztendlich dem Ziel, nämlich die Energiewende verantwortlich, langfristig orientiert zu gestalten, einen Tott an. Das wäre schlecht.

Deswegen ist es wenig erfreulich, wenn man mit so unterschiedlicher Wahrnehmung der Realität an Kleinigkeiten herangeht. Das müssen wir auch machen, aber hier geht es ums große Ganze. Und da ist die derzeitige Gestaltung der Energiewende eben schlecht.

Die Zahlen und das Finanzierungsproblem werden dazu führen, dass wir diese Energiewende diskutieren müssen. Das EEG ist nicht mehr reformierbar. Wir müssen zu grundsätzlichen, marktorientierten Änderungen kommen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Dr. Beisheim das Wort.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kufen, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass man einen Schraubstock vorgefunden habe. Aber im Endeffekt war es ja so, dass Sie sich aufgrund des Missmanagements der Energiewende durch Schwarz-Gelb in den letzten Jahren selber in den Schraubstock gegeben haben.

Herr Ellerbrock, der Aufbau von Schreckgespenstern hilft hier wirklich nicht weiter. Ich bin ja bei Ihnen, dass man sachlich diskutieren soll. Aber zur Klarheit und Wahrheit gehört letztendlich auch, dass die Energiewende in Nordrhein-Westfalen von niemandem mehr, auch von der Industrie nicht, bestritten wird.

Über den Weg, wie jeder, auch die Industrie, Teil der Lösung, Teil der Energiewende werden kann, kann man sich sachlich und fachlich austauschen. Man muss sich aber auch immer fragen: Was wollen wir eigentlich? Wollen wir eine rein wirtschaftliche Lösung? Ist das ausreichend? Denn die Ziele, die wir bezogen auf den Klimaschutz und die Bewahrung des Naturkapitals haben müssten, sind genauso wichtig wie die wirtschaftliche Betrachtung von Energiepreisen. Wir müssen uns fragen, wie wir beides in den Griff bekommen, wie wir da einen fairen Ausgleich schaffen. Es ist offensichtlich: Die Preise, die wir heute haben, stellen nicht den tatsächlichen Verbrauch des Naturkapitals dar. Deshalb ist Ihre Argumentation aus rein wirtschaftlicher Sicht für mich schlichtweg falsch und schräg.

Herr Brockes, Sie können den Erfolg bzw. die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie nicht nur an den Strompreisen ausmachen. Es gibt viele Variablen, gerade für die Aluminiumindustrie, für die Metallindustrie. Das hängt ab von Dollarkursen, von Börsenpreisen, von Personalkosten. Letzten Endes ist die Energie ist ein wichtiger Faktor, eine wichtige Variable, aber nicht die einzige Variable.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aber die wichtigste!)

– Nicht die wichtigste! Bei den allermeisten Industrieunternehmen und Betrieben hat der Strom einen Kostenanteil zwischen 3 und 5 %.

Es ist richtig und wichtig, dass die energieintensive Industrie an der Stelle besonders unterstützt wird, weil da natürlich auch andere Wettbewerbsregeln gelten. Es ist aber zu einfach, zu sagen, dass nur die Strompreise Wettbewerbsfähigkeit bedingen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Da widerspricht Ihnen die Industrie!)

Als Industrieland Nummer eins müssen wir darüber nachdenken, dass wir die Energiewende als Chance und nicht als Risiko begreifen.

Lassen Sie mich mit einem letzten Satz schließen. Herr Kufen, auch Sie sollten vielleicht mal versuchen, mehr in Chancen und nicht immer nur in Problemen zu denken. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer draußen und drinnen! Wenn die FDP eine Aktuelle Stunde zur Energiepolitik beantragt, dann kann man sich wirklich auf etwas Schönes freuen. Herr Brockes hatte ja mit der Behauptung eingeleitet, es gebe eine Umverteilung von unten nach oben – damit hat er tatsächlich ausnahmsweise mal recht –, und das würde uns in den Abgrund führen. – Vielleicht weil die Konten der großen Oligopole jetzt aufgrund dieser Umverteilung wegen Überfüllung geschlossen werden müssen? Oder warum?

Ich kann Sie aber beruhigen: Nicht alle stehen am Abgrund – die FDP ist schon einen Schritt weiter.

Unter dem Vorwand angeblich aus dem Ruder gelaufener Kosten bei der EEG-Umlage hat also Industrie- und Konzernminister Gabriel jetzt seine EEG-Reform auf den Weg gebracht. Sie dient vor allem einem Zweck: Die Energiewende muss den Bürgern aus der Hand genommen werden, damit die Oligopole sie endlich übernehmen können.

Ganz aktuell – jetzt im zweiten Quartal 2014 – haben die Erneuerbaren den dreckigsten fossilen Energieträger, die Braunkohle, bei der Stromerzeugung vom ersten Platz verdrängt. RWE, E.ON und Co. verlieren ihr Geschäftsmodell mit der schmutzigen Stromerzeugung. Und sauber können sie offensichtlich nicht ohne fremde Hilfe. Also muss wieder einmal der Staat mit Gesetzen helfen.

Dabei könnte es ja so einfach sein: Die Bürger übernehmen ihre Energieversorgung, am besten auch die gesamte Netzinfrastruktur, selbst. Es entstehen mehr Arbeitsplätze bei den Erneuerbaren, als bei den Konzernen verloren gehen.

Wenn es nicht die Unzahl an Befreiungen von der Umlage und von Netzdurchleitungsentgelten gäbe, dann wäre die Belastung für die Tarifkunden auch niemals so groß geworden. Aber das genau war ja das Ziel von „Schwarz-Geld“ von Anfang an: Man schuf immer mehr Ausnahmen für die Industrie – sie summieren sich mittlerweile auf über 5 Milliarden € –, und der Bürger und das mittelständische Gewerbe bezahlen dafür. Subventionen werden privatisiert. Und die finanziell Schwachen, die wirklich hart betroffen sind, müssen den Preis zahlen.

Die Politik tut dann so, als müsse man eine Strompreisbremse einführen, damit die Privathaushalte entlastet werden. Nein! Die Ausnahmen müssen reduziert werden. Und die wirkliche Armut hier im Lande, die muss mit einer Sozialpolitik bekämpft werden, die den Namen „sozial“ auch verdient. Aber davon hatte sich ja schon die rot-grüne Bundesregierung Schröder/Fischer mit ihrer sozialdarwinistischen Agenda 2010 verabschiedet.

Dann wartet man also ab, bis sich die EU zu Recht beschwert. Vor diesem Hintergrund kommt dann die große Reform. Gabriel macht weiter, wo „Schwarz-

Geld“ abgewählt wurde – mit einer Reform, die genau dort zuschlägt, wo der eigentliche Erfolg des EEG deutlich wird. Denn der Strom vom eigenen Dach ist billiger als der vom Energieversorger. Für den Eigenheimbesitzer hat man da gerade noch eine Bagatellgrenze eingeführt. Aber für den Strom aus der Dachanlage auf dem Mietshaus, den die Mieter günstig kaufen, wird die EEG-Umlage zumindest teilweise bald fällig. Das Gleiche gilt für den Gewerbebetrieb, der sich selbst mit Ökostrom versorgt. Das ist nichts weiter als eine Sonnensteuer, die der Staat erhebt, um den Eigenverbrauch unattraktiv zu machen.

(Beifall von den PIRATEN)

Mit der gleichen Stoßrichtung wird dann die Direktvermarktung einerseits zum Normalfall gemacht und andererseits gleichzeitig besonders für kleine Anbieter und Genossenschaften erschwert. Die brauchen die Sicherheit einer kalkulierbaren Einspeisevergütung oder fester Prämien für die Vermarktung. Genau diese Sicherheit wird aber abgebaut. Stattdessen werden Ausschreibungsmodelle zur Pflicht gemacht.

Das Ziel ist klar: Wenn schon Ökostrom, dann den Profit daraus bitte den Oligopolen zuschanzen, die nur das Geschäft mit dem schmutzigen Strom beherrschen und den Wandel verschlafen.

Das ist angesichts des über Jahrzehnte gewachsenen korrupten Filzes zwischen Politik und Energiekonzernen auch kein Wunder. Nichts brauchten wir nötiger als Endlager für abgebrannte Parteistäbe.

(Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN –
Heiterkeit von Rainer Schmeltzer [SPD])

All die schönen Versorgungsposten für ausgediente Politiker müssen sich ja irgendwann bezahlt machen.

Dabei hat sich unsere Landesregierung noch selbst für Genossenschaften stark gemacht. Aber die Ablehnung unseres Antrages für eine weitere Stärkung der Energiegenossenschaften zeigt, dass das nicht wirklich ernst gemeint war.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Energieversorgung wird weiterhin den Oligopolen gehören, und der Bürger darf die Profite zahlen. Das und nichts anderes ist das Ziel von Konzernminister Gabriel. Unsere Landesregierung – das ist meine Befürchtung – wird dem auch keine Steine in den Weg legen, indem sie zum Beispiel den Vermittlungsausschuss anruft. Davon habe ich auch in dieser Debatte nichts gehört. Gabriel und die fossile Landes-SPD machen, was die Oligopole wollen. Und die grüne Landtagsfraktion hat die Energiepolitik seit Jahren aufgegeben und ist zu einem schlaffen Wurmfortsatz der SPD-Landtagsfraktion mumifiziert.

(Heiterkeit von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir müssen also mit dem Schlimmsten rechnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Duin das Wort.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Debatte hat eines, glaube ich, noch einmal sehr deutlich gemacht, nämlich dass es gar keine Streitigkeiten mehr darüber gibt, dass eine Reform des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes im Jahre 2014 angezeigt war.

Nach 14 Jahren mussten wir feststellen, dass in der ursprünglichen Begründung des Gesetzes insbesondere zwei Ziele im Vordergrund standen:

Ein Ziel war, den wirklichen Anschlag zum Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland zu geben. Nach den Erfahrungen mit dem EEG können wir nun feststellen: Mit einem Anteil der erneuerbaren Energien von über 25 % ist das EEG ein absolutes Erfolgsmodell und allen anderen Modellen zum Ausbau der erneuerbaren Energien wie Quotenmodellen und anderen, die international ausprobiert worden sind, absolut überlegen. Das war der richtige Ansatz.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Die zweite Zielsetzung – das kann man sich dann noch mal angucken – war in der Tat – ich habe mit vielen „Vätern“ und „Müttern“ des EEG gesprochen – eine Senkung der volkswirtschaftlichen Kosten für die Energieversorgung.

(Zustimmung von Holger Ellerbrock [FDP])

Dazu können wir sagen: Dieses Ziel wurde nicht erreicht. Deswegen ist es notwendig, eine solche Reform auf den Weg zu bringen.

Wir haben uns dabei auf drei Punkte konzentriert – Herr Minister Remmel hat schon darauf hingewiesen –:

Erstens wollten wir sicherstellen, dass insbesondere in unserem Bundesland der Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Schwerpunkt Onshorewind weiter in unserer Zielrichtung vorangebracht werden kann. Ich bin fest davon überzeugt, dass das gelungen ist.

Wir wollten zweitens bei der besonderen Ausgleichsregelung die entsprechenden Dinge voranbringen und sicherstellen, dass die 220.000 Arbeitsplätze in diesen Branchen in Nordrhein-Westfalen nicht gefährdet werden. Ausgehend von dem, was wir Mitte Dezember als Worst-Case-

Szenario vor Augen hatten, sind wir wirklich wichtige Schritte vorangekommen und haben gute Lösungen auch im Dialog mit der Europäischen Kommission gefunden.

Das dritte Thema ist nicht so zufriedenstellend – auch das ist schon ausgeführt worden –, nämlich die Eigenstromversorgung.

Ein Blick auf diese Debatte: Bei aller Liebe – uns von der Rösler-und-Brüderle-FDP erzählen zu lassen, dass wir da irgendetwas nicht vorangebracht hätten, das spottet jeder Beschreibung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Marc Olejak [PIRATEN] und Minister Johannes Remmel – Christian Lindner [FDP]: Sie haben doch alles im Bundesrat blockiert!)

– Vielen Dank für diesen Zwischenruf, Herr Lindner.

(Christian Lindner [FDP]: Bitte!)

Herr Brockes hat eben denselben Zwischenruf gemacht, wir hätten da was verhindert.

(Christian Lindner [FDP]: Na klar! – Thomas Kufen [CDU]: Haben Sie auch!)

Wir haben zu keinem Zeitpunkt mehr Dank von der Industrie, von vielen Gewerkschaften, aus dem Bereich der erneuerbaren Energien, aus der gesamten Szene von links bis rechts bekommen als im letzten Jahr, als wir den Unsinn, den Herr Altmaier gemeinsam mit Herrn Rösler gemacht hatte, verhindert haben. Mehr Beifall war nie. Deswegen müssen wir uns dafür überhaupt nicht rechtfertigen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und Kai Schmalenbach [PIRATEN] – Zurufe von Thomas Kufen [CDU] und Christof Rasche [FDP])

– Nach den ersten Vorschlägen seinerzeit sollte in den Bestand eingegriffen werden.

(Christian Lindner [FDP]: Das machen Sie doch auch!)

Das wäre ein großer Fehler gewesen. Es sollten viele andere Dinge gemacht werden, die eine große Gefährdung auch industrieller Arbeitsplätze – das ist ja das Thema Ihres Antrages gewesen – bedeutet hätten.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Meine Damen und Herren, ich möchte gerne auf eine Äußerung von Herrn Schmalenbach eingehen, die für die gesamte Debatte, glaube ich, sehr wichtig gewesen ist. Sie haben wörtlich gesagt, es würden in dieser Diskussion Arbeitsplätze instrumentalisiert.

Dazu kann ich Ihnen in der Tat nur in aller Deutlichkeit sagen: Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern steht im Zentrum unserer Politik.

(Beifall von der SPD)

Darum kümmern wir uns, egal um welches Thema es geht. Das wird nicht instrumentalisiert. Im Kern geht es nicht darum, eine Politik dafür zu machen, dass hier irgendwelche Firmen, irgendwelche Konstruktionen oder irgendwelche Gesellschaften eine Heimat haben, sondern im Kern geht es darum, dass die hier gute Arbeit schaffen. Das ist unser Job!

Ich lese Ihnen den Brief jetzt nicht vor, den ich von Daniel Schwermer bekommen habe. Daniel Schwermer ist Betriebsratsvorsitzender der Aluhütte in Voerde. Diese Aluhütte in Voerde war zwei Jahre lang im Insolvenzverfahren, verbunden mit größten Schwierigkeiten. Vieles hatte mit der früheren Eigentümerstruktur zu tun. Aber vieles hing auch davon ab, ob es im Rahmen der besonderen Ausgleichsregelungen eine Lösung auch für diesen Bereich der Aluminiumindustrie in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland geben würde.

Und als wir diese Lösung hatten, hat Trimet gesagt: Okay, wir steigen dort ein und sichern damit Hunderte von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. – Weil wir eine solch gute besondere Ausgleichsregelung für diesen Bereich gemacht hatten! Das ist Sicherstellung von Arbeit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Ich finde, das sollte man nicht als „Instrumentalisierung“ diskreditieren.

Herr Kufen und andere haben noch auf einen weiteren Punkt hingewiesen, nämlich auf das Tempo der Beratungen und auf den sehr ambitionierten Zeitplan, der dieser Gesetzgebung zugrunde lag. In der Tat! Es ist gar nicht schönzureden, dass dann auch handwerkliche Fehler passieren, die schnellstmöglich korrigiert werden müssen. Darauf ist keiner stolz.

Herr Lindner, ich erinnere mich noch, dass wir die Gesetzgebung zum Atomausstieg im Jahre 2011 in wenigen Wochen gemacht haben. Das waren acht Gesetze. Da ist manches sozusagen übers Knie gebrochen worden, weil einfach die politische Notwendigkeit da war. Davon ist wirklich keiner frei, der in Parlamenten einmal eine solche Verantwortung getragen hat. Deswegen braucht man sich da nicht gegenseitig die Schuld zuzuschreiben.

Klar ist nur – dies noch einmal zur Erklärung –, dass wir diesen Termin deswegen erreichen wollten, weil, wenn das Gesetz nicht zum 1. August in Kraft treten würde, eine ganze Reihe von Betrieben ihre Ausnahmegenehmigung für das erste Quartal – oder jedenfalls zum 1. Januar 2015 – nicht erhalten könnte und damit in eine massive betriebswirtschaftliche Schieflage käme. Das müssen wir verhindern, auch im Interesse der nordrhein-westfälischen Arbeitsplätze. Deswegen war es auch richtig, an diesem ambitionierten Zeitplan festzuhalten.

Letzter Punkt – weil das angesprochen worden ist –: die europäische Ebene. Die Frage der zukünftigen Förderung von erneuerbaren Energien, die Frage der Kapazitätsmechanismen, die Frage des Netzausbaus – nicht zuletzt des grenzüberschreitenden Netzausbaus – und die Frage der Unterstützung von Forschung und Entwicklung von Speichertechnologien: Nichts von all diesen Megathemen, die sich auch in den zehn Punkten von Minister Gabriel wiederfinden, wird gehen, ohne dass wir dabei auch die europäische Ebene im Blick haben.

Deswegen halte ich es für richtig, und da gucke ich insbesondere die Kolleginnen und Kollegen von der CDU – EVP – noch einmal an, dass wir gemeinsam, Landesregierung und auch Parlament, auf die Prozesse, die in diesen Tagen begonnen haben, Einfluss nehmen: Wie sieht das Arbeitsprogramm einer neuen Kommission aus? Wie ist die Zusammensetzung einer neuen Kommission? In den nächsten Wochen und Monaten – noch in diesem Jahr – wird es entscheidend darum gehen, wie eigentlich deren energiepolitische und wettbewerbsrechtliche Ausrichtung ist. Da kann sehr viel falsch gemacht werden.

Deswegen sind auch wir auf der Landesebene herausgefordert, uns in die Debatte auf der europäischen Ebene einzumischen: damit wir im Sinne von Nordrhein-Westfalen eine vernünftige Energiepolitik in NRW, aber auch in Europa machen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Deshalb **schließe** ich die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

2 Alltagsrassismus und rechte Gewalt bekämpfen – Erfassung politisch rechts motivierter Straftaten verbessern

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6122 – Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Stotko das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Thomas Stotko (SPD): Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern hat es hier im Parlament leider eine hoch emotionale Debatte zum Thema „Bekämpfung des Rechtsextremismus“ gegeben. Mit dem heute vorliegenden Antrag von

SPD und Grünen – unter Beitritt der Piraten – zu politisch motivierter Kriminalität wird sicherlich sachlicher umgegangen.

Um den Extremismus wirksam bekämpfen zu können, bedarf es einer gründlichen Analyse dieses Phänomens in all seinen Erscheinungsformen. Eine wesentliche Grundlage für diese Analyse sind die jährlich erscheinenden Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität.

Wir setzen uns mit dem hier vorliegenden Antrag dafür ein, auf Bundes- wie auch auf Landesebene diesem Thema einen größeren Stellenwert zu verschaffen und insbesondere auch Lehren aus dem NSU-Untersuchungsausschuss zu ziehen.

Da dieser Antrag für sich selber spricht, ist an diesem für Deutschland – auch für Nordrhein-Westfalen – bedeutungsvollen Ferien-Fußball-Freitag nichts weiter hinzuzufügen. Je eher wir dem Antrag zustimmen, desto besser. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die zweite antragstellende Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, erteile ich Frau Kollegin Schäffer das Wort.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Dienstag dieser Woche – also vor wenigen Tagen – haben viele Menschen genutzt, um gegen antimuslimische Gewalt und antimuslimischen Rassismus aufzustehen. Am Dienstag hat sich nämlich zum fünften Mal der Todestag von Marwa El-Sherbini gejährt, die vor fünf Jahren im Dresdener Landgericht ermordet wurde – von einer Person, die gegen Musliminnen und Muslime gehetzt und Marwa El-Sherbini auch schon vorher bedroht und beleidigt hatte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, das zeigt noch mal sehr deutlich, mit welchem Problem wir es bei dem Phänomen Rassismus zu tun haben, auch, dass antimuslimischer Rassismus in unserer Gesellschaft zunimmt – nicht nur in der Gesellschaft; er wird zunehmend auch von Neonazis, von Rechtsextremisten als Propagandathema genutzt. Das haben wir zuletzt bei den Kommunal- und Europawahlen erlebt. Das finde ich sehr erschreckend.

Aber der Mord an Marwa El-Sherbini zeigt auch: Rassismus tötet. Man muss klar sagen, dass rassistische Einstellungen und Stimmungsmachen in der Gesellschaft auch dahin gehend Auswirkungen haben, dass Neonazis Gewalt gegen jene Menschen anwenden, die nicht in das rechtsextreme, menschenverachtende Weltbild passen, und dass Neonazis das als Legitimation für Gewalt nutzen.

Das haben wir beispielsweise in Solingen vor 20 Jahren auch erlebt, als es dort den Brandanschlag gegeben hat. Das macht noch einmal so

deutlich, wie wichtig es ist, dass wir uns gesellschaftspolitisch mit Rassismus auseinandersetzen müssen, mit menschenverachtenden Einstellungen in der Gesellschaft, um Rechtsextremismus und rechtsextremer Gewalt insgesamt entgegenzutreten und sie bekämpfen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen mit dem Antrag – als einen der wichtigsten Punkte – eine eigene Statistik für die antimuslimischen Straftaten erreichen. Bisher ist es so, dass in der Statistik über die „politisch motivierte Kriminalität–rechts“ die Hasskriminalität aufgeführt wird. Unter diese Hasskriminalität fallen Straftaten, die beispielsweise aufgrund antisemitischer Einstellungen oder gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder gegen Menschen mit Behinderung begangen werden. Nicht erfasst werden bisher die Straftaten gegen Musliminnen und Muslime. Wir wollen auf Bundesebene eine eigene Erfassung erreichen. Die Innenministerkonferenz hat in den letzten Jahren immer wieder mehrheitlich dagegen gestimmt. Eine bundeseinheitliche Regelung war bisher nicht möglich.

Wir aber haben gesagt: Wenn Herr Jäger und die Landesregierung das in der IMK nicht schaffen, wollen wir, dass Nordrhein-Westfalen eine eigene Erfassung der antimuslimischen Straftaten in Nordrhein-Westfalen einrichtet. Wir sind das Land mit den meisten Musliminnen und Muslimen. Deshalb ist eine solche Erfassung für NRW so wichtig.

Auf den Alltagsrassismus bin ich schon eingegangen. Wenn wir über Kriminalstatistiken bzw. polizeiliche Statistiken reden, muss man ganz klar sagen: Diese Statistiken können nicht die Dimensionen des Alltagsrassismus in seiner Gänze abbilden. Aber sie sind trotzdem wichtig, obwohl es natürlich eine Dunkelziffer gibt; auch die muss man hier ansprechen. Die Statistiken sind leider nicht frei von einer Dunkelziffer, weil Straftaten nicht angezeigt werden, weil die Opfer diese Straftaten aus den unterschiedlichsten Gründen nicht immer zur Anzeige bringen. An der Stelle brauchen wir die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Opferberatungsstellen, die wir von Rot-Grün eingerichtet haben.

Es gibt aber eine weitere Dunkelziffer, weil nicht alle Straftaten, die rechtsextremistisch oder rassistisch motiviert sind, als solche erkannt werden bzw. den Tätern eine solche Motivation nachgewiesen werden kann. Es gibt immer wieder die Diskussionen über die Einordnung von Morden, die durch Neonazis begangen werden. Wir hatten gestern schon über Dortmund diskutiert. In dem Zusammenhang sind mehrere Morde genannt worden, die von Neonazis begangen wurden, aber nicht als rechtsextremistisch motivierte Taten eingeordnet wurden – auch nicht von den Gerichten.

An der Stelle hilft uns ein Stück weit die Statistik des Innenministeriums zur allgemeinen Kriminalität

durch Neonazis. Deutlich zeigt sich aber auch, dass noch eine Überarbeitung des Themenfeldkatalogs „PMK–rechts“ stattfinden muss. Das ist eine Empfehlung aus dem NSU-Untersuchungsausschuss in Berlin, die von allen Fraktionen so beschlossen worden ist. Eine solche Überarbeitung brauchen wir im Zusammenspiel mit Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Das fordern wir in unserem Antrag auch.

Die „PMK–rechts“, eine Polizeistatistik, kann nur Anhaltspunkte dafür bieten, wie die Lage in Nordrhein-Westfalen und bundesweit zu Neonazis und ihrer Entwicklung aussieht. Trotzdem ist das wichtig, auch für die Einschätzung und die Arbeit vor Ort. Viele von uns erleben es, dass wir uns vor Ort zwar gegen Rechtsextremismus engagieren, aber gerade Bürgermeisterinnen und Bürgermeister es nicht so gerne sehen, wenn man darüber redet, dass es in den Orten rechtsextreme Probleme gibt. Eine solche Statistik kann Hilfe bieten, wenn man das Thema vor Ort ansprechen will.

Wir wollen – das steht auch in unserem Antrag – außerdem erreichen, dass es einen institutionalisierten Austausch der Mobilen Beratungsteams in den fünf Regierungsbezirken mit der Polizei gibt. Das haben wir bereits angestoßen. Das wird, so glaube ich, noch einmal sehr stark mithelfen, eine bessere Einschätzung über die Lage und die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen.

Insofern ist der Antrag ein sehr guter Antrag, meine ich. Ich freue mich auf breite Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die dritte antragstellende Fraktion, die Piratenfraktion, erteile ich Frau Kollegin Rydlewski das Wort.

Birgit Rydlewski (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Zukünftig wird NRW die Erfassung politisch rechts motivierter Straftaten verbessern und die weitere Umsetzung der Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses vorantreiben. Wir Piraten freuen uns, dass das Land NRW dann unsere Fragen nach dem Ausmaß von Hasskriminalität wird beantworten können.

Zukünftig werden wir wissen, wie viele Muslime und Muslime in NRW Opfer rechter Gewalt wurden. Wir werden rechte Gewalt genauer erfassen. Beides ist wichtig, um dann spezifische Maßnahmen gegen spezifische Formen von Hasskriminalität ergreifen zu können. Meine Hoffnung ist, dass wir zukünftig mehr Menschen vor jeglicher Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit schützen können.

Im Fall des Antrags komme ich allerdings trotzdem nicht umhin zuzugeben, dass ich mich ziemlich geärgert habe, als wir Piraten uns bei diesem wichtigen Anliegen zunächst sehr harsche und ungerechtfertigte Angriffe gefallen lassen mussten. Nicht nur dass unser ähnlich lautender Antrag „Fehlerhafter Erfassung rechter Gewalt ein Ende setzen“ am 14.05. abgelehnt wurde; in der Debatte dazu wurde uns auch noch vorgeworfen, dass wir mit diesem Thema lediglich Wahlkampf machen würden. Das ist deshalb absurd, weil wir seit letztem Jahr im Innenausschuss immer wieder darauf hingewiesen haben, dass eine Reform der „PMK-rechts“ bitter nötig ist.

(Beifall von den PIRATEN)

Immer wieder hieß es vonseiten der Landesregierung: Machen wir alles schon! Oder: Brauchen wir nicht! – Das ist dann zwar schon ziemlich frustrierend, gehört aber wohl zu den Seiten von Politik in Parlamenten, an die ich mich nie gewöhnen werde.

Gleichwohl freue ich mich natürlich, dass wir nun gemeinsam den vorliegenden Antrag, der sogar weiter geht als unser Antrag vom Mai, verabschieden können. Das sehe ich als deutliche Verbesserung der Situation an. Wir hätten natürlich auch noch einen Änderungsantrag einbringen können, der zum Beispiel zusätzlich zur Erfassung antimuslimisch motivierter Straftaten die Erfassung antiziganistischer und antiromaistischer Straftaten fordert.

Aber diesen Antrag hier und heute begreifen wir als einen ersten Schritt. Weitere werden hoffentlich folgen.

Offensichtlich wurde unser Antrag zwar abgelehnt, aber dennoch gut gelesen, denn weitere Vorschläge sind aufgegriffen worden: So sollen zum Beispiel die Inhalte in Aus- und Fortbildung der Polizei und der Justiz im Bereich Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickelt und verstetigt werden. Das finden wir ausgesprochen positiv.

Das Ganze ist aber kein Selbstzweck. Bitte machen Sie sich klar: Viele Opfer rechter Gewalt haben kein Vertrauen in staatliche Institutionen. Wir müssen den Menschen jetzt beweisen, dass Nazis und Staat eben nicht Hand in Hand gehen.

Auch die Ereignisse rund um den Nazi-Überfall am Wahlabend in Dortmund haben noch einmal gezeigt, dass die staatlichen Behörden bei Weitem noch nicht eng genug mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, um rechte Ideologie und Gewalt zu bekämpfen. Es braucht Kontrolle, Aufklärung und viele weitere Maßnahmen.

Die Umsetzung der NSU-Untersuchungsausschuss-Empfehlung ist dabei ein erster Schritt.

Ein weiterer ist es, im Herbst endlich einen NSU-Untersuchungsausschuss in NRW einzusetzen.

Ein dritter Schritt wäre, die Menschen für die Situation von Flüchtlingen zu sensibilisieren. Denn die Proteste und die Gewalt gegen Flüchtlinge nehmen in sehr erschreckendem Ausmaß zu.

Machen Sie sich bewusst, dass wir Sie weiter antreiben werden. Denn leider ist die Anerkennung von Vielfalt in Deutschland noch nicht Konsens. In Studien über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist fast die Hälfte der Befragten der Meinung, in Deutschland würden zu viele Ausländer leben.

Seit Jahren belegen Studien, zum Beispiel von der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die Erwachsenen bei der Präventionsarbeit deutlich stärker in den Fokus genommen werden müssen. Hier hinkt auch NRW hinterher.

Sie sehen jedenfalls: Auf dem Weg zu einer offenen und pluralistischen Gesellschaft gibt es noch viel Arbeit zu erledigen. Dieser Antrag ist ein erster Schritt dazu. Ich bin sehr froh, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen. – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Kruse das Wort.

Theo Kruse (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Landtagsfraktion und die CDU-Landespartei verurteilen jedwede Form von politisch motivierter Gewalt, und zwar unabhängig davon, ob sie von der rechten oder der linken Seite des politischen Spektrums ausgeht oder ob sie religiös, politisch, fundamentalistisch motiviert ist. Das unterscheidet uns von den Antragstellern; denn der vorliegende Antrag widmet sich nahezu ausschließlich dem Phänomen des Rechtsextremismus

(Zurufe von der SPD)

und lässt alle anderen Extremismusformen völlig außer Acht.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen von den antragstellenden Fraktionen, Ihre verengte Betrachtungsweise wird aus meiner Sicht der aktuellen Situation des Extremismus in Nordrhein-Westfalen nicht gerecht.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Offenbar hat sich in den antragstellenden Fraktionen niemand ernsthaft mit dem aktuellen Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt,

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN: Doch!)

den Minister Jäger vor wenigen Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Andernfalls müsste Ihnen aufgefallen sein, dass die Anzahl der Gewaltdelikte durch links motivierte Täter im vergangenen Jahr um fast 26 % gestiegen ist. Ich gestehe zu, die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechts motivierte Täter liegt auf einem hohen Niveau. Aber wir haben einen deutlichen Anstieg der links motivierten politischen Straftaten.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Wie man allein vor dem Hintergrund dieser Zahlen einen solchen Antrag vorlegen kann, der sich gegenüber dem Linksextremismus und linker politischer Gewalt blind verhält, ist mir schleierhaft. Dabei geht es, wie gesagt, nicht darum, verschiedene Extremismusarten gegeneinander aufzurechnen.

Ich betone noch einmal: Wir waren uns in der Vergangenheit darin einig, dass menschenverachtende Vorurteile, dass Rassismus, Fremdenhass, Extremismus, Antisemitismus und Gewalt in unserer Gesellschaft keine Chance haben dürfen. Das haben wir, Herr Kollege Körfges, sowohl hier im Plenum als auch in den Ausschüssen immer wieder verdeutlicht.

Ich möchte, wenn das gestattet ist, Herr Präsident, den Antrag Drucksache 14/5832 aus dem Jahre 2007 in Erinnerung rufen. Antragstellende Fraktionen waren damals, im Jahr 2007, die SPD, die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die CDU. Ich will gar nicht diskutieren, wer damals Initiator dieses Antrags gewesen ist. Aber wir haben mit dem Antrag „Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus in Nordrhein-Westfalen keine Chance geben!“ Einvernehmlichkeit dokumentiert.

Der Antrag war von den Fraktionsvorsitzenden unterschrieben. Der damalige Fraktionsvorsitzende der FDP präsidiert. Weiter haben Hannelore Kraft, Sylvia Löhrmann und Helmut Stahl, CDU, unterschrieben. Das war einvernehmliches Vorgehen hier im Plenum.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Verehrte Kolleginnen und Kollegen der antragstellenden Fraktionen, diese gemeinsame Linie verlassen die antragstellenden Fraktionen, und sie blenden, wie gesagt, den Anstieg des Linksextremismus in unserer Gesellschaft erneut aus.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Kruse.

Theo Kruse (CDU): Ich komme gleich zum Schluss.

Hinweisen möchte ich darauf, dass sich die letzte Innenministerkonferenz, an der unser Innenminister Jäger teilgenommen hat, auch damit beschäftigt

hat, ein aktuelles Lagebild zum gewaltbereiten Linksextremismus erarbeiten zu lassen.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Die Bedrohung ist noch nie nur von einer einzigen Form des Extremismus ausgegangen. Das wissen alle verantwortlichen Staats- und Verfassungsschützer besser als wir alle hier. Das verdeutlicht auch der Verfassungsschutzbericht des Bundes, den Bundesinnenminister Thomas de Maizière ebenfalls vor wenigen Tagen veröffentlicht hat.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Ich bedaure, dass Sie in der Vergangenheit von der „Koalition der Einladung“ und einer gemeinsamen Vorgehensweise gesprochen haben, aber mit diesem Antrag verdeutlicht haben, dass diese gemeinsame Linie nicht gewollt ist.

Wir bekämpfen jede Art des politischen Extremismus, jede Art von politischer Gewalt, ob von rechts oder links, ob politisch, islamistisch oder religiös motiviert. Da machen wir keinen Unterschied. Das werden wir immer wieder, auch in den nächsten Wochen und Monaten, betonen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – Bleiben sie bitte noch vorne! Herr Kollege Kruse, es ist Ihre Entscheidung: Sie haben mir keine Möglichkeit gegeben, darauf hinzuweisen, dass zwei Kollegen der Piratenfraktion Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen würden. Die würde ich gerne noch zulassen, wenn Sie damit einverstanden sind.

Theo Kruse (CDU): Ja, einverstanden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Das wäre zunächst Herr Kollege Wegner und dann Herr Kollege Schwerd. Außerdem – das machen wir im Anschluss – hat sich Herr Kollege Körfges für die SPD-Fraktion zu einer Kurzintervention gemeldet. Zunächst zur Frage von Herrn Kollegen Wegner. Bitte sehr.

Olaf Wegner (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. Sie haben gerade gesagt, dass Sie Linksextremismus und Rechtsextremismus gleich behandeln wollen. Ich finde auch, dass Gleiches gleich behandelt werden soll und anderes anders. Deswegen habe ich eine Frage – vielleicht fehlen mir ja Informationen zum Linksextremismus –: Können Sie sagen, wie viele Morde es von Linksextremisten in den letzten 15, 20 Jahren in Deutschland gegeben hat, und können Sie dem die Anzahl der Morde von Rechtsextremisten gegenüberstellen? Und dann frage ich Sie, ob Sie vor diesem Hinter-

grund beide Seiten des Extremismus gleich bewerten.

Theo Kruse (CDU): Ich habe die Mordstatistik der letzten 15 Jahre nicht im Kopf.

(Beifall von der CDU)

Ich kann es nicht sagen. Ich habe lediglich die Verfassungsschutzberichte der letzten Jahre zumindest ansatzweise zitiert, unter anderem den vom vergangenen Jahr, in dem der Anstieg links motivierter Täter deutlich veranschaulicht wird. Das blenden zumindest wir als CDU-Landtagsfraktion nicht aus.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. So weit die Beantwortung der ersten Frage. – Jetzt gebe ich das Wort an Herrn Kollegen Schwerd für seine Frage.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herzlichen Dank, dass ich auch eine Zwischenfrage stellen darf. Haben Sie irgendetwas aus dem Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses gelesen und verstanden, was mit Rechtsextremismus und dessen Gefahren zu tun hat? Mir scheint, als würden Sie gar nicht zur Kenntnis nehmen, dass darauf hingewiesen worden ist, dass man massive Fehler gemacht hat, indem man den Rechtsextremismus massiv unterschätzt hat.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege, wir sind bei dem Instrument der Zwischenfrage. Die haben Sie gestellt. Ich bitte Sie, diese nicht durch eine längere Erklärung zu ergänzen. Das wäre dann eine Kurzintervention.

Theo Kruse (CDU): Ich habe zum heute vorliegenden Antrag geredet. Der Antrag hat den Tenor, die Erfassung politisch rechts motivierter Straftaten zu verbessern. Ich habe mich darum bemüht, zu verdeutlichen, dass wir links und rechts eine verbesserte Lage benötigen. Wir sind auf dem linken Auge nicht blind.

(Daniel Schwerd [PIRATEN]: Aber auf dem rechten!)

Wir bekämpfen sowohl rechts motivierte als auch links motivierte Straftaten. Da machen wir dem Grunde nach keinen Unterschied.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit die Beantwortung dieser Frage. – Jetzt bekommt Kollege Körfges für bis zu 90 Sekunden das Wort für eine Kurzintervention.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Kollege Kruse, ich stelle fest: Sie haben weder den Antrag noch den Verfassungsschutzbericht ordentlich gelesen. Das, was Sie hier vortragen, sind dumpfe Reflexe, die ganz offensichtlich von Ihnen immer wieder bemüht werden, wenn es um eine sachorientierte Bekämpfung sowohl von rechten als auch von anderen Formen des Radikalismus geht.

(Beifall von den PIRATEN und Matthi Bolte [GRÜNE])

Man kann – das hat der NSU-Untersuchungsausschuss auf Bundesebene eindeutig festgestellt – den Extremismus nur dann wirksam bekämpfen, wenn man differenziert vorgeht. Insofern machen wir hier nichts anderes, als zu versuchen, auf Landesebene die Konsequenzen aus den Ergebnissen des NSU-Untersuchungsausschusses auf Bundesebene zu ziehen. Sie hingegen legen Ihre alte parteipolitische Platte auf, setzen rechts und links gleich und verharmlosen damit in unverantwortlicher Art und Weise die Dinge. Ich glaube, nicht wir, sondern Sie haben sich von dem seinerzeitigen Konsens in der Bekämpfung des Extremismus mit Ihrem Wortbeitrag verabschiedet.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: So weit die Kurzintervention. – Jetzt hat Herr Kollege Kruse 90 Sekunden Zeit für die Erwiderung.

Theo Kruse (CDU): Herr Kollege Körfges, herzlichen Dank für Ihre Einschätzung der Dinge. – Wir aktualisieren unsere politischen Platten permanent.

(Zurufe von der SPD)

Herr Körfges, ich nehme die Beschlusslage der Innenministerkonferenz ernst. Der Innenminister unseres Landes ist zurzeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Gott sei Dank, würde ich dem Grunde nach sagen. Aber genau diese Innenministerkonferenz hat festgestellt: Wir brauchen dringender als je zuvor ein aktuelles Lagebild zum gewaltbereiten Linksextremismus. – Warum eigentlich? Das möchte ich im Rahmen der Antragsberatung ebenfalls diskutiert wissen. Deswegen kann dieser Antrag unsere Zustimmung nicht erfahren. Wir lehnen ihn ja nicht ab. Aber weil wir in der Bekämpfung von Links und Rechts dem Grunde nach keinen Unterschied machen – das habe ich, glaube ich, ausreichend verdeutlicht –, kann der Antrag keine einvernehmliche Zustimmung erfahren.

Der Konsens, den wir 2007 hier hatten, ist von Ihnen aufgekündigt worden. Wir wären gerne dazu bereit gewesen, noch einmal eine gemeinsame Grundposition zu verfestigen und zu verankern, aber eben unter Berücksichtigung aller Extremis-

musarten und aller Gewalttaten, die es von den entsprechenden Bereichen gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kruse. – So weit Kurzintervention und Erwiderung darauf.

Nun erhält für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Stamp das Wort.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kruse von der CDU-Fraktion, Sie haben natürlich recht: Der Linksextremismus und auch der religiöse Extremismus sind eine Gefahr für die Demokratie, die debattiert gehört, und zwar hier in diesem Hause. Es muss aber auch möglich sein, auch isoliert über das Phänomen Rechtsextremismus zu sprechen.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN –
Vereinzelt Beifall von der SPD und den
GRÜNEN)

Ich finde es wichtig, dass wir aus diesem Hause ein gemeinsames Signal senden. Ich betone: gemeinsam. Deswegen – das möchte ich kritisch anmerken – hätten wir gerne einen solchen Antrag gemeinsam entwickelt und hätten ihn dann hier vielleicht auch einstimmig beschließen können.

Sie haben den Weg der direkten Abstimmung gewählt. Wir haben das bei unserem Antrag zum Salafismus bewusst nicht gemacht, sondern wir wollten eine Beratung im Ausschuss, weil wir gerne prüfen möchten, welche weiteren Aspekte es gibt, um uns als Demokraten gemeinsam gegen die Extremisten von allen Seiten zu verteidigen.

(Beifall von der FDP)

Ich finde, dass es bei dem Antrag das Wägen des einen oder anderen Argumentes noch bedurft hätte. Ich hätte mir auch gewünscht, dass man beim Thema „Alltagsrassismus“ an der einen oder anderen Stelle etwas konkreter geworden wäre. Der findet sich in der Überschrift; ich finde ihn aber im Text und im Beschlussteil nicht wieder.

Wir als FDP-Fraktion haben zur Kenntnis genommen, wie stark nach den NSU-Morden die Verunsicherung der Zuwanderer in Deutschland ist und wie stark die Verunsicherung gerade unter der deutsch-türkischen Zuwandererfamilie ist, unter den vielen, die in den letzten Jahrzehnten zu uns gekommen sind und die heute Mitbürger sind, die enttäuscht sind, verunsichert dadurch sind, was durch den NSU angerichtet worden ist, aber eben auch dadurch, wie danach von unseren Sicherheitsbehörden damit umgegangen worden ist, nämlich indem sie damals selbst verdächtigt worden sind.

Das hat eine ganz tiefe Verunsicherung ausgelöst, und das müssen wir wiedergutmachen. Wir müssen überlegen, was wir in dieser Hinsicht leisten können. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass wir als Landtag gemeinsam ein Zeichen setzen und einen Untersuchungsausschuss auf den Weg bringen. Es ist aber auch wichtig, dass wir hier und heute mit großer Mehrheit beschließen. Deswegen stellen wir als FDP unsere Bedenken, die wir an der einen oder anderen Stelle gegenüber diesem Antrag haben, zurück und werden zustimmen.

(Beifall von der FDP, der SPD, den GRÜNEN
und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kruse, ich nehme gerne auf, dass Sie Ihre Platten immer erneuern. Genau das ist das Problem: In Zeiten von CDs und MP3s denken Sie immer noch in Vinyl.

(Heiterkeit von der SPD – Zurufe von der
CDU und der FDP)

Es ist politisch töricht und fachlich falsch, dass Sie sagen, Sie machten keinen Unterschied zwischen Rechtsextremismus und Linksextremismus. Das ist politisch töricht und fachlich falsch. Ich möchte Ihnen das gerne erläutern.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Innenministerkonferenz beschlossen hat, ein neues Lagebild „Linksextremismus“ zu erstellen.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Hörst, hörst!)

Ja. Die Frage ist, warum. – Weil die bisherige Erfassung von politisch motivierten Straftaten sowohl von rechts wie von links ausschließlich in einer Kumulierung das qualitative Bild – um es deutlich zu sagen – völlig verfälscht.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Die Zahl linksextremistischer Straftaten in dieser Statistik ist im Wesentlichen auf Verstöße im Rahmen demonstrativer Geschehnisse zurückzuführen. Die Tatsache, dass wir es im Bereich der politisch rechts motivierten Straftaten qualitativ mit völlig anderen Straftaten zu tun haben, verzerrt das Bild.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Deshalb ist es wichtig, ein neues Lagebild „Linksextremismus“ zu erstellen und diese Dinge zu bereinigen, damit jedem Leser klar wird, Herr Kruse, dass es Unterschiede gibt. Es gibt Unterschiede, denen wir uns stellen müssen.

Ich sage es noch einmal ganz deutlich: Ich finde, spätestens nachdem wir in einer gesonderten statistischen Aufbereitung in Nordrhein-Westfalen dargestellt haben, dass auf jede politisch rechts motivierte Straftat bei diesen Tätern zwei Straftaten der Allgemeinkriminalität kommen, muss man feststellen: Diese Täter sind nicht nur gefährlich, sie sind allgemeingefährlich.

Spätestens nach der Entdeckung der NSU-Morde müssen wir doch darauf reagieren, dass das Bild, das vom Rechtsextremismus statistisch gezeichnet wird, schlichtweg falsch ist und überarbeitet werden muss.

Herr Kruse, ich finde, es ist an der Zeit, dass auch eine CDU nicht mehr alles gleichsetzt, sondern eine differenzierte Betrachtung vornimmt. Auch einer CDU würde es gut zu Gesicht stehen, zu sagen: Auch wir tragen einen Teil dazu bei, dass Rassismus, rechte Gewalt und Rechtsextremismus keinen Platz in Nordrhein-Westfalen haben dürfen.

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Dafür müssen Sie Ihre alte Platte wirklich erneuern. Denn es gibt qualitative Unterschiede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde ganz gerne noch einmal auf den Kern des vorgelegten Antrages zu sprechen kommen, den ich sehr dankbar entgegennehme – im Übrigen auch, Herr Stamp, was die heutige Abstimmung angeht –, weil er eine Unterstützung des Parlamentes für die nordrhein-westfälische Linie in der Innenministerkonferenz darstellt. Dies möchte ich heute sozusagen als ein Bild des Parlaments für die dort anstehende Beratung im Rucksack mitnehmen.

Auf der letzten Innenministerkonferenz haben wir dieses Thema mit den Senatoren und Ministerkollegen sehr intensiv diskutiert und schließlich gesagt: Ja, wir müssen eine veränderte Darstellung erreichen, sodass beispielsweise die nordrhein-westfälischen Erkenntnisse über rechte Täter, die nicht nur rechts motivierte Straftaten, sondern auch Straftaten der Allgemeinkriminalität begehen, besser in der PMK-Statistik abgebildet werden.

Wir sind jedoch noch einen Schritt weiter gegangen und haben gesagt: Die Definitionen von unterschiedlichen Straftaten in dieser Statistik müssen wir auch deshalb dringend überarbeiten, weil sich die Gesellschaft rasant verändert und damit auch die Kriminalität rasant verändert. Bestimmte Aspekte, die im Zusammenhang mit Straftaten stehen und heute existieren, waren vor 20 Jahren unbekannt und werden somit nicht mehr ordentlich abgebildet – Stichworte „Cybercrime“ und „Kinderpornografie“.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist eine vernünftige und sehr richtige Positionierung des Parlaments in dieser Frage. Ich nehme das gerne für die weiteren Beratungen der Innenministerkonfe-

renz mit und danke dem überwiegenden Teil des Parlaments für seine Unterstützung.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der FDP und den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten haben direkte Abstimmung beantragt, zu der wir somit kommen. Es wird abgestimmt über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/6122 – Neudruck. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Niemand. Wer enthält sich der Stimme? – Das sind die Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 16/6122 – Neudruck** – mit großer Mehrheit **angenommen** worden ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor ich Tagesordnungspunkt 3 aufrufe, darf ich darauf hinweisen, dass Herr Kollege Dr. Paul nach § 31 unserer Geschäftsordnung darum gebeten hat, dass ihm das Wort für eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung** erteilt wird. – Sie kennen die zeitliche Vorgabe für eine solche Erklärung, Herr Kollege. Sie darf bis zu drei Minuten dauern. Damit erteile ich Ihnen, wie gewünscht, für bis zu drei Minuten das Wort. Bitte sehr.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen Dank. – Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuschauer! Ich möchte, um alle Missverständnisse zu vermeiden, im Vorfeld sagen: Ich stehe nicht hier, weil ich irgendwelche Entscheidungen des Präsidiums gestern aus der Sitzungsleitung kritisieren möchte.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wäre ja noch schöner!)

Das entspricht auch gar nicht der Geschäftsordnung.

Ich stehe hier, um auf einen Punkt aufmerksam zu machen, der uns sehr wichtig ist. Die Ereignisse von gestern, in einem Satz zusammengefasst, lassen sich etwa so ausdrücken: Die Piratenfraktion hat gestern, passend zu einem Tagesordnungspunkt, nicht ganz kollektiv – denn Herr Bayer hatte Schriftführerdienst, und Herr Düngel und Herr Marsching waren nicht im Raum – ein bildhaftes Signal ausgesendet.

Frau Präsidentin hat heute Morgen noch einmal gesagt: Die politische Debatte im Plenum ist per Rede und Gegenrede zu führen. Wir sind der Ansicht, dass an dieser Stelle tatsächlich einmal gemeinsam und konstruktiv – wir Piraten bieten uns da an mitzumachen – über unsere Geschäftsordnung nachgedacht werden muss.

(Zurufe)

– Bitte lassen Sie mich ausreden!

(Unruhe)

Während der Plenarsitzung diese Woche hat Frau Kraft, unsere verehrte Frau Ministerpräsidentin, auch ein bildhaftes Signal durch das Hochhalten einer Tortengrafik ausgesendet.

(Zurufe)

Und ich habe das vor einem Jahr, als es um einen schwarz-gelben Antrag zur rot-grünen Steuererhöhungsorgie ging, auch gemacht, indem ich die Vermögensdezile hochgehalten habe. Für den einen Fall gibt es eine Rüge, der andere Fall ist zumindest grenzwertig.

Ich möchte darum bitten, dass wir gemeinsam noch einmal über unsere Geschäftsordnung konstruktiv nachdenken. Ich wünsche Ihnen eine kreative und erholsame Sommerpause. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN – Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Dr. Paul, Ihre Erklärung sieht nach unserer Geschäftsordnung jetzt keine weitere Vertiefung durch eine Debatte vor. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass Frau Präsidentin heute Morgen ja auch noch einmal sehr deutlich ihre Entscheidung von gestern begründet und dargelegt hat, dass sie es für nötig hält, daraus im weiteren Verlauf der Debatte über das Abgeordnetengesetz des Landtags Nordrhein-Westfalen Konsequenzen zu ziehen.

Ich denke, dann wird noch ausreichend Gelegenheit sein, nicht nur Ihr Verhalten von gestern, das Verhalten Ihrer Fraktion zu würdigen, sondern gegebenenfalls auch noch die Argumente, die Sie jetzt angeführt haben. Dabei wollen wir es zu dieser Erklärung an dieser Stelle belassen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

3 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand
und Handwerk
Drucksache 16/6152

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Schmeltzer das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich fühle mich in das Jahr 2005 zurückversetzt. Damals hat eine schwarz-gelbe Landesregierung gegen die guten Sitten dieses Hauses insofern verstoßen, als dass eine Evaluierung zu einem Gesetz vorlag, man die Evaluierung aber nicht gewürdigt hat und das damalige Tariftreuegesetz mit einem Handstreich wieder zurückgenommen hat.

Es gibt gar nicht so wahnsinnig viel zu diesem Gesetzentwurf zu sagen. Das wäre auch der Länge dieses Gesetzes nicht angemessen. In der Anhörung sind die Punkte der Mehrkosten auf Nachfragen von uns widerlegt worden, weil es keine Mehrkosten definitiv zu benennen gibt. Es sind Schätzungen. Es liegen keine Daten vor. Es gibt beim ÖPNV lediglich wenige Anwendungsfälle. Somit ist es ein Problem.

Wir machen das, was in diesem Tariftreue- und Vergabegesetz steht. Wir evaluieren das Gesetz. Der Minister hat angekündigt, dass er die Evaluation vorziehen wird. Wir werden diese Evaluation auswerten. Wenn nötig, werden wir das Gesetz anpassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nie war es so leicht, in diesem Haus einen Gesetzentwurf abzulehnen wie heute. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Bergmann.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Heute beraten wir abschließend den Gesetzentwurf der FDP zur Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Die beiden Fraktionen von SPD und Grünen begründeten ihre Ablehnung des Gesetzentwurfes in den Ausschüssen ebenso wie mein Vorredner gerade auch damit,

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

dass bisher noch keine Evaluation des Tariftreue- und Vergabegesetzes vorliege und damit die Forde-

rung nach einer Abschaffung nicht faktenbasiert quasi möglich sei. Diese Argumentation finde ich, mit Verlaub, abenteuerlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der Landtag hat im März schon die dritte Anhörung zu diesem Gesetz durchgeführt. In allen drei Anhörungen war die Kritik daran schlichtweg vernichtend.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Falsch!)

Bestenfalls konnte man dort von den Leuten noch hören, die aus der Praxis kommen und nicht ideologiesteuert agieren: gut gemeint, aber schlecht gemacht und praxisfern.

Mit Erlaubnis des Präsidenten – Sie haben gewechselt, ich habe mich umgedreht, bevor ich jetzt den Präsidenten oder die Präsidentin verwechsle – nur einige Zitate aus dieser vergangenen Anhörung. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände – Zitat – äußert sich wie folgt: Nicht nur mittelständische Unternehmen, sondern auch kommunale öffentliche Auftraggeber sind überfordert.

Der Städte- und Gemeindebund sagt: Befürchtungen, dass durch das Gesetz ein massiver bürokratischer Aufwand sowohl aufseiten der öffentlichen Auftraggeber als auch aufseiten der Auftragnehmer entstehen wird, sind leider eingetreten.

Der Verband der kommunalen Unternehmen sagt: Das Gesetz hat zu einer Zunahme an Bürokratie, einer relevanten Kostensteigerung, einem verringerten Bieterinteresse und außerdem zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit geführt.

Die IHK NRW sagen: Das TVgG wird auch in Zukunft nicht einem dem Aufwand angemessenen Zielbeitrag erreichen.

Unternehmer NRW: Eine politische Symbolik mit negativen Folgen. Das Gesetz umfasst inklusive Begründung 54 Seiten, die Rechtsverordnung mit Begründungen und Anlagen insgesamt 64 Seiten, die im Vergabeportal des Landes NRW veröffentlichte FAQ-Liste umfasst, ausgedruckt, 21 Seiten.

Der Kreis Paderborn, die Stadt Euskirchen – alle sprechen davon, dass es kostensteigernd und wettbewerbsverzerrend sei.

Der Verband nordrhein-westfälischer Omnibusunternehmen sagt: Der Ehrliche ist wohl der Dumme. Da Vorgaben nicht kontrolliert werden können, ist man im Nachteil, wenn man tatsächlich versucht, alles umzusetzen beziehungsweise zu kontrollieren.

Letztendlich zitiere ich den Bauindustrieverband: Insbesondere mittelständische Unternehmen stehen vor hohen, nicht zu vertretenden bürokratischen und finanziellen Hürden.

Ich frage mich: Wie viele Fakten benötigen SPD und Grüne denn noch, um endlich zu erkennen, dass dieses Gesetz schnell wieder abgeschafft gehört?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bevor jetzt gleich wieder die von Ihnen bekannten Reflexe ausgelöst werden und das bewusst wieder falsch verstanden wird: Die CDU-Landtagsfraktion teilt die sozialen und umweltpolitischen Ziele dieses Gesetzes. Es ist aber in Bezug darauf ein politisches Placebo und der falsche Ort, um diese Dinge zu regeln. Das Gesetz trägt – Sie wissen das eigentlich auch – in keiner Weise zur Erreichung der gesteckten Ziele bei.

Denken Sie nur einmal daran, wie der DGB und das Eine Welt Netz reagierten, als sie in der Anhörung gefragt wurden, ob das Gesetz die Situation der Beschäftigten konkret verbessert habe. Eine Antwort blieben beide Sachverständige dem Landtag – wohl sehr bewusst – schuldig. Warum wohl?

Meine Damen, meine Herren, das Fazit ist schnell gezogen: Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist ein unnötiges Bürokratiemonster. Es ist für Unternehmen und für die öffentliche Hand gleichermaßen praxisfern und arbeitsaufwendig. Es hilft nicht bei der Erreichung der wünschenswerten sozial- und umweltpolitischen Ziele. Für die Bürger ist es in Konsequenz mit neuen und steigenden Kosten verbunden. Es ist mit fachfremden Aspekten und Anforderungsprofilen überfrachtet. Weiterhin stellt es einen klassischen Fall unnötiger Überregulierung dar, kann also abgeschafft werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das Gesetz ist quasi schon praxisevaluiert. Den Praxistest hat es – so könnte man salopp formulieren – nicht bestanden

Meine Damen, meine Herren, die CDU-Fraktion stimmt deshalb aus all den genannten Gründen dem vorliegenden Gesetzentwurf der FDP zu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Bergmann. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Schneckenburger.

Daniela Schneckenburger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Dr. Bergmann, ein schnelles Fazit ist nicht immer ein richtiges Fazit. Das steht manchmal im Gegensatz zueinander.

Über das Tariftreue- und Vergabegesetz ist in diesem Haus in vielfacher Hinsicht intensiv – bei Anhörungen, im Plenum und im Ausschuss – debattiert worden. Die Wahrnehmung, die Sie eben formuliert haben, Herr Dr. Bergmann, kann ich nicht teilen. Sowohl das Eine Welt Netz NRW als auch der DGB NRW begrüßten und forderten übrigens ein Tariftreue- und Vergabegesetz. Die Evaluation ist verab-

redet. Wir werden gegebenenfalls – Kollege Schmeltzer sagte es – Anpassungen vornehmen.

Deswegen will ich es an dieser Stelle kurz machen, weil ich glaube, dass dem in der Debatte nichts mehr hinzuzufügen ist. Wir werden das Gesetz zur Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen ablehnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Schneckenburger. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, geehrte Herren! Auch ich will zu Beginn der heutigen Debatte noch einmal eines sehr deutlich machen: Die Ziele, die mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz erreicht werden sollen, treffen in diesem Hause auf einen sehr breiten Konsens, auch wenn bezüglich der einzelnen Ausgestaltung sicherlich noch Meinungsunterschiede bestehen. Wir sind zum Beispiel der Auffassung, dass die Autonomie der Tarifpartner weiterentwickelt und nicht durch überzogene staatliche Eingriffe beschnitten werden sollte. Im Kern aber sind die Ziele, die hier beschrieben werden, im Hause breiter Konsens. Auch wir sind gegen Lohn-dumping und für die Berücksichtigung sozialer Kriterien sowie von Umweltkriterien.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie tun nur nichts dafür!)

Es gibt insofern keinen Dissens.

Es hatte im Wesentlichen zwei Gründe, warum wir uns von Beginn an gegen das Tariftreue- und Vergabegesetz in der vorliegenden Form ausgesprochen haben:

Erstens. Die Durchsetzung und die Kontrolle der beschriebenen Ziele sind in dem Gesetz vollkommen falsch zugeordnet. Sie lösen einen nicht zu bewältigenden Bürokratieaufwand bei Unternehmen – vor allem mittelständischen – und bei öffentlichen Verwaltungen aus. Sie erhöhen Kosten und schaffen Rechtsunsicherheit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweitens. Die beschriebenen Ziele werden durch diese Fehlkonstruktion im Tariftreue- und Vergabegesetz nicht erreicht. Der Zweck wird also nicht erreicht. Weil wir auch aufgrund inzwischen anhängiger Verfahren diese Haltung bestätigt gefunden haben, haben wir den heute abzustimmenden Gesetzentwurf eingebracht. Dieses Tariftreue- und Vergabegesetz gehört abgeschafft. Vom Kollegen Bergmann sind viele Punkte – das muss ich nicht alles wiederholen – zitiert worden. Ich mache mir lediglich die Mühe – nachdem er zum ersten Punkt

„Bürokratie und Kosten“ schon so viele Zitate aus der Anhörung vorgebracht hat –, zum zweiten Punkt, dem Grad der Zielerreichung, ebenfalls noch einige Zitate aus der Anhörung zu bringen. Ansonsten war die Argumentation der Kollegen von Rot-Grün verhältnismäßig dünn. Ich zitiere es, weil das, was ich gesagt habe, hier gerade in Abrede gestellt wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hat gesagt, dass das Gesetz für die Erreichung der beabsichtigten Ziele nichts bringt, meine Damen und Herren.

Die IHK NRW hat formuliert: Das Tariftreue- und Vergabegesetz wird auch in Zukunft nicht einen dem Aufwand angemessenen Zielbeitrag erreichen.

(Beifall von der FDP)

Der Verband kommunaler Unternehmen, meine Damen und Herren, hat schlicht formuliert: Das Tariftreue- und Vergabegesetz erfüllt seine Zwecke nicht. – Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir können als Ergebnis festhalten: Das Tariftreue- und Vergabegesetz ist ein schlechtes Gesetz, und es sollte abgeschafft werden.

Nachdem in den Vorberatungen in den Ausschüssen und auch nach Ihren Wortmeldungen wieder einmal zu befürchten ist, dass Sie auch heute wieder eine Gelegenheit verstreichen lassen, einen guten Beitrag für die Entbürokratisierung in diesem Land zu leisten – das stets mit dem Verweis auf die anstehende Evaluierung; zumindest konstatieren Sie, dass Handlungsbedarf besteht, was auch der Minister in schöner Regelmäßigkeit stets formuliert –, will ich doch noch einmal deutlich machen: Wir haben bereits versucht, dieses Gesetz zu verbessern und handhabbarer zu machen, indem eine Rechtsverordnung sehr eilig – holterdiepolter – erlassen wurde.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein Jahr!)

Die alleinige Folge dieser Rechtsverordnung war, dass das Gesetz noch schwerer handhabbar wurde und es noch mehr Bürokratie gegeben hat. Auch hierfür ist ja eben von Herrn Kollegen Bergmann ein entsprechendes Zitat gebracht worden.

Wir können nur sagen: Dieses Gesetz ist deswegen schlecht gemacht – ich wiederhole es –, weil die beabsichtigten Ziele bei den Unternehmen, bei den Verwaltungen falsch abgeladen werden. Diese Verwaltungen, diese Unternehmen sind schlechterdings nicht in der Lage, diese beabsichtigten Ziele zu kontrollieren. Sie sind nicht in der Lage, diese Kriterien sicherzustellen. Deswegen ist es nur möglich, dieses Gesetz entweder zu evaluieren, indem es eben im Kern sowieso abgeschafft wird, oder darauf ein bisschen weiße Salbe aufzutragen, hier und

dort noch ein bisschen herumzudoktern und zu sagen: Jetzt ist alles gut.

Die Folge dieser Symbolpolitik wird dann sein, dass im Ergebnis wahrscheinlich noch mehr Bürokratie vorhanden ist.

Deswegen sagen wir ganz klar: Dieses Gesetz ist nicht mehr zu verbessern. Dieses Gesetz gehört abgeschafft.

Ich füge ausdrücklich noch einmal hinzu: Die mit dem Gesetz beabsichtigten Ziele, die in diesem Haus auf einen so breiten Konsens treffen, sollten an den Stellen versucht werden, zu verfolgen, wo sie hingehören: auf europäischer Ebene, auf internationaler Ebene, auch auf Bundesebene. Wenn Sie Wirtschaftsfreundlichkeit ernst meinen, wenn Sie insbesondere Handwerksfreundlichkeit und Bürokratieabbau ernst meinen, meine Damen und Herren, Herr Minister, dann sage ich: Nutzen Sie diese Gelegenheit und stimmen Sie unserem Gesetzentwurf zu! – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und am Livestream! Wir haben in diesem Parlament schon einige Debatten zum Tariftreue- und Vergabegesetz geführt.

Für uns Piraten steht aber nach wie vor fest: Der Kampf gegen Lohndumping im öffentlichen Beschaffungswesen ist richtig. Faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung ist keine Kür, es ist Pflicht.

Hoffnung hatten wir in den flächendeckenden Mindestlohn gelegt. Was jedoch diese Woche im Bundestag beschlossen worden ist, ist ein Flickenteppich. Böse Zungen sagen: 8,50 € Mindestlohn für alle, nur nicht für die, die eben weniger als 8,50 € bekommen.

(Beifall von den PIRATEN)

Lassen Sie mich auf den vorliegenden Gesetzentwurf der FDP eingehen. Wir halten die Forderung nach der Abschaffung des Tariftreue- und Vergabegesetzes für völlig überzogen und falsch. In den meisten Bundesländern ist inzwischen ein solches Gesetz in verschiedener Ausgestaltung in Kraft. Auch die EU-Kommission erlaubt ausdrücklich die Vorgabe von sozialen und nachhaltigen Aspekten in der öffentlichen Beschaffung.

Man kann unterschiedlich an Sachthemen herangehen. Wir teilen die Kritik. Wir kommen aber zu einem anderen Schluss.

Die FDP hat sich entschlossen, die Frage nach dem Ob, also ob wir überhaupt ein Tariftreue- und Vergabegesetz brauchen, in den Mittelpunkt zu stellen.

Mit einem Schuss Realitätssinn würde man aber erkennen, dass das die falsche Frage ist. Nicht das Ob ist entscheidend, sondern das Wie, also: Wie muss so ein Gesetz gestaltet sein, damit es ein gutes Gesetz ist? Denn dass der Staat Vorbild und Vorreiter im fairen Wirtschaften sein muss, steht außer Frage.

Damit komme ich auf das eigentliche Problem zu sprechen. Das Tariftreue- und Vergabegesetz wurde von verschiedenen Gerichten mehrfach beklagt. Behörden und Auftragnehmer sind verunsichert und klagen über eine sinnlose Bürokratie und Auflagen, die in der Praxis nicht zu erfüllen sind. Auch die Kommunen berichten, dass es noch völlig offen ist, ob und in welchen Fällen die durch das Gesetz verursachten Mehrkosten vom Land erstattet werden. Dazu ist das Land aber nicht zuletzt durch § 21 des Tariftreue- und Vergabegesetzes verpflichtet.

Insgesamt drängt sich also der Eindruck auf: Dieses Gesetz wurde handwerklich nicht gut gemacht.

Daher ist mein Appell an die Kollegen von SPD und Grünen: Vergurken Sie dieses Gesetz nicht durch rechtliche Unsicherheiten und praxisuntaugliche Vorgaben! Zeigen Sie stattdessen den Kritikern, dass eine faire und nachhaltige Beschaffung machbar ist!

Davon sind wir durch die zahllosen offenen Baustellen des von Ihnen eingebrachten Gesetzes noch weit entfernt. Das muss sich ändern.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, das Gesetz und die Rechtsverordnung wie geplant möglichst schnell zu evaluieren und dem Parlament einen verbesserten Entwurf vorzulegen.

Zum vorliegenden Antrag der FDP möchte ich ein Zitat anbringen: „Wenn man von den Leuten Pflichten fordert und ihnen keine Rechte zugestehen will, muss man sie gut bezahlen.“ Was Goethe vor 200 Jahren erkannte, stößt bei der FDP auf taube Ohren. Wenn man abhängig Beschäftigten immer mehr Rechte nimmt, zugleich mehr Eigenverantwortung einfordert und ihnen dann aber eine faire Mindestbezahlung verweigert, wie das der Gesetzentwurf der FDP vorsieht, dann lehnen wir das ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Vielen Dank. –

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aus Sicht der Landesregierung ist der Gesetzentwurf der Fraktion der FDP abzulehnen. Wir sehen weder rechtlich noch tatsächlich Anlass, das TVgG NRW aufzuheben.

Die Zielsetzung des Gesetzgebers mit Blick auf eine langfristige, auf eine nachhaltige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, die öffentliche Beschaffung mit Vorgaben zu Tarif- und Sozialstandards, zu einem vergabespezifischen Mindestlohn und zu weiteren Aspekten der Nachhaltigkeit zukunftsweisend zu gestalten, ist und bleibt richtig. Bieter, die im Vergabeverfahren untertariflich entlohnen, sollen sich nicht auf Kosten redlicher Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschaffen können.

Der Gesetzgeber hat sich zur Verabschiedung des TVgG in dem Bewusstsein entschieden, dass die Umsetzung dem öffentlichen Auftraggeber in seiner Vorbildfunktion zumutbar ist und die Wirtschaft nach einer gewissen Übergangszeit auch diese Vorgaben selbstverständlich und rechtssicher umsetzen wird.

Die Landesregierung hat zudem eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die Veröffentlichung des Leitfadens, die Bereitstellung von Praxishinweisen im Rahmen der FAQ-Liste auf der Vergabepattform, aber auch im Rahmen einer Vielzahl von Veranstaltungen die Umsetzung in die Praxis flankiert.

Insofern, Herr Bombis, wenn Sie jetzt gerade gesagt haben, wir hätten das zu schnell gemacht, erinnern Sie sich vielleicht auch an die Debatten über das Thema „Rechtsverordnung“. Da haben Sie immer gefragt, warum wir es noch einmal verschoben haben. Wir haben nämlich sehr gründlich gearbeitet. Der Vorwurf, dass das irgendwie übers Knie gebrochen worden wäre, geht ins Leere.

Im Übrigen: Auch die neuen europäischen Vergaberichtlinien werden mit ihrer Umsetzung in nationales Recht wesentliche umfangreiche Änderungen für die Vergabepaxis in ganz Deutschland mit sich bringen.

Ein Schwerpunkt dieser europäischen Vergaberechtsnovelle ist eine verstärkte Umsetzung sogenannter strategischer Beschaffungsziele, also die Berücksichtigung von sozialen, von umweltbezogenen und von innovativen Aspekten.

Hier ist mehrfach Bezug auf die Anhörung der Sachverständigen genommen worden. Der Kollege Schmeltzer hat recht: Die Argumente, die dort vorgebracht wurden, haben überhaupt kein anderes Bild auf das TVgG ergeben, als dies bereits im Gesetzgebungs- und im Ordnungsverfahren der Fall gewesen ist. Das hat also schon Eingang in die Abwägung des Gesetzgebers gefunden.

Hinsichtlich der Vereinbarkeit des TVgG mit den künftigen Vorgaben der Vergaberechtsnovelle auf

der europäischen Ebene fiel die Einschätzung auch grundsätzlich positiv aus.

Gleichwohl nehmen wir und ich ganz persönlich die Rückmeldungen aus den Kommunen, aus den Kommunalverbänden, aus der Wirtschaft und insbesondere aus dem Handwerk hinsichtlich der Bürokratielastigkeit des Gesetzes sehr ernst. Wie Sie wissen, fordere ich sogar dazu auf, uns diese praktischen Erfahrungen mitzugeben und mitzuteilen.

Deswegen planen wir die Evaluierung des TVgG und werden deren Ergebnisse dann in eine entsprechende Novellierung einfließen lassen. Diese Novellierung wird es aller Voraussicht nach im Jahre 2015 geben. Das ist der richtige und vernünftige Weg, der nicht das Kind mit dem Bade ausschüttet. Deswegen ist dieser Weg besser, als jetzt nur ein Gesetz zu verabschieden, das das Ganze in Luft auflöst.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen. Herr Bombis, Sie haben hier mehrfach betont, in den Zielen seien sich alle einig.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Die Kommentare der FDP zu dem wirklich historischen Beschluss, den der Deutsche Bundestag gestern zur Einführung des Mindestlohnes gefasst hat, lassen mich zweifeln, ob Sie mit den Zielen dieses Gesetzes wirklich konform gehen.

(Ralph Bombis [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Ralph Bombis [FDP]: Ich habe mich doch gemeldet!)

– Das kam aber zu spät. Da war die Rede schon zu Ende. Man kann hier nicht dauernd Zwischenfragen stellen, wenn die Reden schon zu Ende sind. Das geht halt nicht.

(Ralph Bombis [FDP]: Dann muss man ab und zu auf den Bildschirm gucken! – Weitere Zurufe)

– Gibt es jetzt Probleme? – Die Redezeit war zu Ende. Der Minister hatte seine Rede beendet und ist gegangen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Weiter!)

Solche Debatten werden wir jetzt nicht anfangen – schon gar nicht am letzten Tag vor den Sommerferien. Ich bitte um Verständnis.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Einblendung gesehen. Dann war die Rede de facto beendet. Das ging wirklich ineinander über. So ist das hier bewertet worden. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir das dann auch so halten.

Sie können sich aber zu Wort melden. Jetzt muss ich einmal schauen. – Nein, das geht auch nicht. Die Redezeit der FDP ist überzogen. Nicht einmal das kann ich Ihnen anbieten, Herr Bombis.

Jetzt sollten wir zu dem kommen, was hier vorgesehen ist, nämlich zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk empfiehlt in Drucksache 16/6152, den Gesetzentwurf Drucksache 16/4443 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung nicht über die Beschlussempfehlung, sondern über den Gesetzentwurf selbst. Wer stimmt diesem Gesetzentwurf zu? – Die FDP-Fraktion, die CDU-Fraktion und der fraktionslose Abgeordnete Herr Stein. Wer stimmt dagegen? – Die Piratenfraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 16/4443 in zweiter Lesung abgelehnt.**

Ich erlaube mir noch eine Bemerkung, Herr Kollege Bombis. Sie hätten ja auch noch die Möglichkeit der Kurzintervention gehabt.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist aber doch nicht nötig, wenn man sich rechtzeitig gemeldet hat!)

Darüber brauchen wir jetzt auch nicht zu diskutieren. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass diese Möglichkeit besteht. Das gilt für alle anderen auch.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt

4 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen – BauGB-AG NRW –

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6131 – Neudruck

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Schemmer das Wort.

Bernhard Schemmer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen hat schon eine sehr bürokratische Überschrift und lässt eigentlich ausschließlich Gesetzestechnik vermuten. Da-

bei geht es in Wirklichkeit um wichtige Entscheidungen für den ländlichen Raum.

Wenn vorhandene, aber nicht mehr benötigte Bausubstanz umgenutzt wird und für Wohnungsbau, Dienstleistung oder Gewerbe verwendet wird, werden weniger andere Flächen im Freiraum in Anspruch genommen, als das sonst der Fall wäre. Genau diese geringere Inanspruchnahme von Ausweichflächen muss auch unser Ziel sein.

Es geht also um die Folgenutzung ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude. Im § 35 des Baugesetzbuches sind sieben Voraussetzungen genannt, die dabei erfüllt sein müssen. Davon ist die Siebenjahresfrist zwar weniger wichtig. Die anderen Restriktionen sind aber schon erforderlich.

Während wir im Jahr 1990 in Nordrhein-Westfalen noch über 60.000 landwirtschaftliche Betriebe mit einer Nutzfläche von über 5 ha hatten, hat sich die Anzahl dieser Betriebe seitdem halbiert. Rund 30.000 Betriebe sind aufgrund des Strukturwandels aus der Produktion ausgeschieden. Dafür gibt es viele Gründe.

Mit der Umnutzungsmöglichkeit, die Anfang der 1990er-Jahre ins Baugesetzbuch hineingekommen ist, ist ein Verfall ehemals landwirtschaftlich genutzter Gebäude, wie wir es in anderen Ländern – im Süden Frankreichs, in vielen Teilen Südeuropas – sehen, verhindert worden.

Wir helfen der Landwirtschaft beim Strukturwandel. Dort, wo für den Betriebsleiter kein Hofnachfolger da ist, erleichtern wir den Ausstieg aus der Landwirtschaft. Dort, wo Produktionskapazitäten nicht mehr genutzt werden sollen, zum Beispiel beim Nebenerwerb, schaffen wir Möglichkeiten, dass das Ganze ordentlich genutzt wird. Alles das führt dazu, dass bei vielen landwirtschaftlichen Familien die leerstehenden Gebäude in einem wirtschaftlichen Tun umgenutzt werden.

Ich will auch noch einmal die Gründe ansprechen, die für die Aussetzung der Siebenjahresfrist sprechen.

Zum einen ist es ausreichend reglementiert. Aber wir schaffen zum anderen auch neue Möglichkeiten für Handwerk, Dienstleistung und Wohnen, für Einkommensquellen in der Landwirtschaft, indem wir einem fortlaufenden Verfall vorbeugen und damit einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes.

Wir sorgen für die Weiterverwendung erhaltenswerter Bausubstanz. Baustoffe werden nicht verschwendet. Wir reduzieren die Neuversiegelung. Wir schaffen neuen Wohnraum, auch Mietwohnraum. Und wir erhalten unsere Kulturlandschaft.

Noch eine Anmerkung: Bill Gates hat in einer Garage begonnen. Ich kenne viele Betriebe, die ihr erstes gewerbliches Tun in einem ehemaligen landwirtschaftlichen Betrieb aufgenommen haben.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD:
Sie auch, Herr Schemmer!)

Die Aussetzung der Siebenjahresfrist hat in den Jahren 2003, 2004 und 2005 zu heftigen Diskussionen geführt. Die damalige rot-grüne Landesregierung war zerstritten. Bei der letztmaligen Aussetzung 2009 hatten wir einen gemeinsamen Beschluss von SPD, CDU und FDP; die Grünen haben das Gesetz damals abgelehnt.

Ich denke, unser jetziger Gesetzentwurf – dabei entfällt die Entfristung, da verbleibt nur eine Berichtspflicht für Ende 2019 – ist eine kluge und klare Entscheidung für die Zukunft. Wenn nunmehr die Landesregierung in ihrer Berichtspflicht gegenüber dem Landtag – Vorlage 16/2031 – zu dem Ergebnis kommt, die vorhandene Regelung zu verlängern, so ist auch sie auf einem guten Weg.

Hier geht es aber nicht nur darum, zu einer rechtzeitigen Entfristung zu kommen, vielmehr sollte die Entfristung dauerhaft erfolgen, wie das in vielen anderen Bundesländern auch der Fall ist. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schemmer. – Nun spricht für die FDP-Fraktion als zweite antragstellende Fraktion Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Wenn die Kollegin Philipp möchte, kann sie gerne zuerst sprechen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Nach unseren Regeln ist es so, dass Sie, wenn Sie etwas gemeinsam einbringen, dies auch gemeinsam begründen. Danach reagieren die anderen.

Holger Ellerbrock (FDP): Selbstverständlich, Herr Präsident, dem werden wir uns nicht nur beugen, sondern gerne folgen. – Meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU-Fraktion ist gut, praxisgerecht, zukunftsorientiert und vernünftig. Wir werden ihm zustimmen.

Es zeigt sich an diesem Antrag: Der ländliche Raum ist ein eigenständiger Lebens-, Wirtschafts- und Entwicklungsraum. Der Entwicklungsraum ist deswegen auch im Zusammenhang mit dem Landesentwicklungsplan zu sehen. Unsere Bedenken bei dem 2000er-Erlass bezogen sich nicht darauf, wie er darin steht, sondern wie er angewandt wird.

Wir wollen einen lebendigen ländlichen Raum, und deswegen ist es gut, wenn die dortigen Gebäude nach Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung flexibel auch für Gewerbe, Wohnen usw. – der Kollege hat das schon gesagt – genutzt werden können.

Das ist letztendlich auch ein Beitrag zum Erhalt des Erscheinungsbilds der Kulturlandschaft.

Damit können wir oftmals auch eine aktive Denkmalpflege betreiben. Wir müssen deswegen von dem engen Korsett der Siebenjahresfrist wegkommen, weil es hier zutiefst menschelt. Der Landwirt lebt vielleicht noch auf dem Hof, und wenn er seine Scheune, seinen Arbeitsraum umgenutzt haben möchte, dann kann sich das schwierig gestalten. Da ist immer auch die berufsständische Ehre betroffen.

Die nächste Generation, die den Hof entweder als Vollerwerb oder in Teilzeit bewirtschaftet, kann dadurch ein weiteres Standbein zur Existenzsicherung bekommen. Das ist eine ganz vernünftige Sache. Deshalb bedeutet es eine Chance gerade für die jungen Landwirte, hier auf dem Hof zu bleiben.

Wer sich gegen die Entleerung des ländlichen Raumes wendet, wird diesem Antrag seine Zustimmung nicht verweigern können. Jetzt könnte ich viele Positionen des Kollegen Schemmer aufgreifen. Er hat das aber in der ihm eigenen vollkommenen Darstellungsweise schon getan, das brauche ich daher nicht noch einmal zu wiederholen.

Ich fasse zusammen: Der Antrag ist praxisorientiert, er ist gut, er ist sinnvoll und entbürokratisierend – alles positive Eigenschaften. Unsere Zustimmung hat die CDU. Ich nehme an, weil der Antrag so überzeugend ist, wird er hier auf eine breite Mehrheit treffen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Schönen Dank, Herr Ellerbrock. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Philipp.

Sarah Philipp (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Aussetzung der sogenannten Siebenjahresfrist bei der Umnutzung ursprünglich landwirtschaftlich genutzter Gebäude ist und bleibt ein politischer Dauerbrenner. Das ist nicht das erste Mal, dass wir heute im Landtag darüber sprechen.

Ich bin das erste Mal dabei, die Kollegen hatten dieses Thema schon öfter auf der Tagesordnung.

(Zuruf von Holger Ellerbrock [FDP])

– Ja, einen Moment. – Die CDU weist in ihrem Antrag darauf hin, dass diesem baugesetzlichen Thema eine besondere Rolle zukommt, vor allem, wenn man den Strukturwandel betrachtet, der sich in der Landwirtschaft vollzieht und der sich auch in den nächsten Jahren weiterhin vollziehen wird.

Im konkreten Beispiel bedeutet die Aussetzung der Frist, dass ein Gebäude, das zuvor Bestandteil eines landwirtschaftlichen Betriebes war, auch dann beispielsweise zu einem Wohnhaus oder zu ge-

werblichen Zwecken umgebaut werden kann, wenn die Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung bereits länger als sieben Jahre zurück liegt; das haben wir vorhin schon gehört.

Diese Siebenjahresfrist bezieht sich dabei – das möchte ich ausdrücklich noch einmal betonen, weil das ein wichtiges Detail ist – ausschließlich auf Gebäude im Außenbereich. Wir sprechen hier also von Einzelhoflagen. Landwirtschaftliche Gebäude innerhalb von Ortschaften sind damit in diesem Zusammenhang gar nicht betroffen.

Es gibt durchaus gute Gründe, warum bereits vorhandene Gebäude umgenutzt werden können und umgenutzt werden sollten. Auf diese Weise lässt sich – das haben wir schon gehört –, Bausubstanz erhalten; das Landschaftsbild, das prägend ist, lässt sich erhalten. Außerdem müssen die Eigentümer das Gebäude nicht leer stehen lassen.

Dennoch: Ganz so einfach, wie es in dem Antrag formuliert ist, ist die Sachlage, wie wir finden, letztendlich doch nicht. Wenn man den Antrag liest, kann man den Eindruck gewinnen, dass es ursprünglich gar keine guten Gründe dafür gegeben hat, warum diese Frist damals eingeführt worden ist.

Man muss berücksichtigen, dass es in dieser Angelegenheit vielfältige Interessenlagen gibt, zwischen denen wir dann etwas detaillierter und etwas ausführlicher abwägen müssen.

Auf der einen Seite steht in der Regel der Eigentümer der Immobilie, der ein Interesse an der Neunutzung des Gebäudes hat, der den Verfall und den Leerstand natürlich vermeiden möchte.

Hier muss jedoch die Besonderheit des eben erwähnten Außenbereiches nochmals betont werden. Wir sprechen hier von Landschaften, in denen ursprünglich nur Gebäude mit einem land- oder forstwirtschaftlichen Bezug gebaut wurden. Einen Freifahrtschein, nun diese Gebäude beliebig umzubauen, sollten wir deshalb mit Vorsicht genießen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei der Umnutzung dieser Gebäude spielen auf der anderen Seite der Naturschutz, die Landschaftspflege, der Boden- und auch der Denkmalschutz eine vorgelagerte Rolle. Die natürliche Eigenart der Landschaft darf nicht beeinträchtigt werden. Die Siedlungs- und Ortsstruktur muss auf jeden Fall erhalten bleiben. Das Orts- und Landschaftsbild darf eben nicht verunstaltet werden.

Im Abwägungsprozess stehen sich somit verschiedene Interessen gegenüber, auf die es wichtig ist, einzugehen. Mit einer argumentativen Vereinfachung der Thematik, in der man nur die Vorteile einer Aussetzung der Siebenjahresfrist hervorhebt, ist keinem geholfen. Sie fordern in Ihrem Antrag jedoch gleich die dauerhafte Aussetzung der Siebenjahresfrist. Welche Folgen dies für die bauliche Gestaltung

des ländlichen Raums haben könnte, wäre langfristig gar nicht abzuschätzen.

Sie wären wahrscheinlich die Ersten, die aufschreiben würden, wenn die Umnutzung beispielsweise im Münsterland nachher überhandnähme und man die ursprüngliche Landschaft gar nicht wiedererkennen würde. Daher wird es diesen Persilschein zur dauerhaften Aussetzung der Siebenjahresfrist mit der SPD-Fraktion nicht geben.

Zum Schluss möchte ich noch ein paar Sätze zur Antragsbegründung sagen. Diese fanden wir etwas fragwürdig, da wir keinen Zusammenhang zwischen Förderthematik und Förderrichtlinien für den ländlichen Raum und der bauordnungsrechtlichen Fragestellung einer Aussetzung erkennen. Das hat sich uns nicht erschlossen. Sie werfen hier verschiedene Themen in einen Topf, die dann nichts miteinander zu tun haben, in der Hoffnung, dass es bei dem Antrag vielleicht keiner merkt. Das macht für uns aber deutlich, dass es in der Konsequenz doch etwas mit der heißen Nadel gestrickt wurde. Deswegen müssen wir uns das im Ausschuss noch etwas genauer anschauen.

Selbstverständlich stimmen wir der Überweisung zu, das ist gar keine Frage. Dann können wir in Ruhe prüfen, wie wir mit dem Entwurf umgehen. Haben wir derzeit eine vernünftige Regelung, die den Strukturwandel möglich macht? Das wollen wir natürlich unterstützen. Wie wird die Regelung allen Beteiligten gerecht? Wie kann sie den Beteiligten vor Ort nutzen? Wir freuen uns auf die politische Diskussion im Ausschuss und stimmen der Überweisung zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Philipp. – Für die grüne Fraktion spricht nun Herr Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag von CDU und FDP zielt ja darauf ab, dass die Siebenjahresfrist weiterhin außer Kraft gesetzt werden soll. Es geht also um die Möglichkeit, landwirtschaftliche Gebäude auch dann noch umzunutzen, wenn sie bereits länger als sieben Jahre nicht mehr landwirtschaftlich genutzt worden sind.

Wir sollten meines Erachtens am Anfang noch einmal darüber reden, warum der Außenbereich im Baugesetzbuch doch relativ rigide behandelt wird. Herr Schemmer oder war es Herr Ellerbrock, Sie haben Südfrankreich angesprochen. Wenn ich im Ausland unterwegs bin, gerade in ländlichen Räumen, dann bin ich immer ganz froh, wie wir in Deutschland mit dem Außenbereich umgehen, zum Beispiel was das Aufstellen von Werbetafeln und Ähnlichem angeht.

(Beifall von Rolf Beu [GRÜNE])

Ich finde, dass wir das sehr gut machen, dass wir den ländlichen Raum, den Außenbereich zu schonen versuchen und dadurch die Bebauung im Kernbereich festhalten.

Wir haben bereits eine Menge Ausnahmen, wenn man sich einmal den Ursprung anschaut, aufgenommen, und zwar vom berühmten Kernkraftwerk bis hin zur Großmastanlage. Wir haben schon eine Belastung, die im Außenbereich vorhanden ist. An der Stelle will ich auch deutlich sagen, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb aufgegeben wird, dann ist die Belastung, die dieser Betrieb ursprünglich dargestellt hat, nicht weg. Denn die anderen Betriebe – das gilt gerade für die Region, aus der ich komme, dem Münsterland – bauen mehr Ställe, andere Ställe werden größer. Die Transporte mit den großen Lkw – wir haben bei den Wirtschaftswegen darüber gesprochen –, wo es um die Entsorgung von Gülle, aber auch um die Anfahrten von Futtermitteln geht, nehmen bei diesen Betrieben weiter zu.

Vor diesem Hintergrund muss man das meiner Meinung nach insgesamt sehen. Wichtig finde ich zu überlegen, wann wir das überhaupt gemacht haben, wann ist das in das Baugesetzbuch aufgenommen worden? – Das war zu einem Zeitpunkt, Anfang der 90er-Jahre, als wir in Deutschland den Mauerfall hatten. Das wissen Sie ja auch noch. Anderthalb Millionen Menschen sind innerhalb weniger Jahre von Ost- nach Westdeutschland gegangen und haben dort auch Wohnraum nachgefragt. Von daher war es zu dem Zeitpunkt absolut richtig und in Ordnung, denn damals hatten wir diesen Bedarf. Wir müssen uns aber gut 20 Jahre später überlegen, ob das heute noch in jeder Region so richtig ist. Brauchen wir nicht regional sehr unterschiedliche Antworten? Kann man da wirklich alle über einen Kamm scheren? Funktioniert das in dieser Weise?

An anderer Stelle diskutieren wir darüber, wie wir mit dem demografischen Wandel, wie wir mit einer schrumpfenden Bevölkerung umgehen wollen. Mir fällt es natürlich schwer, in Regionen, wo wir überlegen, wie wir die Dörfer erhalten sollen, wie wir es überhaupt noch schaffen, Leben im Dorf zu erhalten, darüber zu diskutieren, dass man im Außenbereich noch drei zusätzliche Wohneinheiten einrichten soll. Darauf müssen wir eine Antwort finden, die vielleicht auch sehr differenziert sein sollte.

Zur Siebenjahresfrist, Frau Kollegin Philipp, haben Sie das auch schon deutlich gesagt. Damals gab es gute Gründe dafür, diese einzuführen. Wenn jemand seinen landwirtschaftlichen Betrieb aufgibt, dann soll er sich schnell überlegen, was jetzt passiert. Vielleicht sollte man darüber reden, ob man diese Frist nicht etwas verlängert. Aber diese Frist ganz wegfallen zu lassen, halte ich persönlich für falsch. Dann muss man auch sagen, dass das etwas mit dem Mauerfall zu tun hat. Denn dass wir die

Möglichkeit der Entfristung überhaupt aufgenommen haben, hatte mit der ganz besonderen Situation in Ostdeutschland zu tun. Das ist aufgenommen worden, weil wir während der DDR-Zeit diese Strukturbrüche hatten und weil man in den ostdeutschen Ländern nicht so schnell eine Antwort finden konnte. Deswegen hat man gesagt, es geht um die Eigentumsverhältnisse. Wer ist für die Gebäude verantwortlich, wer ist Eigentümer? Deshalb hatte man damals gesagt, dass das mit der Siebenjahresfrist nicht funktioniert. Aber das sollten wir noch einmal genau prüfen.

Besonders wichtig finde ich an der Stelle, dass es dazu keine Evaluation, keine Analyse, wie sich das in der Vergangenheit ausgewirkt hat, gibt. In den alten Protokollen ist nachzulesen, dass Kollege Hilser damals schon gesagt hatte: Machen Sie einen Bericht, wie sich das Ganze auswirkt. – Es war ja klar, dass diese Entfristung kommen wird. – Dann schauen wir, wie die Entfristung funktioniert hat oder nicht, und können dann neu entscheiden.

Jetzt stellen wir fest, dass uns das fehlt. Wir sollen quasi aus dem Nichts heraus eine Position finden.

Eine grundsätzliche Frage noch: Wenn es so wäre, dass diese Siebenjahresfrist, die Sie in Ihrem Antrag thematisieren, ein so gigantisches Problem wäre, hätten uns dazu sicherlich Briefe und E-Mails erreicht. Vielleicht sagt Minister Groschek etwas dazu, wie viele Briefe oder E-Mails er von den Landkreisen dazu bekommen hat. Ich habe nicht eine einzige erhalten.

Das Einzige, was ich gefunden habe, war ein Hinweis des Kreises Gütersloh, der auf seiner Webseite schon einmal darauf hinweist, dass diese Frist jetzt kommen werde und dass man sie bitte zu beachten habe. Das ist alles.

Wenn es das gigantische Problem wäre, hätte ich im Vorfeld – das haben wir in anderen Zusammenhängen sonst auch – eine Menge Warnrufe aus dem ländlichen Raum erwartet; diese hat es nicht gegeben.

Noch einmal: Sicher ist es richtig, Umnutzungsmöglichkeiten weiterhin anzubieten. Richtig ist aber auch: Man kann das nicht isoliert betrachten. Wir brauchen im Ausschuss eine intensive Diskussion darüber, ob eine weitere Befristung vorgesehen werden soll und wie sie dann aussehen könnte. Weiterhin sollten wir darüber sprechen, wie man auf verschiedene Fragen in den Regionen unterschiedliche Antworten geben kann.

Deshalb stimme ich an dieser Stelle der Überweisung ausdrücklich zu. Ich finde es gut, dass Sie den Antrag gestellt haben, dass wir darüber sprechen und dass wir es thematisieren. Ich sage klar: Meine Positionierung ist noch nicht abgeschlossen. Deshalb freue ich mich auf die Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Rübe. – Nun spricht für die Piratenfraktion Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer im Stream – sofern die Internetverbindung gut genug ist – und auf den Tribünen! Ich könnte sagen, die Siedlungserweiterung im Außenbereich koste unsere Gesellschaft zu viel. – Aber so einfach ist es nicht, wie wir eben schon gehört haben.

Ich bin Großstädter. Ich bin schon lange Wahl-Düsseldorfer und wohne zwischen Flughafen und Industriegebiet. Davor lebte ich ein Dutzend Jahre zwischen Spargelfeld und Bauernhof – zwar mitnichten meilenweit von der nächsten Siedlungsstruktur entfernt, aber ländlich genug, um zu wissen, dass Landwirtschaft nicht das ist, was romantisch verklärende Zeitschriften einigen reichen Städtern beibringen, die mit dem Wohnen auf dem Land womöglich warme Sonnenstrahlen, Duft von frischem Heu und fröhlich streunende Hofkatzen verbinden.

(Heiterkeit von Sarah Philipp [SPD])

Es geht nach wie vor um die Versorgung der Bevölkerung und um hochwertige Agrarprodukte. Wir Piraten sind der Meinung, dass wir auf eine dezentrale Versorgung und auf eine mittelständische Landwirtschaft setzen sollten.

Zudem ist mir als politischer Akteur die Raumplanung insgesamt sehr wichtig. Zunächst spielen Umwelt- und Flächenschutz eine bedeutende Rolle. Dabei geht es tatsächlich um Agrarunternehmen und um die Landwirte. Gerade Familienbetriebe haben es schwer genug. Die Familien benötigen die bauliche Flexibilität, um beispielsweise den Generationenwechsel bewältigen zu können.

Das Leben unter einem Dach funktioniert nicht immer so reibungslos, und der wohnliche Bedarf insbesondere der dritten Generation hat sich verändert.

Werden Gebäude zu Wohngebäude upgraded, tauchen in der Praxis weitere Probleme auf. Dadurch können gegebenenfalls gesetzliche Mindestabstände, zum Beispiel beim Neubauversuch von Stallungen nicht mehr eingehalten werden. So wird die Weiterentwicklung von kleinen und mittleren Betrieben immer schwerer.

Hierbei könnte es hilfreich sein, wenn bei intakter Bausubstanz vorhandene Gebäude generell umgenutzt werden könnten. Da sich Bedarfe langsam aber sicher verändern und der Generationenwandel ebenfalls stetig an Dynamik gewinnt, sollten wir zukünftige mögliche Entwicklungswege keinesfalls abschneiden.

Wir wünschen uns, dass den Agrarunternehmen und den aktuellen sowie zukünftigen Generationen

der Betriebsleiter keine Steine in den Weg gelegt werden. Daher sollten wir einfache und praktikable Lösungen finden.

Die langfristigen Alternativen sind Ruinen im ländlichen Raum. Andererseits sage ich ganz offen: Heutige Ruinen bzw. sehr lange nicht genutzte Gebäude ehemaliger landwirtschaftlicher Betriebe führen in der Praxis hoffentlich nicht automatisch zu Baurecht. Überspitzt gesagt: Aus einem kleinen Bauernhof mit einer Scheune, von der nur noch drei Laten stehen, sollte auch in Zukunft nicht die Möglichkeit abgeleitet werden, eine Apartmentanlage mit Luxusponyhof und Swimmingpool im Grünen errichten zu können.

Wer ein ernsthaftes Interesse an landwirtschaftlicher Entwicklung hat, muss die Privilegien zur baulichen Entwicklung im ländlichen Raum auch weiterhin vordergründig an die landwirtschaftliche Erzeugung koppeln. Wir sind auf kleine und mittelständische Agrarunternehmer angewiesen, wenn wir eine dezentrale und regionale Agrarerzeugung sichern wollen.

Jetzt kommt die große Frage – sie wurde schon angesprochen –, um wie viele Fälle es gehe und wie lange die Gebäude tatsächlich bereits ungenutzt seien. Dazu fehlen uns die Zahlen und die Berichte. Ich fühle mich durch die Vorredner bestätigt, dass es nicht an mir liegt, sie nicht gefunden zu haben, und auch nicht an den Kammern, die mir nichts sagen konnten. Wir brauchen für eine genauere Auswertung und Bewertung zunächst offizielle Zahlen der Bauämter und der Bauplanungsämter über die Entwicklung der letzten Jahre. Diese Daten liegen bisher kaum oder nur sehr unbefriedigend vor. Das ist die Hauptfrage.

Wir sind schon auf die Ergebnisse entsprechender Erhebungen gespannt. Wir werden unser weiteres Vorgehen gern daran orientieren, freuen uns, dass das zur Bewertung in den Ausschuss kommt, und denken, dass wir daran noch ein bisschen arbeiten müssen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN und Sarah Philipp [SPD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bayer. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich finde, wir sollten bei der Diskussion dieser sehr wichtigen Entscheidung Ruhe bewahren und Dogmatismus und Hitzköpfigkeit ablehnen. Das würde dem Thema nicht gut tun.

Herr Bayer, wir sollten einen Punkt gleich zu Anfang festhalten: Eine Fincaisierung des Münsterlandes steht nicht zu befürchten.

(Heiterkeit von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Minister Guntram Schneider: Sehr gut!)

Zum Kern des Anliegens der Oppositionsfractionen von CDU und FDP: Es gibt eine komplizierte Ausgangslage. Das Baugesetzbuch setzt zu Recht enge Grenzen. Bauen im Außenbereich muss die absolute Ausnahme sein. Höfe und ehemalige Hofstellen haben eine privilegierte Stellung. Bis zu drei Wohnungen neben Altenteil und Hofwohnung, Ferienunterkünfte, Bauerncafés, landwirtschaftliche Lohnunternehmen – alles ist unter Umständen möglich, um den Strukturwandel im ländlichen Raum zu stützen und zu fördern.

Einerseits ist die gesetzliche Vorschrift so etwas wie eine dringend notwendige Frist zum Zersiedlungsschutz. Wenn Sie sich erinnern, wissen Sie: Wir haben gestern tränenreich darüber debattiert, welche verheerenden Folgen der klimabedingte Sturm in Nordrhein-Westfalen hatte.

Wenn wir heute über Zersiedelung reden, sollten wir das nicht als Petitesse abtun, sondern begreifen, dass Ursache und Wirkung oft zusammenhängen: Je mehr Fläche wir in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen versiegeln, desto sturmfälliger werden wir; weil wir selbst einen maßgeblichen Beitrag zu Klimakatastrophen liefern, wie wir sie erleiden mussten.

Allerdings muss man zugestehen, dass beispielsweise die Frage, wann ein Hof aufgegeben ist, gar nicht so einfach zu beantworten ist, wie es sich der Laie vorstellt. Einerseits gilt der Nebenerwerbsbetrieb nämlich noch als landwirtschaftlicher Betrieb, andererseits haben wir die rechtliche Situation – durch ein Gericht geklärt –, dass die Haltung nur noch weniger Tiere nicht mehr als landwirtschaftlicher Betrieb anerkannt, sondern als „Hobbytierhaltung“ diskreditiert wird.

Diese Frage ist also nicht immer auf einen Blick zu beantworten. Deshalb muss eine sorgsame Entscheidung getroffen werden: Wie lange ist eigentlich eine angemessene Frist?

(Beifall von den GRÜNEN)

Da Sie zu Recht beklagt haben, dass ein belastbares, konkretes Datenmaterial fehlt, also ein Fundament, auf dem eine sachliche Diskussion noch besser möglich ist, haben wir im Juni dieses Jahres die kommunalen Spitzenverbände, die Landwirtschaftskammern und die Bezirksregierungen angeschrieben und um Berichte über ihre jeweiligen Erfahrungen mit den Auswirkungen der wiederholten Entfristungen gebeten. Die Fristsetzung unsererseits war Ende Juli, sodass Sie sicher sein können, dass unsere herausragend qualifizierte Frau Lamberth,

Gruppenleiterin im Bereich Bauordnung, die weitere parlamentarische Beratung mit diesem Datenmaterial begleiten und, wie ich meine, bereichern wird. Sie werden dann in Ihrer politischen Entscheidungsfindung durch die Landesregierung noch besser unterstützt, als es heute möglich ist.

Auch wir werden eine abschließende Meinungsbildung zu dem vorliegenden Antrag erst nach Auswertung dieser Daten vornehmen. Wir hoffen auf spannende und erfolgsorientierte Diskussionen in den Gremien.

Herr Kollege Schemmer, eine Bemerkung möchte ich doch noch aufgreifen: Bill Gates. Das war immer mein Lieblingsbeispiel auf diversen Veranstaltungen: Bill Gates, der aus der Garage heraus zu diesem wahnsinnig erfolgreichen Unternehmer geworden ist. Das wäre, Bauordnung hin, Bauordnung her, in Deutschland überhaupt nicht vorstellbar. Wissen Sie, was aus Bill Gates in Deutschland geworden wäre? – Ein Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Das beispielsweise unterscheidet uns von den Vereinigten Staaten. – Das gehört aber nicht zu dem Thema, das war nur eine Anmerkung.

Da ich noch eine Minute Redezeit habe, will ich darauf verweisen, dass die Förderprogramme und Förderbescheide in ihrer Begründung nicht herangezogen werden können; denn sie sind eine konzentrierte Hilfe zur Entwicklung des Innenbereichs im ländlichen Raum und eben ein wirksames Mittel gegen die Stärkung von Außenbereichen.

Ich denke, da gibt es einen Diskussionsbedarf, der über das Baugesetzbuch hinausgeht. Wenn wir die Diskussion qualifiziert begleiten dürfen, freue ich mich, weil der ländliche Raum Zukunft haben muss. Als Südwestfale von Herzen sage ich: Die Regionale 2013 muss Maßstab sein und bleiben, und da sind wir als Kapitän gut unterwegs. – In diesem Sinne ein schönes Fußballspiel, angenehme Sommerferien und auf ein baldiges Wiedersehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister. – Es spricht für die FDP-Fraktion noch einmal – mit 2:23 Minuten hat er auch noch richtig viel Zeit – Herr Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock³⁾ (FDP): Herr Minister, Ihre Anfangssätze teile ich, den Bill-Gates-Satz teile ich, die Schlussformel war auch schön, aber dazwischen war die Frage angesprochen, worum geht es. Ihre Bemerkung, dass ein ministerieller Bericht, gerade auch vorgetragen von den hochqualifizierten Beamtinnen und Beamten, immer eine Bereicherung für den Ausschuss ist. Das teile ich ausdrücklich.

Liebe Leute, worum geht es im Endeffekt? Wir wollen die Entfristung haben; wir wollen den Zustand, den wir seit zehn Jahren haben, offenlassen. Es

geht nicht um die Zersiedelung. Kollege Rüße, die Umnutzung ist gerade im Außenbereich sowieso schon an eine Vielzahl von einzuhaltenden Kriterien geknüpft. Mit allem Verlaub, jetzt noch Gutachten zu dem Warum, dem Weshalb und dem Wieso zu erstellen: Wenn etwas offensichtlich sinnvoll ist, soll man es auch machen.

Der nächste Punkt ist: Selbst wenn im Einzelfall über das Ziel hinausgeschossen werden sollte, die Rotationsgeschwindigkeit der Erde wird sich nicht ändern. Der ländliche Raum soll eine Chance behalten. Aber darüber können wir im Ausschuss reden. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. – Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/6131 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall, und damit ist der Gesetzentwurf, wie empfohlen, einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Einrichtung einer Enquete-Kommission zu Finanzierungsoptionen des Öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen im Kontext des gesellschaftlichen und technischen Wandels (FINÖPV)

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5959 – zweiter Neudruck

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Piratenfraktion Herrn Kollegen Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn ein Zitat:

„Entschuldigen Sie die Verspätung. Beschwerden bitte an: Marode Infrastruktur, Bundesverkehrsministerium Berlin.“

Diese Worte stehen auf einem Bus und auf einer Straßenbahn in Essen.

Vor einem Monat hatten wir eine Anhörung zu dem Antrag, den wir im Dezember im Landtag eingebracht haben. Alle Sachverständigen waren sich darin einig, dass die Bundesregierung die kritische La-

ge der Finanzierung des Erhalts der ÖPNV-Infrastruktur in NRW und die finanzielle Lage unserer Kommunen anscheinend nicht nur völlig falsch einschätzt, sondern sie sogar fahrlässig ignoriert. Die Lösung eines absolut dringenden Problems, das nicht abstrakt ist, sondern tagtäglich Millionen Pendler in NRW direkt betrifft, wird auf die nächste Legislaturperiode vertagt.

Doch wenn wir es bei der Kritik an der Bundesregierung belassen, machen wir es uns hier zu einfach. Wir erreichen auch nichts, wenn wir allgemeine Forderungen nach mehr Geld stellen oder die katastrophale Lage einfach nur benennen.

In den letzten Monaten haben außerparlamentarische Kommissionen viele Vorschläge zur Verkehrsfinanzierung gemacht. Lassen Sie uns nun auf Basis dessen einen Schritt weitergehen.

Welche Vorschläge lassen sich hier im Landtag in Handlungsempfehlungen überführen? Wo können und müssen wir im Landtag NRW aktiv werden und zum Beispiel die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen: für Nahverkehrsabgaben, Fonds, meinetwegen auch ÖPP-Modellprojekte, Umstrukturierungen und auch Finanzierungsoptionen, an die wir noch gar nicht denken?

Lassen Sie uns auch bedenken, dass sich die Mobilität in NRW wandelt. Wir wollen Klimaschutzziele erreichen und eine langfristige Finanzierbarkeit sicherstellen. Vor allem wollen wir den Pendlern den Weg zur Arbeit erleichtern.

Wir haben auch neue technische Möglichkeiten: durch Smartphones, Telematik und – vielleicht gar nicht so weit entfernt – auch autonomes Fahren. Es gibt bereits jetzt neue Anbieter und neue Mobilitätskonzepte auf dem Mobilitätsmarkt, die noch vor wenigen Jahren niemand erwartet hätte.

So wie der Kommunikationsmarkt Mitte der 90er in den Startlöchern stand, so steht der Mobilitätssektor heute vor neuen Chancen und Perspektiven. Lassen Sie uns dazu jetzt das Startsignal geben, in und mit der Enquete.

Es gibt bereits heute neue Mobilitätskonzepte. Diese Entwicklungen betreffen direkt und durch die Integration in multimodale Konzepte den ÖPNV. Der ÖPNV ist zugleich das Element, um das sich im Rahmen der Daseinsfürsorge die Politik kümmern muss. Wir stellen daher den ÖPNV und den ÖPV insgesamt in den Mittelpunkt einer Enquetekommission.

Gleichzeitig lassen sich die Finanzierungsmodelle der Vergangenheit nicht einfach fortführen. Selbst wenn wir hier sehr unterschiedlicher Meinung sind und über die vergangene und über die zukünftige Verkehrspolitik sehr unterschiedlich urteilen: Dass der Instandhaltungsrückstau im Bereich des ÖPV nicht einfach verschwindet, das dürfte uns allen klar sein.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Wir brauchen also Finanzierungsideen für den ÖPV in NRW, und wir brauchen Analysen möglicher Szenarien und Zukunftsmodelle.

Wir brauchen einen Transfer der bestehenden Erkenntnisse in die Politik.

Wir brauchen eine politische Bewertung und müssen daraus konkrete politische Handlungsempfehlungen ableiten. Dabei müssen wir den gesellschaftlichen und technischen Wandel berücksichtigen. Wir werden erkennen, ob wir nur ein Umsetzungsproblem haben und dort anpacken müssen oder ob wir nicht doch auch neue Erkenntnisse gewinnen können.

Ich versichere Ihnen, dass wir sehr offen und transparent alle Möglichkeiten für den ÖPV beleuchten und uns unbequemen Antworten nicht verschließen werden. Wir werden die Zeit nutzen, gemeinsam konzentriert am Thema zu arbeiten und Ergebnisse zu erzielen, die für die Pendler und alle anderen Verkehrsteilnehmer in NRW langfristig echten Nutzen bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Löcker.

Carsten Löcker (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hätten wir es mit einem Erkenntnisproblem zu tun, wie es um den ÖPNV in Nordrhein-Westfalen steht, so müssten wir heute alleamt die Einrichtung eine Enquetekommission – kurz: FINÖPV – fordern und auch schnellstmöglich beschließen.

Aber: „Haben wir es in der Sache nicht vor allem mit Umsetzungsproblemen zu tun?“, frage ich. Ich darf daran erinnern, dass in den vergangenen Jahren gleich mehrere Kommissionen damit beschäftigt waren, auch die Zukunft des ÖPNV in all seinen Facetten auszuleuchten. Man könnte also sagen: Wir wissen Bescheid – vielleicht auch „umfänglich“ Bescheid, meine Damen und Herren.

Nun kann man wie die Piraten der Meinung sein, dass das noch nicht umfänglich genug, nicht ausreichend sei und dass in den nächsten zwei Jahren – so die Zeitplanung dieser Kommission – tatsächlich zusätzliche, neue und spannende Erkenntnisse über den wahren Zustand des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen hinzukämen. Ich will das nicht ausschließen, meine Damen und Herren. Das kann durchaus sein. Aber: Lohnt der zu planende Arbeitsaufwand? Diese Frage muss man sich wirklich stellen. Und steht er im Verhältnis zu den zu erwarteten neuen Erkenntnisgewinnen? Ich denke, diese Frage ist auch erlaubt. Wir meinen: Nein.

Meine Damen und Herren von den Piraten, es ist Ihr gutes Recht, diese Kommission einzufordern, wir wollen uns auch grundsätzlich nicht dagegenstellen – wissen jedoch schon heute, worum es in den zwei Jahren insbesondere aus Ihrer Sicht gehen soll, nämlich darum, Ihrem Ziel, dem ticketlosen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen, endlich etwas näher zu kommen.

Ich gebe es gerne zu: Mich hat in den letzten 25 Jahren meiner Beschäftigung in diesem Bereich auch die eine oder andere Frage umgetrieben. Vor allen Dingen hat mich immer gestört: Wieso ist die Deutsche Bahn eigentlich immer Gewinnerin bei der Finanzaufteilung im ÖPNV?

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Das war immer eine spannende Frage. Wer sich etwas näher damit beschäftigt, meine Damen und Herren, findet ziemlich schnell und klar heraus, warum das eigentlich so ist. Es gibt da einen Aufteilungsmechanismus. Wenn man aus dem nördlichen ins mittlere Ruhrgebiet fährt, fährt man eben durch viele Tarifgebiete und Tarifwaben. Was auf solch einer Fahrt kontrolliert wird, ist mir klar inzwischen klargeworden: Es geht sozusagen darum, herauszufinden, wie viele Kilometer man im eigenen Bedienungsgebiet fährt, wo man die Karte gekauft hat, und wie viele Kilometer man eigentlich in anderen Städten unterwegs ist; denn die betroffenen Städte haben Anspruch auf entsprechende Einnahmen.

Insofern kann man sich in der Enquetekommission sicher mal damit beschäftigen, die ganz besondere Form der Finanzierungsrechnung im ÖPNV etwas deutlicher zu beleuchten. Es gibt ja die sogenannte Übersteigerungsrechnung, meine Damen und Herren. Diesen Begriff sollte man sich merken, steht er doch für den Verteilungsmechanismus der Städte in Nordrhein-Westfalen, wenn es darum geht, Nutzerquoten festzulegen und den Finanzausgleich nicht nur zwischen den Unternehmen, sondern auch mit der Deutschen Bahn zu organisieren. Da lohnt es sich, denke ich, auf jeden Fall, hinzugucken.

Wenn man durchs Ruhrgebiet und damit durch unterschiedliche Tarifgebiete fährt, dann braucht man in den Unternehmen eben auch große Controllingabteilungen, die überhaupt in der Lage sind, mit dieser Rechnung etwas anzufangen und am Ende dafür zu sorgen, plausible Haushalte für die eigenen Unternehmen aufzustellen. Letztlich ist es so, dass man nicht benachteiligt werden will, weil man nicht schon ein Jahr im Voraus weiß, wie viele Millionen man im nächsten Jahr zur Deutschen Bahn oder wohin auch immer schieben muss, weil da zufällig Menschen unterwegs gewesen sind.

Ich sage das so pointiert, weil klar ist, dass das eine der wesentlichen Fragen sein muss. Will man sich dem Ziel nähern, einen ticketlosen ÖPNV zu ermög-

lichen, dann muss man über diese Frage ziemlich eindeutig sprechen.

Denn es ist so: Hat eine Stadt hohe Auspendlerquoten – die Menschen fahren also überwiegend zur Arbeit woanders hin – und niedrige Einpendlerquoten – nur wenige Menschen aus anderen Gegenden fahren in diese Stadt –, hat das auch direkte Auswirkungen auf die Transportleistungen der Unternehmen. Man muss viel aufwenden, damit man die Menschen ins mittlere Ruhrgebiet bekommt – so sollte man das sagen –; fährt man aber in den Kreis Recklinghausen, wo ich wohne, dann erlebt man, dass die Fahrzeuge ziemlich leer und nur in den Spitzen gefüllt sind. Das kostet natürlich Geld.

Von daher ist es gut, wenn man in einer Stadt wohnt mit einer Universität, mit Verwaltungssitzen und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dorthin transportiert. Dann kann man sich am Ende des Jahres über wunderbare Ausgleichszahlungen – auch von der Deutschen Bahn – freuen. Die Gebiete – zum Beispiel im nördlichen Ruhrgebiet –, die wenig Busleistung haben und in denen eine Stadt mit 63.000 Einwohnern gar keinen Bahnanschluss hat, zahlen fröhlich an die Städte im mittleren Ruhrgebiet. Das ist sicher einer der Konstruktionsfehler im ÖPNV.

Ich denke aber, es ist nicht in Ordnung, den Blick insbesondere darauf zu werfen und deutlich zu machen, dass es dadurch strukturelle Nachteile gibt. Deshalb ist zuallererst wichtig, dem vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion beizutreten, um dafür zu sorgen, dass die Regionalisierungsmittel entsprechend aufgestockt werden.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das ist sozusagen die Eingangstür dafür, dass wir das in den nächsten Jahren überhaupt hinkriegen. Und dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Letzter Satz: Ohne Moos ist eben nichts los, auch im ÖPNV nicht. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Löcker. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Herr Kollege Beu.

Rolf Beu (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt wohl selten ein Thema, bei dem der Abriss der Problemstellungen so umfänglich ist und doch noch ergänzt werden könnte. Es gibt nur noch wenige Problemstellungen, die sich im Text der Piraten nicht wiederfinden. Aber man kann auch nicht sagen: Es gibt zu wenige Materialien, es gibt zu wenige wissenschaftliche Analysen, es gibt zu wenige Vorschläge. Ich glaube, hier fehlt es vorrangig an Umsetzungsmöglichkeiten.

Eigentlich könnte man den Landtag kritisieren nach dem Motto: Er hat zwar viele Papiere herausgege-

ben, aber mangels Geld bisher relativ wenige davon umgesetzt.

Es stellt sich daher die Frage, ob es tatsächlich der richtige Ansatz ist, das Ganze noch mal in einer Enquetekommission aufzuarbeiten – das ist ja nicht irgendein kleines Gutachten –, obwohl das Thema schon mehrfach behandelt wurde, wie etwa in der Bodewig-Kommission und vor allem in unserer ÖPNV-Zukunftskonferenz. Vielleicht wäre es sinnvoller, das dafür notwendige Geld direkt in den ÖPNV zu stecken, statt zusätzliche Papiere zu erstellen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Eine Frage, die ich immer habe, betrifft den Aufbau, die Organisation des öffentlichen Nahverkehrs, wie wir sie hier haben. Beispielsweise arbeiten die Verbünde schon seit Jahren daran, verbundgrenzenüberschreitende Fahrkarten zu ermöglichen, was immer an einigen wenigen Tausend Euro scheitert, weil man natürlich sich selber immer der Nächste ist. Auch diese Fragen müssen hier gestellt werden.

Ich glaube, es ist nicht notwendig, zusätzliche Papiere zu erarbeiten, sondern es ist notwendig, den ÖPNV zu fördern. Als Praktiker, der selber den öffentlichen Nahverkehr nicht nur täglich nutzt, sondern dort auch in bestimmten Gremien tätig ist, kann ich Aussagen wie „marode 30 Jahre alte Stadtbahnfahrzeuge“ nicht bestätigen. Für meine Stadt würde ich sagen: Marode sind die Fahrzeuge, die zehn Jahre alt sind, weil die Qualität der Fahrzeuge nachgelassen hat, während die 30 Jahre alten Fahrzeuge noch mal für 20 Jahre modernisiert und stark gemacht werden können.

Solche Diskussionen kann man gerne führen. Dazu gibt es jede Menge Fachleute. Dass man dafür aber eine Enquetekommission braucht, das kann man tatsächlich anzweifeln. Wir werden uns der Diskussion dennoch natürlich nicht entziehen, sondern sie mit Interesse führen. Aber daran, dass das der richtige Ansatz ist, kann man hier und heute wirklich Zweifel haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Beu. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Rehbaum.

Henning Rehbaum* (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Erfinder Gottfried Niebaum hat einmal gesagt: Neue Herausforderungen erfordern neue Wege. – Der Nahverkehr mit Bus und Bahn in Nordrhein-Westfalen steht heute vor riesigen Herausforderungen. Ich möchte meine heutige Rede zum Anlass nehmen, ein paar grundsätzliche Feststellungen dazu zu treffen.

Um die Herausforderungen des Nahverkehrs zu bewältigen, sind in der Tat neue Wege erforderlich. Wir müssen beim Thema „ÖPNV“ den ländlichen Raum genauso in den Blick nehmen wie die Ballungsräume. Die beiden Räume dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Im ländlichen Raum wird der demografische Wandel besonders spürbar. Schüler machen bis zu 80 % der Fahrgäste im ländlichen Raum aus und tragen damit maßgeblich zur Finanzierung auch des Regel-ÖPNVs bei. In wenigen Jahren werden wir rund 20 % weniger Schüler haben, die Landschaft der Schulstandorte verändert sich bereits heute massiv – und damit die Finanzierung des ganztägigen Fahrplanangebots.

Ziel muss sein, ein attraktives Grundnetz mit Schnell-, Regiobussen und SPNV. Dazu brauchen wir eine Ergänzung durch flexible Systeme mit Kleinfahrzeugen. An dieser Stelle sei aber gesagt: Der Taxibus ist kein Ersatz für guten Taktverkehr!

(Beifall von der CDU und den PIRATEN)

Der ÖPNV ist ein Baustein zur Linderung der Bevölkerungsschrumpfung im ländlichen Raum und der Überhitzung der Wohnungsmärkte in den wachsenden Metropolen. Guter Nahverkehr ist eine wichtige Voraussetzung für die Menschen, um im ländlichen Raum wohnen zu bleiben.

In Wachstumsregionen muss auch weiterhin die landesfinanzierte Reaktivierung von Schienenstrecken zur effizienten Bewältigung der Pendlerströme möglich sein, wenn der Bus als System an seine Grenzen stößt.

Ich komme zu den Ballungsräumen. Der Querverbund mit der Energieversorgung entfällt als Finanzierungsquelle, da die Überschüsse der Stadtwerke als Energieversorger zumindest derzeit gegen null gehen. Doch wir haben einen enormen Sanierungsstau in den städtischen ÖPNV-Infrastrukturen, nach Schätzung des VDV weit über 1 Milliarde € bei Straßen-, U- und Stadtbahnen.

Gleichzeitig ist ein Rückgang der Bevölkerung in großen Ruhrgebietsstädten festzustellen. In einzelnen Städten wird daher schon heute geprüft, ob die vorhandenen Verkehrssysteme noch die richtigen sind, um den Verkehrsanforderungen effizient gerecht zu werden. Zugleich wachsen einige Metropolen, die bereits heute an die Kapazitätsgrenzen ihrer Verkehrswege kommen.

Lebenswichtig für den ÖPNV sind daher pfiffige Lösungen für die effiziente Ausnutzung begrenzter Verkehrsmittel und Verkehrswege sowie die bestmögliche Vernetzung von Bus, Bahn, Auto und Fahrrad, Stichwort hier: intelligente Multimodalität, möglicherweise per Smartphone.

Ebenfalls lebenswichtig sind die im GroKo-Vertrag festgeschriebenen Grundsätze des Deutschland-Taktes – besonders wenn wir den RRX auf die

Schiene setzen – bei den parallel verlaufenden Fernverkehrslinien und auch bei den angrenzenden Stadtverkehren. Dort müssen wir in einem großen System denken. Das Zusammenspiel von Personennahverkehr und Schienenfernverkehr muss besser werden. Die Schweiz macht es vor.

Die Tariflandschaft ist noch immer unübersichtlich. Einfach und verständlich müssen Fahrscheintarife sein. Und sie müssen sinnvolle Verkehrsräume abdecken: Rheinland, VRR und Westfalen-Lippe mit jeweils großzügiger Anerkennung von Nahverkehrstarifen aus der Nachbarregion sowie ein NRW-Tarif für die überregionalen, fernverkehrsähnlichen Relationen in Nahverkehrszügen.

Stichwort „Bezahlbarkeit“: Die Anforderungen an guten Nahverkehr sind ähnlich wie die bei der Energieversorgung. Folgende Kriterien müssen erfüllt werden: Zuverlässigkeit, flächendeckende und leistungsfähige Versorgung in Stadt und Land, wenn sie gebraucht wird, und Bezahlbarkeit für den Fahrgast. Dabei müssen wir uns darüber im Klaren sein – auch die Piraten, die die Enquetekommission beantragen –: Nahverkehr zum Nulltarif kann es nicht geben, weder für die Fahrgäste noch für die öffentliche Hand, denn guter Nahverkehr kostet Geld.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Daher müssen wir abwägen: Was können wir bezahlen? Welche Fahrpreise akzeptiert der Fahrgast? Und wie können wir möglichst viel Nahverkehr mit begrenzten Mitteln effizient und flächendeckend auf die Straße und auf die Schiene bringen?

Fingerspitzengefühl brauchen auch die Tarifpartner im Nahverkehr auf dem schmalen Grat zwischen akut drohendem Fahrpersonalmangel auf der einen Seite und Finanznöten der Kommunen in NRW auf der anderen Seite.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, einige wichtige Punkte habe ich angesprochen, aber bei weitem noch nicht alle. Fünf Minuten Redezeit sind dafür einfach zu wenig.

Eine Enquetekommission dient immer dem Gewinn von Informationen und Erkenntnissen. Diese Erkenntnisse sollen der Politik dann helfen, die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. In diesem Sinne freue ich mich auf eine gute Zusammenarbeit in der Enquetekommission, möchte aber einen Grundsatz voranstellen: ÖPNV für lau ist mit der CDU nicht zu machen.

(Beifall von der CDU und Oliver Bayer [PIRATEN] – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein bedarfsgerechtes Angebot an SPNV und ÖPNV ist zentral für Nordrhein-Westfalen, sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum. Die Strukturen und Verflechtungen in diesem Bereich sind hoch kompliziert, kaum zu durchschauen. Tatsache ist: Nordrhein-Westfalen bekommt im Verhältnis zu den anderen Bundesländern zu wenig Geld. Das müssen wir ändern. Auch wohin das Geld in Nordrhein-Westfalen, das wir verteilen, fließt, ist kaum zu erkennen. Da gibt es zu wenig Transparenz.

Mit Blick auf die DB AG, die Sie eben angesprochen haben: Wir brauchen einen fairen Wettbewerb. Der ist nicht immer gegeben. Wir haben teilweise völlig überfüllte RE-Züge – gerade im Ruhrgebiet und bis nach Düsseldorf. Ich fahre oft mit der Kollegin Schneckenburger im RE 1 – meistens stehen wir dabei.

Wir brauchen ein neues Konzept für die Finanzierung und auch für das Fahren der Busse im ländlichen Raum. So wie es bisher läuft, nämlich über die Finanzierung der Schülerverkehre, wird es auf Dauer nicht funktionieren.

Die FDP ist dabei, wenn es darum geht, in der Enquetekommission zu beraten, wie es mit dem SPNV und dem ÖPNV weitergeht. Wir sollten uns – das empfehle ich – auf das Wesentliche konzentrieren, damit wir weder uns noch die Sachverständigen überfordern.

Zum Schluss eine kleine Reaktion auf die Rede von Minister Groschek bei den Architekten gestern. Dort sagte er – ein wenig flapsig und lustig gemeint –, beim Architektenfest auf den Rheinterrassen wären mehr Abgeordnete als hier im Hohen Haus. Wenn ich in die Ministerreihen schaue, lieber Herr Minister Groschek, glaube ich, Sie meinten diese Reihen und nicht unsere. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Oliver Bayer
[PIRATEN])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Es ist immer schwierig, wenn die Landesregierung die Arbeit von Abgeordneten beurteilt.

Ich stelle fest, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der Aussprache.

Die antragstellende Fraktion der Piraten hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/5959 – zweiter Neudruck. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Antrag Drucksache 16/5959 – zweiter Neudruck – angenommen** und die Enquetekommission zu Finanzierungsoptionen

des öffentlichen Personenverkehrs in Nordrhein-Westfalen eingesetzt.

Ich rufe auf:

6 Förderung der Niederdeutschen Sprachpflege

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6133

Ich eröffne die Aussprache. Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Rehbaum.

Man hat dem Präsidium mitgeteilt, dass zwei Abgeordnete in niederdeutscher Sprache, also auf Platt, sprechen möchten. Das ist mit der Geschäftsordnung zu vereinbaren. Vielleicht kann man es so machen, dass das auch verstanden wird, damit die Abgeordneten der Plenarsitzung weiter folgen können. Das Protokoll wird auf jeden Fall so angefertigt, dass man die Reden nachlesen und verstehen kann. Aber das liegt jetzt in der Kunst der einzelnen Abgeordneten. Wir lassen uns überraschen. Ich gehöre dem Landtag jetzt 29 Jahre an, ich habe es auch noch nicht erlebt. Aber der Kollege Rehbaum zeigt uns jetzt, wie es geht. Ich habe gehört, der Kollege Rohwedder auch.

Also: Herr Kollege Rehbaum, Sie haben das Wort.

Henning Rehbaum (CDU) (*Siehe Anlage*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte ...

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

– Die Spannung steigt! – Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist mir eine große Ehre, heute im Parlament von Nordrhein, Lippe und Westfalen ein Plädoyer für die Förderung der niederdeutschen Sprache halten zu dürfen. Um Ihnen ein Gefühl für diese Sprache zu geben, werde ich Teile der Rede auf Plattdeutsch halten. Ich werde Ihnen und dem Stenografischen Dienst, der jetzt vor einer besonderen Herausforderung steht, im Nachgang eine komplette Übersetzung ins Hochdeutsche zukommen lassen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Europarat hat das Niederdeutsche 1999 in die Charta der bedrohten Regional- und Minderheitensprachen aufgenommen. Dabei ist es wichtig, zu erwähnen, dass das Niederdeutsche kein Dialekt, sondern eine eigenständige Sprache mit eigener Grammatik ist, nah verwandt mit dem Niederländischen und dem Flämischen, aber auch mit dem Schwedischen oder dem Englischen.

Geschätzte 8 Millionen Menschen in den fünf nördlichen Bundesländern, in Teilen von Brandenburg und Sachsen-Anhalt sowie in Nordrhein-Westfalen bis hin zur sogenannten Benrather Linie sprechen vollständig oder teilweise Niederdeutsch. Manch ei-

ner, zum Beispiel auch in Oberhausen, Essen oder Mülheim, kennt noch Menschen, die dort früher Niederdeutsch sprachen. Bis Mitte des 16. Jahrhunderts war das Niederdeutsche Amtssprache in diesen Regionen, es war die Weltsprache der Kaufleute in der Blütezeit der Hanse – mit reichhaltiger Literatur.

Zur Dokumentation der niederdeutschen Sprache richtete die CDU/FDP-Landesregierung mit Wissenschaftsminister Pinkwart im Rahmen des Forschungsprojekts „Niederdeutsch in Westfalen“ an der Uni Bielefeld das Historische Digitale Textarchiv mit unzähligen niederdeutschen Dokumenten seit dem 14. Jahrhundert ein.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das waren noch Zeiten!)

Für dessen Förderung setzt sich die CDU auch weiterhin gerne ein.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die graute Vergangenheit von de plattdütsken Spraok to bewünnern is de eene Sake. Mettohelfen, datt de plattdütske Spraok ne lebennige Tokunft hätt, auk dat is urse Aufgabe äs Parlament von Nordrhein-Westfaolen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Bis in de 60er Jaohren was Plattdütsk in graute Deelen vun Westfaolen un Lippe Alltags-Spraok: tohus, bi de Arbeit un up de Straot – auk in grötttere Städte.

Warüm de Lüe anfangen häfft, met ihre Kinner nich mähr plattdütsk, sünnern haugdütsk to küern, dat weet man nich so genau. Vandage is längst bekannt, dat Kinner, de mit twe Moderspraoken graut wärt, bi den PISA-Test biätter sint äs de Kinner, de blauß eene Spraake könn. Haudgütsk und Türkisch, Haudgütsk un Russisch, Haudgütsk un Plattdütsk: We twe Moderspraoken kann, de is ümmer en lück henniger in sienen Kopp.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der CDU)

Vandage is Haudgütsk de iärste Moderspraok. Platt ist aower nich daut: Immer mehr – auk junge Lü – sind in de graute, wiede Welt tohus, met Internet, Auslandsjob und Towanderers ut de ganze Wiärld, de ihre Spraake un ihre Kultur direkt in urse Naoberschop brängt. Düsse Lü sökt auk dat Individuelle, dat Exklusive von ihre eegene Heimat: Kunst un Musik, lärten un Drinken, Kleidung, Feste und Fiern, ja, un auk de eegene, regionale Spraake, de een Grund dafür is, warum de Mensken hier so sint, äs se sint.

Et gieff en nien Trend – back to the roots – platt to lernen, platt to küeren. De Sääle bi plattdütsken Theaoter sind full, Plattdütsk-Kurse, Wikipedia up platt, plattdütske Böök un plattdütske Musik kuemt wier in Mode. „Nordisch by Nature“ von „Fettes Brot“

hätt plattdütske Passagen un was 1995 ganz buoben in de Charts.

(Beifall von der CDU)

Bi’n NDR giff et jeden Dagg auk Radiosendungen up Plattdütsk, in’t Fernsehen giff et Talkshows un Reportagen up Platt. Niedersachsen is hier up’n guetten Weg – vielleicht könn wie in NRW urs dao watt von afkieken.

(Beifall von der CDU)

De Bezirksregierung Münster hätt düsse Dage en Versök anfangen, Plattdütsk inne Grundschool up-tosetten. Guett! Un de CDU hāt sick vörnuemen, Plattdütsk äs Wahlfach in plattdütske Regionen von Nordrhein-Westfaolen мүгlich to maken, to’n Bie-spiell in de OGS. För de Schoolen brukt wi dafür fachliche Unnerstützung von’t Ministerium. Und dat is de Inhalt von ursen Antrag.

Leiwe Kolleginnen und Kollegen, vandage häfft wi hier in’t Parlament tosammen de graute Chance mettohelfen, de plattdütske Spraake lebennig to hollen. Een erster Schritt is de Antrag von de CDU. Wiedere Ideen sint hiärtlick willkuemen.

Plattdütsk kennt kine Parteigrenzen: Laot urs to-sammen stimmen för Plattdütsk met Tokunft in Nordrhein-Westfaolen!

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rehbaum. Das war, glaube ich, für alle gut verständlich. – Nun spricht für die sozialdemokratische Landtagsfraktion der Kollege Feuß.

Hans Feuß (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer genau analysiert hat, was der Kollege Rehbaum gerade vorge-tragen hat, hat gemerkt, dass das keine Sprache war, sondern eine plattdutsche Lesung. Das zeigt, dass er diese Sprache nicht internalisiert hat, sondern sich am Text entlanghangeln musste.

Trotzdem ist Niederdeutsch bzw. Plattdeutsch eine Regionalsprache und somit als Kulturgut anzusehen. Das begrüße ich sehr – gerade ich als Ost-westfale, ebenso der Münsterländer. Wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mal etwas Ostwestfälisch lernen möchte, dem empfehle ich die Seite www.ostwestfaelisch.de. Klicken Sie diese Seite mal an. Dort gibt es Regionalsprachen wie Bielefelderisch, Herforderisch oder Gütersloherisch. Auf dieser Seite können Sie sich angucken, wie sich der Sprachschatz in Ostwestfalen auch heute noch entwickelt. Insbesondere für die rheinländischen Kolleginnen und Kollegen ist das sicher eine ganz neue sprachliche Erfahrung.

Klar ist aber auch: Im Gegensatz zu den norddeutschen Bundesländern ist Plattdeutsch bei uns so gut wie keine Alltagssprache mehr. Der Liederma-

cher Knut Kiesewetter beklagte das schon vor rund 40 Jahren in seinem Lied „Mien Gott, he kann keen Plattdütsch mehr un he versteiht uns nich“.

Erhalt und Pflege der niederdeutschen Sprache sind dennoch wichtig. Daher sind wir uns in der Zielsetzung einig, aber zu der Umsetzung, dem Wie, gibt es doch unterschiedliche Meinungen. Die Schaffung einer neuen Koordinierungsstelle ist für uns nicht sinnvoll.

Außerdem ist dieser Antrag der CDU-Fraktion nicht neu. 2011 hat der Westfälische Heimatbund mit Schreiben an das Kulturressort sowie an den damaligen Vorsitzenden des Kulturausschusses im Landtag, Dr. Fritz Behrens, eine Koordinatorenstelle zur Pflege des Niederdeutschen und zum Erlernen des Plattdeutschen beantragt. Die Finanzierung sollte durch das Land erfolgen.

Der vorliegende Antrag der CDU ist im Grunde eine Wiederholung des Antrages aus dem Jahre 2011. Genau wie heute wurde dieser Antrag damals abgelehnt, auch mit Zustimmung des LWL, der sich um die Pflege der platt- beziehungsweise niederdeutschen Mundart kümmert.

Meine Erfahrung bei uns in der Region ist: Es gibt viele plattdeutsche Projekte an den Grundschulen, in den OGS, wie Herr Rehbaum gesagt hat, von Kolleginnen und Kollegen initiiert oder von Leuten aus dem Umfeld der entsprechenden Städte und Gemeinden. Es gibt plattdeutsche Lesewettbewerbe an Grundschulen, plattdeutsche Arbeitsgemeinschaften mit dem Thema „Ick küer Platt“ – und das alles ohne eine Koordinierungsstelle.

Der LWL, wie gesagt, kümmert sich bei uns in Nordrhein-Westfalen um die plattdeutsche Sprache. Ich zitiere von der Homepage des LWL:

Der Gebrauch der plattdeutschen Mundarten geht seit Jahren kontinuierlich zurück, da die Elterngeneration diese Mundart an die folgende Generation nicht mehr weitergibt. Um eine positivere Bewertung und Förderung des Sprachgebrauchs bemühen sich Literaten, Laienbühnen und andere Leute des dörflichen und städtischen Lebens.

Ich komme auch auf den Schulversuch noch einmal zu sprechen, den Herr Rehbaum angesprochen hat – vom RP Münster ist er beantragt worden –, das Niederdeutsche in Arbeitsgemeinschaften an zehn Grundschulen im Raum Münster zu installieren. Da ist das MSW im Gespräch, auch mit der Universität Münster, entsprechende Lehr- und Unterrichtsmaterialien in Zusammenhang mit der Rotendorf-Stiftung zu erstellen, damit dieses an den Schulen umgesetzt wird.

Ich komme zum Schluss: Wir haben die Sommerferien vor der Tür, wenn man die Tür aufmacht. Wer von Ihnen demnächst in nördliche Bundesländer fährt, der kann sicher positive Erfahrungen machen, wenn er die einheimische Bevölkerung in Nieder-

sachsen, Meck-Pomm und Schleswig-Holstein einmal auf Platt anspricht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Feuß, Herr Kollege Rehbaum möchte eine Zwischenfrage stellen.

Hans Feuß (SPD): Bitte, gern.

Henning Rehbaum* (CDU) (*Siehe Anlage*): Herr Kollege, ick will noch lück wat seggen to den Vorwurf, dat ick nur Plattdütsk afliäsen kann. Ick will ju hiärtlick inladen, in de Kaffeeklappe tosammen met mi een Täskchen Kaffee to drinken, un ick kann ju verklören, wo und wann noch Plattdütsk küert wiärd bi us.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hans Feuß (SPD): Das war zwar hervorragend platt gesprochen. Sie können nicht nur platt lesen, sondern auch platt sprechen. Aber ich habe die Frage nicht erkannt. Das war, glaube ich, keine Frage.

(Heiterkeit – Beifall von der SPD)

Ich knüpfe noch einmal an: Wer im Urlaub in die norddeutschen Bundesländer fährt, der kann bei den Einheimischen sicher guten Eindruck machen, wenn er platt spricht. Entweder nimmt er Herrn Rehbaum mit, oder Sie gucken gleich mal auf der Internetseite www.plattello.de nach. Da finden Sie wichtige Hinweise. „Plattello“ wird natürlich mit Doppel-“t“ geschrieben.

Zurück zum Antrag: Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Feuß. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Keymis. – Jetzt kommt das rheinische Platt.

Oliver Keymis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal Kompliment, Herr Rehbaum: Sie können das wunderbar sprechen und vortragen. Das hat mich sehr beeindruckt. Ich kann kein Platt sprechen, ich verstehe Platt, verstehe aber auch Niederdeutsch, weil ich in meinem früheren beruflichen Leben, als ich noch etwas ganz Seriöses gemacht habe,

(Heiterkeit)

auch einmal eine sehr schöne Fernsehaufzeichnung machen durfte: ein Stück, das hieß „De kloke Anna“ – Sie wissen sofort, was das für eine Anna war. „De kloke Anna“ ist ein schönes Stück gewesen. Jetzt sind wir hier aber wieder im richtigen Le-

ben. Da kommt es eben auf die harten Fakten an. Die sind leider ernst.

Sie haben den Antrag gestellt. Da wussten Sie noch nicht, was jetzt Fakt ist. Der Finanzminister hat eine Haushaltssperre erlassen. Selbst unter diesem Aspekt könnte man dem Antrag im Moment gar nicht zustimmen. Wir haben keine Möglichkeit, Geld für Dinge auszugeben, die wir nicht schon nicht schon gesetzlich festgeschrieben haben. Das ist im Moment der Stand.

Jetzt haben Sie uns mit der direkten Abstimmung, die Sie beantragt haben, in die Situation gebracht, dass wir das heute auch entscheiden müssen. Also geht es schnell, auch bei mir.

Ich glaube, die Arbeit ist beim Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL, gut aufgehoben. Vom Land aus haben wir zwar die Charta unter II, aber nicht die Charta unter III unterzeichnet, sodass wir einen Teil der Verpflichtungen nicht übernommen, sondern nur sehr grundsätzliche Aussagen dazu getroffen haben, dass wir uns für die Pflege der Sprache gemeinsam engagieren wollen. Insofern sind wir da also nicht die entscheidenden Ansprechpartner.

Gleichwohl sind der Westfälische Heimatbund und auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe immer auf einem guten Weg. Ich glaube, es wäre viel wichtiger, dass man auch in Zukunft zum Beispiel die Niederdeutsche Bühne, von der ich eben eingangs sprach, weiterhin fördert und unterstützt, damit sie die Stücke in der niederdeutschen Sprache aufführen kann. Das ist aber sicher eine Sache, die nicht nur und vor allem vom Land her, also aus der Landespolitik heraus passieren muss, sondern das ist etwas, was in der regionalen Verantwortung liegt. Aus Münster weiß ich, dass die Stadt Münster das dortige Theater all die Jahre gefördert hat, aber auch der Landschaftsverband.

Wir müssen leider aufgrund der Fakten den Antrag ablehnen, so sehr wir das, was der Antrag beabsichtigt, gut finden und die Pflege der verschiedenen regionalen Aspekte für wichtig halten.

Die Besonderheit der niederdeutschen Sprache allerdings ist natürlich in Nordrhein-Westfalen nur begrenzt aufgehoben. Es ist schon richtig darauf hingewiesen worden, dass insbesondere in Niedersachsen, auch in Mecklenburg-Vorpommern wirklich größere Zweige noch bestehen und die Menschen zum Teil das da auch noch sprechen. Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist es echt ein Rest im Münsterland, in Westfalen, der sich damit befasst und der in der Sprache noch heimisch ist.

Gleichwohl: Förderung ja, aber leider nicht von hier aus. Deshalb müssen wir den Antrag leider ablehnen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Keymis, es gibt eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Sternberg. Würden Sie die zulassen?

Oliver Keymis (GRÜNE): Ja, klar.

Prof. Dr. Thomas Sternberg^{*)} (CDU): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich denke, dass der Erhalt eines Kulturgutes und der Erhalt einer Kultursprache auch dann, wenn sie nicht nur allgemein muttersprachlich stark verbreitet ist, ein Anliegen ist, das sicherlich von den Grünen geteilt wird, die sich ja, zumindest ausweislich ihrer Programme, Gedanken darüber machen, die Erhaltung von Gefährdetem auf die Fahne zu schreiben.

Meine Frage ist: Sehen Sie tatsächlich keine Möglichkeit, dass wir hier einen Beschluss fassen, der eine Haushaltsrelevanz hat? Meinen Sie, dass die augenblickliche, aber nicht dauerhaft bleibende Haushaltssperre – ich gehe zumindest davon aus – einen solchen Antrag unmöglich macht? Können wir nicht trotzdem Anträge stellen?

Oliver Keymis (GRÜNE): Danke für die Frage, Herr Kollege Sternberg. – Man kann natürlich immer Anträge stellen. Die Haushaltssperre ist im Moment nur das technische Instrument des Finanzministers, um wirklich die Notbremse zu ziehen. Wir werden darüber hinaus auch weiterhin Haushaltsprobleme diskutieren. Es ist nicht nur Ihre Fraktion hier im Hohen Hause, die immer darauf hinweist, dass wir als Regierungsfractionen unsere Sparanstrengungen noch verstärken müssten.

Vor dem Hintergrund kann ich die Frage immer mit Nein beantworten. Es gibt kein Geld für besondere Dinge zusätzlich. Das wissen wir alle. Es schmerzt mich, was den Kulturbereich angeht, wie Sie wissen, ganz besonders. Es ist aber an der Stelle so, wie es ist.

Sie stellen das heute hier direkt zur Abstimmung. Wir müssen aber an der Stelle, so sehr wir Sympathie in der Sache haben, Nein sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Gebauer.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Mehr sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme zwar aus Köln, werde Sie jetzt aber nicht mit Kölsch unterhalten. Ich glaube, Sie trinken das lieber, als dass Sie mir da zuhören.

(Zuruf: Pils!)

– Oder natürlich Alt, wenn wir jetzt hier in Düsseldorf sind. Klar! Pils oder was auch immer – die Vielfalt ist, glaube ich, hier in Nordrhein-Westfalen sehr groß.

Herr Prof. Dr. Sternberg hat es schon angesprochen. Es ist richtig und angemessen, dass wir in Nordrhein-Westfalen – und nicht nur hier – eine kulturelle Vielfalt haben. Auch ist es richtig, dieses hohe Gut zu fördern und zu erhalten. Ich glaube, das sind wir uns alle einig.

In dieser Woche haben wir gesehen, wie vielfältig dieses kulturelle Gut in Nordrhein-Westfalen ist. Es sind nämlich verschiedene Sachen in das „Inventar des immateriellen Kulturerbes“ – was ich bis dato auch noch nicht kannte – aufgenommen worden. Besonders gefreut hat mich natürlich, dass der rheinische Karneval aufgenommen wurde. Das verbindet Düsseldorf, Köln und Aachen sowie natürlich alle anderen Städte auch. Weiter wurden in dieses Inventar die Fischerei an Rhein und Sieg, das Schützenwesen und der legendäre Osterräderlauf aufgenommen.

Bei der kulturellen Vielfalt muss man aber, wenn Sie mit bereitzustellenden Ressourcen einhergeht, auch schauen, wie sich unsere Gesellschaft hier in Nordrhein-Westfalen wandelt. Staatliche Interventionen zugunsten von Sprachen, welche die Lebenswirklichkeit vieler Menschen nicht mehr unbedingt widerspiegeln, sind nicht immer zeitgemäß. Da muss man schauen, wie man letztendlich mit diesen Ressourcen umgeht. Das heißt also, dass es einen Ausgleich zwischen dem hohen Gut kultureller Vielfalt und den Bedürfnissen der Menschen geben muss.

Hier ist schon angesprochen worden, dass die Kommission für Mundart- und Namensforschung beim LWL zweifellos eine sehr wichtige kulturelle Aufgabe leistet.

Jetzt möchte ich Sie doch noch einmal in meine Heimatstadt Köln mitnehmen; denn ich glaube, dass Sie von der noch etwas lernen können. Wir haben in Köln die „Akademie für uns kölsche Sproch“. Diese Akademie hat es sich zur Aufgabe gemacht, eine der – ich zitiere jetzt – „ausgeprägtesten, kernigsten und bildreichsten Regionalsprachen lebendig zu halten, sie in den Alltag zu tragen, sie zu fördern und zu pflegen“.

Das alles sind Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, die Sie mit ihrem Antrag letztendlich auch umgesetzt wissen wollen. Von daher rege ich Folgendes an. Die beiden Herren Müller und Möbius sind jetzt zwar nicht hier. Ich bitte Sie aber, mit der Schulamtsdirektorin, Frau von Westphalen-Granitzka – das ist eine Dame, die ich sehr schätze und die Ihrer Partei auch sehr zugewandt ist –, Kontakt aufzunehmen und zu schauen, wie das die Akademie für die Kölsche Sprache in Köln umsetzt. Ich finde, sie macht das – auch im Rah-

men der Arbeit an den offenen Ganztagschulen – sehr vorzüglich. Sie kann sicherlich, glaube ich, Hilfestellung in Bezug auf das Plattdeutsche oder das Niederdeutsche hier in Nordrhein-Westfalen leisten.

Ich komme auf das zurück, was von meinen beiden Vorrednern gesagt worden ist. Ich glaube schon, dass es im Schulbereich viele Projekte gibt, die unterstützenswert sind. Wir wissen aber auch – jetzt einmal unabhängig von der Haushaltssperre –, dass wir eine begrenzte Zahl von Ressourcen haben. Die gilt es entsprechend einzusetzen.

Ich meine, dass es nicht richtig wäre, wenn der Staat an dieser Stelle aktiv werden würde, wenn wir gerade für dieses Feld auch zivilgesellschaftliches Engagement einfordern können oder – das Beispiel Köln ist der Beweis dafür – dieses auch erbracht wird. Von daher rege ich noch einmal an: Nehmen Sie den Kontakt zur „Akademie für uns kölsche Sproch“ auf. Dann kommen wir hier, glaube ich, ein Stückchen weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion der Piraten hat der Kollege Rohwedder das Wort.

Herr Kollege Rohwedder, bevor Sie das Wort ergreifen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie zwar ein Jackett tragen, aber darunter ein T-Shirt anhaben, auf dem man den Schriftzug der Piraten breit sehen kann. Ich möchte Ihnen sagen, dass es mit dem Stil und der Tradition dieses Hauses nicht vereinbar ist, dass die Abgeordneten an das Pult treten und in dieser Form Reklame für ihre Partei machen. Das gehört nicht zur Tradition dieses Hauses.

Ich schaue auf Ihren Laptop. Die Präsidentin hat Sie schon mehrmals darauf hingewiesen, was die diversen Aufkleber angeht. Da kommt einiges zusammen. Ich bitte Sie, die Jacke jetzt so zu tragen, dass man dieses T-Shirt nicht sieht. Stellen Sie sich einmal vor, alle Abgeordneten würden das in dieser Form machen.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Von daher meine herzliche Bitte – wir haben uns ja schon öfter über dieses Thema unterhalten –, sich so zu verhalten, wie es der Würde des Hauses gemäß ist.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) (Siehe Anlage): Jo, danke, Herr Präsident! Leewe Kolleginnen un Kollegen, Tokiekers buten un binnen!

Ick weet gonni, wannehr her in Lanndag tolaats platt snackt wurr. Sprook is de wichtiste Deel vun de minschliche Kultur. Wårüm Plattdütsch en egen

Sprook is, warrd in dat Begrünnen vun dat Andräägen al richti schillert.

Dat et ni bloots üm de Pleeg vun en Traditschon geiht, man dat Plattdütsch en levende Sprook is, kann en al dāran sehn, dat nie technische Begreep in ehr upnāhmen ward, dat Utdrück ni bloots ut anner Sprook lehnt odder lehnöversett ward, man dat egensprookli Beteken sick dörsetten doon.

(Beifall von den PIRATEN)

So wurr „Staubsauger“ ni enfak to „Stöövssuger“, man to „Huulbessen“, wörrtli: „Heulbesen“.

Dat giff Wikipedia up Platt, dat giff Linux up Platt. Dat Sprook levt. Un we sik davon övertügen wull, de mutt mol up „plattmaster.de“ kieken odder up „Platt-net.de“.

Un as elkeen Kultur vördeent et Beschütten un Ünnerstötten. De Europarāād hett dāto de Charta för de Regional- odder Minnerhetensprook rutgewen, de in Dütschlann siet 1999 (negenteinhunnert negen un negentich) güll. Dat Ümsetten för Plattdütsch is in de vörschelligen Bunneslānners ünnerscheedli wiet kummen, in Sleswich-Holsteen warrd Plattdütsch aktuell vun düsse Jāhr af an noch 27 (söbenuntwintich) Grunnschoolen mehr as toföör anboden.

(Beifall von den PIRATEN)

Nordrhien-Westfālen is lang achterut sackt.

De Pirāden steiht vull un heel achter dat Andräägen, platt in Nordrhien-Westfālen stärker to mooken.

Man wi kunnen dat Andräägen ni totrāden, wieldat dat förslogten Finanzeeren Kritik hett mööt. Dat giff mehr as 10 (tein) sinnige Möchliheten för „dat Dörföhren vun Kulturprojekten in’t Ünnerwiesen odder sülche, de dat Ünnerwiesen ünnerstötten“.

Wi sleiht vör, mit düsse Idee und dat Finanzeeren vun dat Stāh up de Lannschappsvörbünne to to gāhn. In en tweede Schridt sall en Titel in dat neegsde Lanneshushollen schāpen warrn, un för allen mutt NRW alle drie Deelee vun de Europarād sien Sprookcharta ratifizieren un ümsetten.

(Beifall von den PIRATEN)

Ick persönlī warr dat Andräägen ook in de vörleegen Form tostemma. Sull de keen Mehrheet finnen, harr ick giern, dat alle mit Interesse an’t Thema sick öwer de Frakschonen wech tohoop setten.

Bedankt!

(Beifall von den PIRATEN und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Leider ist es mir nicht möglich, auf Platt zu antworten. Aber mein Kollege Garrelt Duin könnte das, wie ich gerade erfahren habe.

Ich darf mich bei Herrn Rehbaum und bei Herrn Rohwedder ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie auch Ihren Teil dazu beitragen, dass diese Sprache nicht in Vergessenheit gerät.

Ich möchte an dieser Stelle auch den vielen Ehrenamtlichen in den Heimatvereinen, in den Gesprächskreisen und auf den Laienbühnen danken, die die plattdeutsche Sprache mit großem Engagement pflegen und zu erhalten helfen, wie Sie es auch in Ihrem Antrag geschrieben haben, meine Damen und Herren von der CDU.

In Nordrhein-Westfalen unterstützt und fördert der Landschaftsverband Westfalen-Lippe zahlreiche Aktivitäten zum Schutz und zur Förderung des Niederdeutschen und versteht dies ausdrücklich als Teil seiner Aufgabe, das kulturelle Erbe Westfalen-Lippes zu bewahren, zu erforschen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Für diese Aufgabe erhält der Landschaftsverband über das Gemeindefinanzierungsgesetz auch Landesmittel.

Zahlreiche Veranstaltungen werden durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe gefördert, unter anderem auch die Arbeit des Instituts für niederdeutsche Sprache. Dieses Institut ist eine überregional tätige wissenschaftliche Einrichtung zur Erhaltung und zur Förderung von Regionalsprachen in Deutschland mit Sitz in Bremen und in der Trägerschaft eines Vereins.

Außerdem unterhält der Landschaftsverband bereits eine Kommission für Mundart- und Namenforschung, deren Aufgabe die sprach- und literaturwissenschaftliche Erforschung Westfalens ist. Diese Kommission, wie gesagt, ist mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzt. Also ist Ihre Forderung eigentlich im Prinzip schon erfüllt.

Neben dem Landschaftsverband engagiert sich natürlich auch der Westfälische Heimatbund als Zusammenschluss aller Heimatvereine für den Erhalt des Niederdeutschen in Westfalen genauso, wie es die eigenen Heimatvereine tun. Das hatte ich auch eingangs erwähnt.

Nicht zuletzt gibt es an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und an der Universität Bielefeld Institute, an denen die niederdeutsche Sprache erforscht und gelehrt wird mit dem Ziel, das Niederdeutsche als Bestandteil der norddeutschen Kulturgeschichte und Identität ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Es geschieht also einiges im Land, um die niederdeutsche Sprache zu erforschen, zu erhalten und zu pflegen. Die Koordinierung dieser Aktivitäten liegt

in den Händen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe und des Westfälischen Heimatbundes. Sie nehmen diese Aufgabe in Nordrhein-Westfalen sehr gut wahr.

Diese Einschätzung teilte im Übrigen auch mein Vorgänger für den Bereich Kultur, Herr Staatssekretär Grosse-Brockhoff. Er hat in einer Sitzung des Kulturausschusses am 10. Dezember 2008 auch gesagt – ich zitiere aus dem Protokoll – in einer Diskussion mit dem WDR über Niederdeutsch im WDR: „... diese Sprachpflege gehöre zu den Aufgaben der Landschaftsverbände.“ Er wies darauf hin: „Wenn die Landschaftsverbände kulturell eine Aufgabe hätten, dann diese.“

Herr Feuß hat bereits auf den Schulversuch „Niederdeutsch“ im Münsterland hingewiesen, der in Vorbereitung ist. Das Schulministerium unterstützt nach meiner Kenntnis im Regierungsbezirk Münster diesen Schulversuch auch mit Personal.

Aus Sicht der Landesregierung gibt es deshalb derzeit keinen aktuellen Handlungsbedarf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des Antrages Drucksache 16/6133. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag abgelehnt mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP bei Zustimmung der CDU und bei Enthaltung einiger Abgeordneter der Piraten. Einige Abgeordnete der Piraten haben den Antrag auch abgelehnt. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6133 abgelehnt**.

(Lukas Lamla [PIRATEN]: Es gab auch zwei Stimmen dafür!)

– Einige haben auch dafür gestimmt. Okay, das wird im Protokoll festgehalten. Dann hat es also drei Meinungen gegeben.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

7 Bedarfsgerechte Finanzierung des SPNV sicherstellen – Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei Verteilung der Regionalisierungsmittel beseitigen

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN

Drucksache 16/6129 – Neudruck

Die fünf antragstellenden Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, eine Debatte hierzu heute nicht durchzuführen, sondern den **Antrag Drucksache 16/6129 – Neudruck** – an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr zu überweisen** mit der Maßgabe, dass eine Aussprache und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgt.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisungsempfehlung für die Drucksache 16/6129 – Neudruck – angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

8 Keine Abschiebung von verfolgten und diskriminierten Minderheiten in den Westbalkan!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6119

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der Piraten Herrn Kollegen Herrmann das Wort.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Bürgerinnen und Bürger im Saal und im Stream! Es ist traurig, aber auch bezeichnend, dass wir dieses flüchtlingspolitische Thema am letzten Tag vor der Sommerpause und mit Aussicht auf Sport, Spiel, Spaß beraten. Ist das der Grad der Wertschätzung, den wir in Nordrhein-Westfalen den Menschen in Not, die zu uns kommen, entgegenbringen?

(Stefan Zimkeit [SPD]: Frechheit!)

Ich hoffe nicht; denn Not macht keine Ferien.

Meine Damen und Herren, wir besprechen jetzt einen Antrag mit gleich zwei für uns Piraten sehr wichtigen Anliegen.

Zum Ersten wollen wir, dass sich die rot-grüne Landesregierung im Bundesrat gegen das Vorhaben der Bundesregierung stellt, Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu „sicheren Herkunftstaaten“ zu erklären.

Zum Zweiten möchten wir, dass der Innenminister einen sofortigen Abschiebestopp in die Länder des Westbalkans erlässt.

Nach der schlimmen Flutkatastrophe in Serbien und Bosnien-Herzegowina im Mai und Juni dieses Jahres melden NGOs nämlich, dass sich die Situation für Minderheiten in diesen Ländern aktuell noch wei-

ter verschlechtert hat. Ihnen wird der Zugang zu sauberem Wasser und den wenigen Hilfsgütern, die überhaupt ankommen, verwehrt. Die Gebiete, auf denen ihre Baracken stehen, sind die letzten, die nach aufgeschwemmten Landminen durchsucht werden. Das ist die alltägliche Diskriminierung für diese Menschen. Davor müssen wir sie durch einen Abschiebestopp schützen.

(Beifall von den PIRATEN)

Die Bundesregierung will nun die Abschiebung von Menschen in diese Länder noch weiter erleichtern. Gestern hat die Mehrheit der Großen Koalition im Bundestag beschlossen, das Asylrecht weiter einzuschränken, indem sie Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt hat.

Nun kann nur noch der Bundesrat feststellen, was alle wissen: Für viele Roma und andere Minderheiten sind diese Länder nicht sicher.

In Serbien kommt es zu Zwangsräumungen von Romasiedlungen, zu Folter und Misshandlungen in Gefängnissen und zu Angriffen durch die ansässige Mehrheitsbevölkerung. In Mazedonien wird ihnen der Zugang zu Leistungen des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialhilfesystems verwehrt. Roma sind in Mazedonien alltäglich massiven Diskriminierungen ausgesetzt. In Bosnien-Herzegowina leben Roma in Siedlungen aus Baracken ohne Strom und fließendes Wasser direkt neben Müllhalden.

Wurde wirklich ordentlich geprüft, ob diese Länder sichere Herkunftsländer sind? Nein, das wurde nicht geprüft. Das wissen Sie auch.

Es wird Zeit, dass sich unser Innenausschuss ein Bild vor Ort macht. Ich wünsche mir wirklich sehr, dass wir in diese Länder reisen; denn Antiziganismus bzw. Antiromanismus ist eines der europaweit drängendsten Probleme der heutigen Zeit. Leider sieht man in aller Brutalität, dass Roma und Sinti nirgendwo in Europa willkommen sind. Auch in Deutschland herrscht eine tiefe Ablehnung gegenüber diesen Minderheiten.

Diese Ablehnung wird jetzt durch den Gesetzentwurf auch noch geadelt; denn damit legitimiert die Bundesregierung die These eines angeblichen Asylmissbrauchs. In der Folge wird es noch schwieriger, die hier ansässige Bevölkerung aufzuklären und zu sensibilisieren.

Wenn Sie, geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, im Bundesrat diesem Gesetzentwurf zustimmen, befürworten Sie nachträglich den Asylkompromiss; denn erst der Asylkompromiss hat die Benennung von Ländern als „sichere Herkunftstaaten“ möglich gemacht. Das ist die traurige Wahrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, wir erwarten diesmal, dass Sie eine Gewissensentscheidung fällen und dass Sie sich nicht wieder mit

scheinheiligen Argumenten den sogenannten „parlamentarischen Zwängen“ unterordnen.

Aus der Presse müssen wir nun aber entnehmen, dass Sie, liebe NRW-Grüne, sich auf einen Handel im Bundesrat einlassen wollen. Ein rot-grünes Bundesland muss im Bundesrat umkippen, damit dieser unsägliche Gesetzentwurf zur Verschärfung des Asylrechts durchkommt. Wird das NRW sein? Wenn Sie im Bundesrat für den Gesetzentwurf der Bundesregierung stimmen, haben Sie sich von einer humanen Flüchtlingspolitik verabschiedet.

In Berlin sehen wir schon die ersten Vorboten der neuen grünen Flüchtlingspolitik. Unter dem Hashtag „#ohlauer“ können Sie das ganze Drama der letzten Tage nachlesen.

Sie haben den Sommer, um sich zu besinnen und im Bundesrat Ihrem Gewissen zu folgen. Bestrafen Sie nicht die Menschen dafür, dass wir in den Parlamenten und den Regierungen die Probleme nicht angehen und die Flüchtlingspolitik in Europa, in Deutschland und in NRW nicht neu gestalten, sondern auf dem Rücken der Menschen austragen, die nichts dafür können, dass sie zufällig am falschen Ort der Welt geboren sind. Lassen Sie sich nicht von Mutti erpressen und bestechen, und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Herrmann. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Yetim.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Herrmann, dass diese Debatte zum jetzigen Zeitpunkt stattfindet, hat nichts damit zu tun, dass wir irgendein Problem nicht vor der Öffentlichkeit diskutieren wollten, sondern liegt allein daran, dass der Zeitpunkt so gewählt worden ist und auch im Ältestenrat so festgelegt worden ist. Uns an dieser Stelle vorzuwerfen, wir wollten irgendetwas verstecken, halte ich für ein bisschen schäbig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie können sich sehr sicher sein, dass die SPD-Fraktion sehr genau über die Lage der Roma und anderer verfolgter Minderheiten Bescheid weiß. Sie können sich auch sicher sein, dass das Schicksal dieser Menschen uns sehr berührt.

Viele dieser Menschen suchen sich aus Gründen, die wir sicher alle nachvollziehen können – sei es aus purer Existenznot oder wegen Verfolgung oder Unterdrückung –, eine neue Heimat, weil sie für sich und ihre Familien eine neue Existenz aufbauen wollen und für ihre Kinder eine gute Zukunft haben wollen.

Das Elend, aus dem diese Menschen kommen, kennen wir aus ganz vielen Berichten, Herr Herrmann. Viele von uns kennen es auch aus Terminen vor Ort. An dieser Stelle haben wir uns von Ihnen nichts vorwerfen zu lassen. Wir sind mit diesen Schicksalen sehr oft befasst. Sie wissen auch, dass das diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen nicht kaltlässt.

In Ihrem Antrag behaupten Sie, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in seinen Ablehnungsbescheiden nur noch Textbausteine zusammenstelle und eine vollumfängliche Prüfung der Schutzgründe nicht mehr stattfinde. Für diese Behauptung führen Sie aber keinerlei Beleg an.

Sie suggerieren in Ihrem Antrag auch, dass die Ausländerbehörden unseres Bundeslandes die Betroffenen sofort nach einem ablehnenden Bescheid des Bundesamtes abschieben.

Herr Herrmann, das kann ich nicht glauben; denn jeder, der eine Ablehnung bekommt, kann das Gericht anrufen und gegen diese Entscheidung klagen. In Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind in den letzten Jahren auch viele Erlasse veröffentlicht worden, die besagen, dass vor Abschiebungen von Angehörigen der von Ihnen angeführten Ethnien genau geprüft werden soll.

Wenn Sie anderslautende Informationen haben, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das ganz konkret benennen würden, zumindest gegenüber dem Innenminister, sodass er hier auch handeln kann. Aber das Ganze einfach zu suggerieren, halte ich für nicht in Ordnung.

Das Problem, vor dem die Roma und andere Ethnien noch stehen, ist doch, dass sie in ihren Herkunftsländern diskriminiert werden und keine Perspektive haben. Die Lösung kann doch nur sein, dass wir jetzt gemeinsam Druck auf die Herkunftsländer machen, damit sich die Situation vor Ort verändert.

Armutsbekämpfung und Gleichberechtigung müssen vor der Haustür stattfinden.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herrmann zulassen?

Ibrahim Yetim (SPD): Ja, klar.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sicherlich müssen wir die Situation vor Ort in den jeweiligen Ländern überprüfen. Jetzt gerade geht es aber um den Gesetzentwurf, der die Länder per se zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt.

Meine Frage: Rheinland-Pfalz hat eine Presseerklärung abgegeben, dass man dort nicht mit dieser ein-

fachen Erklärung, dass diese Herkunftsstaaten jetzt sicher sein sollen, einverstanden ist. Man hat sich praktisch dagegen ausgesprochen und damit auch gegen den Gesetzentwurf. Würden Sie das an dieser Stelle auch tun?

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Herrmann, ich weiß jetzt im Moment nicht, was die Frage war. Was soll ich jetzt bestätigen? Rheinland-Pfalz? – Tut mir leid, ich habe jetzt nicht verstanden, was Sie von mir hören wollen.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Das geht uns auch so!)

(Vorsitz: Vizepräsident Daniel Dünkel)

Frank Herrmann (PIRATEN): Entschuldigung, wenn meine Frage nicht ganz verstanden worden ist. Sie sprachen vorhin davon, dass man jetzt vor Ort prüft, wie die Situation ist usw. Es geht aber in unserem Antrag gerade um den Gesetzentwurf, der die Länder Bosnien-Herzegowina und Mazedonien quasi zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt.

Rheinland-Pfalz hat sich nun dahin gehend ausgesprochen, dass man so damit nicht einverstanden ist. Meine Frage an Sie war jetzt, ob Sie das auch so sehen wie Rheinland-Pfalz oder ob Sie das anders sehen.

Ibrahim Yetim (SPD): Herr Herrmann, dafür müsste ich dann die Sichtweise von Rheinland-Pfalz genau kennen. Tut mir leid, die kenne ich nicht so genau.

(Zuruf von den PIRATEN: Sind es sichere Herkunftsstaaten oder nicht?)

Wenn die Herkunftsstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, dann wird das schon seine Gründe haben. Das müssen Sie hier aber nicht mich fragen, sondern diejenigen, die die Herkunftsländern zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt haben. Warum auch immer die das tun – Ihnen das zu beantworten, bin ich nicht der richtige Ansprechpartner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz eindeutig ist für mich das Europaparlament bei dieser Frage in der Verantwortung. Ich bin es leid, dass wir uns in den Bundesländern mit Problemen beschäftigen müssen, deren Lösung ganz eindeutig in der Hand des Europaparlaments liegt. Die Europaparlamentarier müssen sich mit diesen Zuständen in den Herkunftsländern, in den Mitgliedstaaten und bei den Beitrittskandidaten beschäftigen.

Das Europaparlament muss, wenn es im Bewusstsein der Menschen eine Rolle spielen will, Vertrauen in seine Lösungskompetenz wecken und sich dieser Problematik endlich annehmen.

Der neue Fraktionsvorsitzende der EVP, Manfred Weber, hat nach seiner Wahl letztens gesagt: Wir dürfen in der Europapolitik nicht als Kraft in Erscheinung treten, die die Probleme bloß beschreibt. Wir müssen auch zeigen, wie wir sie lösen können. – Recht hat er.

Er hat auch gesagt: Zudem müssen wir die Flüchtlingsproblematik bewältigen. – Auch da hat er recht, ganz im Sinne der Sozialdemokraten. Ich bin sicher, dass die europäischen Genossinnen und Genossen ihn dabei auch unterstützen werden. Herr Herrmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten daran arbeiten, dass sich Europa dieses Problems endlich richtig annimmt. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Dündel: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Nächster Redner ist für die CDU-Fraktion der Kollege Prof. Dr. Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg^{*)} (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Das Recht auf Asyl hat einen hohen Stellenwert. Das können wir gerade mit dem Blick auf die deutsche Geschichte sehr gut nachvollziehen. Das ist auch richtig so.

Es verdeutlicht den Willen Deutschlands, seine historische und humanitäre Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen zu erfüllen. Eine verantwortliche Asylpolitik muss aber auch darauf ausgerichtet sein, die Bereitschaft, die unsere Gesellschaft nach wie vor auszeichnet, für die Aufnahme der Schutzbedürftigen zu erhalten.

Das gilt umso mehr, wenn wir uns die Entwicklung der Flüchtlingszahlen ansehen. Innerhalb der EU weist zurzeit unser Land mit großem Abstand die meisten Asylbewerber auf. Im Jahr 2013 haben in diesem Land 120.000 Menschen Asyl beantragt, in Italien waren es 28.000, in Frankreich 66.000, in Großbritannien 30.000 und in den Niederlanden 17.000.

Diese Entwicklung setzt sich in diesem Jahr fort. Von Januar bis Mai 2014 betrug der Anstieg erneut mehr als 60 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, dann liegen wir am Ende dieses Jahres bei 200.000 Asylanträgen.

Die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung ist auch vor diesem Hintergrund ungebrochen groß. Das sehen wir am aktuellen Beispiel Syrien. Auch hier sind wir das Land, das außerhalb des Krisengebietes mit Abstand die meisten Flüchtlinge aufnimmt. Seit drei Jahren werden zudem keine Menschen mehr aus Deutschland nach Syrien abgeschoben. Das ist auch richtig so. Aber um diese Bereitschaft zu erhalten, müssen wir darauf achten,

dass Notwendigkeit auch nachgewiesen werden kann.

Seit der Aufhebung der Visumpflicht in Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina hat sich die Zahl der Asylanträge sprunghaft vermehrt, und zwar nicht etwa wegen einer veränderten Lage in diesen Staaten, sondern weil wir eine veränderte Visumsregelung haben.

Im Jahr 2009, also im letzten Jahr vor der Aufhebung der Visumpflicht, kamen etwa 1.000 Asylbewerber aus den Herkunftsstaaten hierher. 2013 waren es bereits 32.000. Das war ein Viertel der 2013 gestellten Anträge. Die Zahl der anerkannten Schutzbedürftigen unter den Angehörigen dieser Staaten liegt jedoch bei unter 1 %.

Wenn jetzt vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung der Flüchtlingspolitik die Bundesregierung beschlossen hat, Mazedonien, Serbien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, dann ist das ein Schritt, den wir unterstützen. Für sichere Herkunftsstaaten wird kraft Gesetzes vermutet, dass aufgrund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse dort keine politische Verfolgung droht.

Dadurch sollen aussichtslose Asylanträge schneller bearbeitet und der Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden. Dass das wichtig ist, können Sie übrigens daran sehen, dass ein großes Problem der Flüchtlingspolitik darin besteht, dass Menschen, die hier über Jahre hin Gerichtsverfahren bestreiten, hier ihre Kinder zur Schule schicken und die Kinder groß werden lassen und das Land nachher vor eine Situation stellen, bei der eine Abschiebung nicht mehr möglich ist. Deshalb ist eine frühzeitige, rechtliche Behandlung dieser Dinge vonnöten.

Vizepräsident Daniel Dündel: Herr Kollege, wenn ich sie unterbrechen darf: Herr Kollege Herrmann möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Wollen Sie diese zulassen?

Prof. Dr. Thomas Sternberg^{*)} (CDU): Aber gerne.

Vizepräsident Daniel Dündel: Dann verfahren wir so. Herr Kollege Herrmann, bitte schön.

Frank Herrmann (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Dr. Sternberg, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Die Zahlen, die Sie gerade genannt haben, möchte ich nicht kommentieren, ich sehe sie anders. Sie haben aber gerade gesagt, es kommen sehr viele Flüchtlinge hier an. Ist das dann ein Indiz dafür, dass das Fluchtland sicher ist? Die Ableitung verstehe ich nicht.

Prof. Dr. Thomas Sternberg¹⁾ (CDU): Herr Kollege, lassen Sie mich weiter ausführen. Ich gehe auf diese Frage im Weiteren ein.

In der Begründung des Gesetzentwurfes – da kann man das nachlesen – werden die Erwägungen für die Einstufung der Länder als sichere Herkunftsstaaten ausführlich dargelegt. Nach der Berichterstattung des Auswärtigen Amtes und den entsprechenden Asyllageberichten, aber auch unter Berücksichtigung der Erkenntnisse der lokalen Menschenrechtsgruppen vor Ort hat sich das gezeigt. Das sind auch die Nichtregierungsorganisationen, auch internationale Organisationen wie zum Beispiel der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen oder das Internationale Rote Kreuz. Danach können diese drei Staaten Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten angesehen werden.

Serbien, übrigens mit dem die EU den Status eines EU-Beitrittskandidaten verabredet hat, bittet selbst um die Anerkennung des Landes als sicheres Herkunftsland. Mit der Einstufung dieser drei genannten Länder als sichere Herkunftsländer schließt sich Deutschland übrigens auch der Bewertung der anderen europäischen Länder an: Frankreich, Belgien, Luxemburg, Österreich, Schweiz und Großbritannien stufen diese drei Länder bereits heute als sichere Herkunftsstaaten ein. Das sind ja nun wirklich keine Schurkenstaaten, in denen etwa Diktatoren herrschen würden.

Aus diesem Grunde unterstützen wir die Bestrebungen der Bundesregierung ausdrücklich und werden den vorgelegten Antrag der Piratenfraktion ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht als Nächstes Frau Kollegin Schäffer.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes mit der Aufnahme von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien in die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten reiht sich leider in eine unrühmliche Reihe von Gesetzesinitiativen im Bereich Asyl und Zuwanderung ein.

Dabei ist vor allem der Referentenentwurf zur Neubestimmung der Aufenthaltsbeendigung und des Bleiberechts zu nennen. Neben Anpassungen an das EU-Recht ist hier eine völlige Neuordnung des Ausweisungsrechts vorgesehen. Dieser Referentenentwurf wird jetzt schon von vielen Kirchen und Verbänden zerrissen, weil er eine Abkehr von einer humanitären und rechtsstaatlich orientierten Flüchtlingspolitik beinhaltet.

Ein anderes Beispiel ist sicherlich der Referentenentwurf zur Reform des Freizügigkeitsrecht, mit dem verschärfte Ausweisungsregelungen wegen angeblicher Missbrauchsvorfälle von eingereisten Zuwanderinnen und Zuwandern aus der EU, die letztlich aber niemand nachweisen kann, vorgesehen sind.

Auch der Referentenentwurf zum Asylbewerberleistungsgesetz stellt letztendlich nur eine Minimallösung dar, der nur die zwingenden Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzt. All diese gesetzlichen Vorhaben zeigen, dass eben das Thema Flüchtlingspolitik und die Rechte von Flüchtlingen in den Händen der Großen Koalition leider nicht in guten Händen sind. Und das möchte ich hier als deutliches Problem anmerken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Um aber auf den Antrag zurückzukommen, muss man auch ganz deutlich sagen, dass es um die Rechte der Flüchtlinge vom Balkan schlecht steht. Denn das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das BAMF, macht jetzt schon regelmäßig von der Möglichkeit Gebrauch, Asylanträge von Flüchtlingen aus diesen Ländern als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen. Damit treten die gleichen Folgewirkungen ein, also verkürzte Verfahren, wie mit einer Regelung als sichere Herkunftsstaaten, wie es jetzt mit diesem Gesetzentwurf beabsichtigt ist.

Nach unseren Informationen, wir sind ja auch viel in Kontakt mit Flüchtlingsorganisationen, aber auch mit Rechtsanwälten, ist es schon jetzt so, dass es viele Klagen über die Schnellverfahren gibt, in denen nicht mehr gründlich die Asylgründe geprüft werden und die nach maximal sechs Wochen auch beendet werden.

Deshalb lehnen wir eine Einstufung als sichere Herkunftsstaaten ab. Aber – das muss man hier auch ganz deutlich sagen, weil es zur Wahrheit dazu gehört – diese Einstufung würde leider nicht viel an diesem bisher schon unhaltbaren Zustand verschlechtern.

Wir Grüne machen uns überall dort, wo wir mitregieren, wo wir in den Parlamenten sind, gegen den Abbau von Flüchtlingsrechten stark. Wir haben hier im Land mit mehreren Erlassen, die viel im Sinne des Flüchtlingsschutzes bewirkt haben, einiges erreichen können. Dafür brauchen wir im Übrigen auch nicht die Piratenfraktion hier im Landtag. Das haben wir auch so schon ganz gut in der rot-grünen Landesregierung hinbekommen.

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Kollegin Schäffer, es gibt den Wunsch einer Zwischenfrage. Sie werden möglicherweise erraten können, dass der Kollege Herrmann Ihnen eine Frage stellen möchte. Möchten Sie diese zulassen?

Verena Schäffer (GRÜNE): Nein, möchte ich nicht.

Vizepräsident Daniel Düngel: Sie möchten nicht.

Verena Schäffer (GRÜNE): Bezüglich des Abschiebestopps für Flüchtlinge aus den Balkanländern, was Sie hier mit Ihrem Antrag fordern, muss man sich die Regelungen des Aufenthaltsgesetzes ansehen, und schauen, wie die Maßgaben angelegt sind, um solch eine Regelung hier durchführen zu können. Wir hatten ja mehrfach den Winterabschiebestopp. Aber die Regelung im Aufenthaltsgesetz sagt ganz klar, dass das nur möglich ist, wenn es besondere Lagen gibt, um eine bestimmte Gruppe für die Dauer von längstens sechs Monaten von den Abschiebungen auszunehmen. Das kann aber nur nach vorheriger Konsultation mit anderen Ländern und dem BMI gemacht werden. Nach spätestens sechs Monaten muss das Einvernehmen mit dem BMI hergestellt werden.

So einfach ist diese Forderung nicht herzuleiten bzw. rechtlich zu begründen. Auch ist es eher, wenn man das realistisch sieht, aussichtslos, das Einvernehmen mit dem Bund zu erreichen.

Wenn Sie solche pauschalen Forderungen, was den Balkan angeht, haben, müssen Sie auch sagen, warum Sie das nicht für andere Länder, zum Beispiel für afrikanische Länder, fordern, sondern auf eine bestimmte Region begrenzen.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Joachim Stamp [FDP])

Ich will Ihnen gar nicht unterstellen, dass diese Absicht schlecht gemeint ist, überhaupt nicht. Die Absicht ist sicherlich gut gemeint, aber Ihre Forderung nach einem unbefristeten, allgemeinen Abschiebestopp lässt sich als Land einfach nicht umsetzen und ist völlig unrealistisch. Man muss auch einmal feststellen: Mit so einer Forderung helfen Sie auch nicht den Menschen hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und Dr. Joachim Stamp [FDP])

Vizepräsident Daniel Düngel: Frau Kollegin Schäffer, ich merke, Sie bleiben stehen und ahnen, was kommen wird. Herr Kollege Herrmann hat sich zu einer Kurzintervention angemeldet und dafür 90 Sekunden Zeit. Bitte sehr.

Frank Herrmann (PIRATEN): Ganz herzlichen Dank. – Ich musste noch einmal einschreiten, denn Sie haben ausgeführt, dass im Moment das BAMF die Konsequenzen des Gesetzes schon vorwegnahme und so handele, als gäbe es das Gesetz. Das finde ich eine sehr bemerkenswerte Feststellung.

Ich möchte fragen, ob Sie, weil das so ist, wie Sie es dargestellt haben – das Gesetz existiert quasi schon und danach wird gehandelt –, dem Gesetz

zustimmen, weil Sie sagen, es gebe dann sowieso keine Veränderungen.

Konkret ist diese Intervention eine Frage: Denken Sie, dass es keine große Sache mehr ist, diesem Gesetz auch im Bundesrat seitens des Landes Nordrhein-Westfalen die Zustimmung zu erteilen?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich habe in meinem Redebeitrag deutlich gemacht, dass die heutige Situation alles andere als gut ist und dieses Gesetz leider am heutigen Zustand nicht mehr viel verschlechtern würde, da wir heute schon unhaltbare Zustände haben. Das muss man so klar sagen. Ansonsten habe ich in meinem Redebeitrag alles deutlich gemacht. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den Vorrednern und meiner unmittelbaren Vorrednerin ist vieles richtig ausgeführt worden, was ich hier nicht in Gänze wiederholen werde.

Das Land NRW ist sich seiner humanitären Verpflichtung bewusst. Wir von der FDP haben deutlich eingefordert, dass dies beispielsweise bei der Aufnahme der Flüchtlinge aus Syrien noch deutlicher vollzogen werden muss. An dieser Stelle und bei dem, was wir im Landtag beschlossen haben, ist uns der Innenminister aktiv in der Innenministerkonferenz gefolgt. Diesen Weg sollten wir fraktionsübergreifend weitergehen, damit wir das Mögliche verwirklichen. Bestimmte Dinge sind rechtlich nicht möglich. Das hat die Kollegin Schäffer dargestellt; ich will das nicht wiederholen.

An die Adresse der Piraten sage ich, dass ich über das parlamentarische Vorgehen der Piraten ein Stück weit verärgert bin. Hier werden immer Anträge mit direkter Abstimmung gestellt. Bei jedem Redner werden zig Zwischenfragen und Kurzinterventionen gestellt. Dann beantragen Sie doch die Überweisung in den Fachausschuss! Dort haben wir die Möglichkeit, das Ganze mit der nötigen Fachlichkeit zu beraten.

Deswegen machen wir an dieser Stelle Schluss und lehnen das Ganze ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr großes Verständnis für die Intention, die hinter diesem Antrag steht. Die Diskriminierung von Roma und Sinti existiert nicht nur in Bulgarien, Rumänien und den Staaten des Westbalkans, sondern auch in anderen europäischen Ländern, die eigentlich gefestigte Demokratien sind.

Ich finde, es handelt sich um ein gesamteuropäisches Problem, das vorrangig dort gelöst werden muss, wo diese Menschen leben. Ihnen muss der Zugang zu Bildung, zum Gesundheitswesen und zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Hierbei ist es Aufgabe der Europäischen Union, im Rahmen ihrer sehr breit gefächerten Möglichkeiten insbesondere durch die Mittel des Europäischen Sozialfonds für Abhilfe zu sorgen.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Ich bedaure sehr, dass beispielsweise Mittel, die Rumänien und Bulgarien zur Verfügung stünden, um die Lebenssituation der Roma in ihren Heimatländern zu verbessern, nur zu einem Bruchteil ausgeschöpft worden sind. Es muss vorrangige Politik sein, die Lebensverhältnisse der Roma und Sinti in ihren Herkunftsländern zu verbessern.

Dem Grunde nach sind wir uns in dieser Frage einig. Ich meine allerdings, dass Ihnen, Herr Herrmann, die aktuelle Situation in Nordrhein-Westfalen nicht ganz klar ist. Ebenso wenig scheint Ihnen klar zu sein, wie die konkrete Praxis unserer Ausländerbehörden in diesen Fällen aussieht.

Der Ablauf, den Sie schildern, entspricht nicht der geübten und gängigen Praxis in Nordrhein-Westfalen. Das sage ich ganz deutlich. Es ist nicht so, dass eine Ablehnung des Bundesamtes im Asylverfahren sofort und unmittelbar die Abschiebung nach sich ziehen muss. Richtig ist – das sagen Sie auch in Ihrem Antrag –: Jeder Ausreisepflichtige hat die Möglichkeit, gerichtlich gegen eine Ablehnung vorzugehen. Auch bei Klagen, die keine aufschiebende Wirkung entfalten, kann beim Verwaltungsgericht vorläufiger Rechtsschutz beantragt werden.

Darüber hinaus ist es seit Langem gelebte Praxis in Nordrhein-Westfalen, bei Rückführungen zu jeder Zeit jeden Einzelfall sorgfältig zu prüfen. In diesen Prüfungen wird den jeweiligen Bedürfnissen der jeweiligen Menschen, die besonderen Schutz benötigen, angemessen Rechnung getragen – und zwar im Rahmen aller rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten.

Vizepräsident Daniel Dünkel: Herr Minister Jäger, ...

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Eine Zwischenfrage von Herrn Herrmann lasse ich zu.

Vizepräsident Daniel Dünkel: Sie haben hellseherische Fähigkeiten. Genauso ist es: Der Kollege Herrmann hat eine Zwischenfrage. Dann hat er das Wort.

Frank Herrmann (PIRATEN): Herr Minister Jäger, vielen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Sie haben die momentane Vorgehensweise der Ausländerbehörden in Nordrhein-Westfalen beschrieben. Danke dafür.

Meine Frage ist: Wenn das Gesetz, die Staaten Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, im Bundesrat mit Unterstützung der rot-grün regierten Bundesländer verabschiedet wird und dann in Kraft tritt, werden sich nach meinen Erfahrungen diese Verfahren ändern, die Sie gerade beschrieben haben. Ist das richtig oder falsch?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Falsch, aber ich wäre im Rahmen meines Redebeitrags darauf zu sprechen gekommen, Herr Herrmann.

Ich komme zurück auf die Praxis der nordrhein-westfälischen Ausländerämter. Einen besonderen Schutzmechanismus haben wir per Erlass verordnet, indem wir unsere Behörden regelmäßig auffordern, insbesondere bei den Gruppen der Roma, der Aschkali, der „Ägypter“, die gerade in den Kosovo abgeschoben werden sollen, ganz genau hinzuschauen. Das gilt gerade für besonders schutzwürdige Personen. Unsere Ausländerbehörden nehmen die Situation dieser Ethnien sehr deutlich und sehr stark in den Blick, auch was die restlichen Staaten des Balkans betrifft.

Darüber hinaus kommt diesen Menschen auch unser Erlass vom Ende letzten Jahres zugute, der eindeutig sagt: Wird eine Person von dem geplanten stichtagsunabhängigen Bleiberecht aller Voraussetzt nach begünstigt, muss in Nordrhein-Westfalen per Erlass aus meinem Haus die Ausländerbehörde eine Duldung im Ermessensweg prüfen.

Fakt ist: Wir tun alles, was uns rechtlich möglich ist, um diese Menschen, so gut es geht, zu unterstützen – individuell und im konkreten Fall.

Meine Damen und Herren, ich will gern noch einmal auf das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart, das Sie auch in dem Antrag genannt haben, eingehen. Es steht mir nicht zu, Richterschele zu betreiben oder die rechtlichen Ausführungen auf andere Weise zu bewerten.

Aber ich finde, zum einen stellt sich die Frage, ob dieses Urteil überhaupt Rechtskraft erlangen wird.

Herr Herrmann, bisher ist das nicht der Fall. Zum anderen bleibt abzuwarten, ob andere Gerichte der Auffassung des Verwaltungsgerichts Stuttgart folgen werden. Auch dies ist bisher nicht geschehen. Deshalb stelle ich ganz objektiv und wertfrei fest: Diese Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart stellt eine Minderheitsmeinung dar.

Jetzt noch einmal zur Frage der sicheren Herkunftsländer: Es gibt unterschiedliche Auffassungen über die Situation in den genannten Herkunftstaaten. Deshalb hat Nordrhein-Westfalen im Bundesrat die Empfehlung des Ausschusses, keine Einwände gegen den Gesetzentwurf zu erheben, folgerichtig nicht unterstützt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind am Schluss der Aussprache zu diesem Antrag.

Wie wir schon gehört haben, hat die antragstellende Fraktion der Piraten die direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also direkt über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/6119 ab. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das ist die Piratenfraktion. Wer ist gegen diesen Antrag? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6119 abgelehnt**.

Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Plenartags:

9 Keine Genehmigung des Uranoxid-Lagers in Gronau, Ergebnisse der „Endlager-Kommission“ abwarten!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/6116

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Piratenfraktion spricht der Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt geht es auf Hochdeutsch weiter. Mein Gruß geht auch an die Zuschauer draußen und drinnen.

Die aktuellen Entwicklungen beim Umgang mit Nuklearabfall in Deutschland – auch im Lande Nordrhein-Westfalen – zeigen, was für ein Chaos da herrscht. Gerade wurde Jülich angewiesen, das Zwischenlager zu räumen, und die neu eingesetzte Endlagersuchkommission beschäftigt sich mit fruchtlosen Geschäftsordnungsdebatten. Jochen Stay von „ausgestrahlt“ formuliert es so:

„Die Kommission wird dominiert von parteitaktischen Erwägungen. Statt sich in Konsensprozessen zu üben, überstimmt eine Mehrheit die Minderheit in der Runde ein ums andere Mal. Die meisten in der Kommission sehen die Bevölkerung eher als Bedrohung statt als Mitbestimmende. Echte Partizipation spielt keine Rolle. Ja, noch nicht einmal die Transparenz der Arbeit ist gewährleistet.“

So weit das Zitat von Herrn Stay. – Das ist wirklich eine Überraschung: Nicht der Atomabfall ist gefährlich, sondern gefährlich sind die obstinaten Bürger mit ihren Fragen, Sorgen und Transparenzforderungen.

In dieser Situation wollen wir in Nordrhein-Westfalen ein zusätzliches Lager für 60.000 t Uranoxid genehmigen, von dem erst ein Teil konvertiert wurde und in Südfrankreich auf den Transport wartet. Der Rest liegt noch als Uranhexafluorid in Gronau, muss erst nach Tricastin bei Pierrelatte gekarrt werden, um dort umgewandelt zu werden, und dann geht es retour. War hier nicht einmal die Rede davon, dass unnötige Transporte zu vermeiden seien?

Die Landesregierung behauptete in einer Antwort auf eine unserer Kleinen Anfragen, es seien keine weiteren Genehmigungen nötig. Wenn bei der Begehung nichts Auffälliges festgestellt wird; dann kann es losgehen.

Das sehen wir anders. Ob eine alte Genehmigung weiter gilt, hängt auch noch davon ab, ob es in der Zwischenzeit neue Entwicklungen gab, die zum Zeitpunkt der Erstgenehmigung nicht berücksichtigt werden konnten.

Zum einen gibt es ein Gerichtsurteil, das dem Zwischenlager Brunsbüttel wegen mangelnder Sicherheit im Fall von Flugzeugabstürzen die Betriebsgenehmigung entzog. Das Zwischenlager in Gronau ist wahrscheinlich noch schlechter geschützt als das in Brunsbüttel. Zum anderen gibt es ein neues Endlagersuchgesetz mit der bereits erwähnten Kommission.

In der Antwort auf die Kleine Anfrage Drucksache 16/6098 erklärt die Landesregierung ausdrücklich, dass sie keine eigenen Positionen in die Kommission einbringen will. Vermutlich hat sie keine – oder keine, die bekannt werden sollen. Herr Duin will dem Chaos tatenlos zusehen.

Zusätzlich befürchten wir, dass hier ein Endlager durch die Hintertür geschaffen werden soll; denn die Genehmigung gilt für eine zeitlich unbegrenzte Einlagerung. Über 20.000 t Uranoxid lagern bereits in Südfrankreich. Ein Drittel der Kapazität des Lagers ist schon ausgebucht. In ein paar Jahren ist das neue Lager voll, und was dann? Bauen wir dann die nächste unsichere Halle? – Die Urananreicherungsanlage in Gronau läuft ja weiter. Es gibt nur eine Zwischenlösung für das Nuklearabfallproblem: keinen weiteren Müll produzieren!

(Beifall von den PIRATEN)

Weitere als „Zwischenlager“ bezeichnete Endlager durch die Hintertür sind keine Lösung, sie sind ein Teil des Problems. Deshalb muss die Landesregierung als atomrechtliche Aufsichtsbehörde die Zustimmung zur Inbetriebnahme jetzt verweigern. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Täglich grüßt das Murmeltier“, kann man nur sagen; denn die Anträge zu dem Thema „Atommüll“, die wir hier erlebt haben, haben sich mittlerweile zu einer Kette gereiht, die man sich einmal vergegenwärtigen muss.

Angefangen hat es mit Anträgen, mit denen Sie von der Piratenfraktion uns darauf aufmerksam machen wollten, welche atomaren Altlasten in unserem Bundesland existieren. Als wir Sie dann darauf hingewiesen haben, dass wir das bereits in unserem Koalitionsvertrag abarbeiten, die Gremien also längst am Arbeiten sind, haben Sie den nächsten Skandal aufgedeckt: Sie wollten nämlich darauf hinweisen, dass die Stromkonzerne für ihre Atomabenteuer zur Kasse gebeten werden müssen, und machten das am Beispiel des THTR deutlich. Sie waren dann aber sehr überrascht darüber, dass es dort auch kommunale Beteiligungsstrukturen gibt und man nicht einfach nur die großen, bösen Energiekonzerne als Feinde ausmachen kann.

Dann ging es weiter und eine Aktuelle Stunde musste herhalten. Sie als Piraten standen mahnend auf und erklärten, dass keine Sozialisierung der Kosten für Rückbau und Entsorgung stattfinden könne. Die Aktuelle Stunde verlief so, dass sich alle dieser Meinung anschlossen und das ein Konsens in diesem Hause ist, hielt Sie, Herr Kollege Rohwedder, aber nicht davon ab, uns trotzdem zu beschimpfen und zu sagen, hier in diesem Landtag gäbe es vier Pro-Atom-Parteien. Zitat!

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Ja!)

Also, lieber Herr Rohwedder, Sie sind doch ständig im Internet – gerade, glaube ich, auch. Googeln Sie doch einmal, dass es einen Atomausstieg gegeben hat, dem sich mittlerweile alle Parteien in diesem Hause angeschlossen haben. Das müsste doch auch bei Ihnen angekommen sein.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Nächster Punkt war eine Plenarsitzung, in der Sie uns darauf aufmerksam machten, Sie wollten jetzt Schutzmacht der Kommunen sein und sie gegen

ihre eigenen Energiebeteiligungen schützen. Das Problem war nur: Die wollten gar nicht geschützt werden!

Jetzt der nächste Aufschlag: Sie wollen die atomrechtliche Aufsichtsbehörde in Bewegung setzen, die Inbetriebnahme des Uranoxidlagers in Gronau jetzt nicht mitzumachen, weil man zunächst die Ergebnisse der Bund-Länder-Kommission abwarten müsse.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege van den Berg, ich darf Sie einmal unterbrechen. Der Kollege Rohwedder würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Guido van den Berg (SPD): Bitte doch.

Vizepräsident Daniel Düngel: Die lassen Sie zu. Herr Kollege Rohwedder, bitte.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Sie erwähnten eben, es habe einen Atomausstieg gegeben. Können Sie mir dann erklären, warum hier noch weiter Atomkraftwerke und auch die Urananreicherungsanlage in Gronau laufen? – Danke.

Guido van den Berg (SPD): Mit den Internetverbindungen ist es in diesem Plenarsaal anscheinend doch ganz schlecht. Sonst hätten Sie mitbekommen, dass es sogar schon zwei Atomausstiege gegeben hat,

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

einen von Rot-Grün, den wir übrigens in einem marktfähigen Verfahren organisiert haben, und einen, der über Nacht kam, weil in – glaube ich – Baden-Württemberg eine Landtagswahl stattfand. Wenn das alles an den Piraten vorbeigegangen ist, Herr Rohwedder, tut mir das leid. Ich habe, denke ich, sogar noch Zeitungsartikel, sodass ich Ihnen das in Papierform nachliefern kann, wenn Ihnen das an der Stelle weiterhilft.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bekannt, seit 2005 gibt es einen Bescheid über die Endbaugenehmigung für die Urananreicherungsanlage in Gronau, für die Errichtung und den Betrieb des entsprechenden Lagers. Wir wissen, dass die Einrichtung 2014 abgeschlossen sein und dort dann der Betrieb erfolgen soll. Hierfür ist noch die Zustimmung der Atomaufsichtsbehörde – dieses Mal beim Land – notwendig. Gleichzeitig ist auch ausgeführt worden, dass es ein Standortwahlgesetz gibt, das wir auf Bundesebene sehr eng begleiten und wo wir darauf achten, dass pluralistisch die Interessen der Bundesländer in der Bund-Länder-Kommis-

sion ihr Gewicht bekommen. Die sollen bis 2015 für das Endlager Vorschläge unterbreiten.

Meine Damen und Herren, es kann gar nicht sein, dass eine zeitliche Unbegrenztheit für ein Endlager über die Hintertür in Gronau geschaffen wird. Denn – das sagt das Atomgesetz an dieser Stelle sehr klar – die Genehmigungen können nicht unbegrenzt sein. Das steht in § 9a Abs. 1 des Atomgesetzes. Außerdem sind die Betreiber verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, die Reststoffe einerseits schadlos zu verwerten, aber andererseits die, die sie nicht verwerten können, geordnet in das bundeseigene Endlager zu überführen. Das finden Sie in § 9a Abs. 2.

Die Firma URENCO, die dieses Lager betreibt, kommt letztlich nur ihren Pflichten nach. Denn sie muss die radioaktiven Abfälle bis zur Errichtung eines bundesweiten Endlagers zwischenlagern und anschließend in das bundeseigene Endlager überführen. Der Betreiber, der letztendlich die radioaktiven Reststoffe verwertet, ist an der Stelle durchaus positiv zu sehen, da er ja die Menge reduziert. Dauerhaft ist es nicht infrage zu stellen, dass an der Kommission vorbei quasi ein Endlager aufgebaut wird, sondern es handelt sich um ein Zwischenlager. Wir wollen keine dauerhafte Zwischenlagerung von Uranoxid in Gronau herbeiführen. Das ist wohl niemandes Willen in diesem Haus.

Von daher gehen Sie mit diesem Thema nicht seriös um. Wer den Atomausstieg ernsthaft betreiben will, darf nicht Mikado spielen. Sie wollen, dass sich niemand mehr bewegt. Das aber ist falsch und widerspricht dem Atomgesetz, ist rechtswidrig. Vor diesem Hintergrund ist der Antrag abzulehnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. – Nächster Redner ist der Kollege Kufen für die CDU-Fraktion.

Thomas Kufen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein weiteres Mal beschäftigt sich der Landtag von Nordrhein-Westfalen mit einer Initiative von Herrn Rohwedder gegen die Urananreicherungsanlage URENCO in Gronau. Der eine oder andere unterstellt Ihnen, dort fast schon eine Art privaten Kreuzzug zu führen. Denn ziemlich genau vor einem Jahr, am 20. Juli 2013, haben wir uns hier mit einem ganz ähnlichen Anliegen von Ihnen beschäftigen müssen. Auch damals ging eine Antwort der Landesregierung auf Ihre Kleinen Anfragen voraus.

Offensichtlich aber schützt die Beantwortung der Kleinen Anfragen nicht vor Antragstellungen. Ich fürchte fast schon, dass die Antworten der Landesregierung nicht entsprechend gewürdigt und gelesen werden. Dieser Verdacht liegt zumindest nahe,

vor allen Dingen auch, weil Sie in Ihrem Antrag wieder einmal die Rollen von Herrn Duin und Herrn Rimmel vertauschen. Sie schauen offensichtlich gar nicht darauf, wer Ihnen auf Ihre Kleinen Anfragen antwortet.

Trotzdem muss ich feststellen: Sie haben bei den Piraten eine gewisse Lernkurve hinter sich. Vor einem Jahr haben Sie noch die sofortige Schließung verlangt. Heute wollen Sie von uns nur, dass wir die weitere Inbetriebnahme verweigern. Das mag juristisch durchaus etwas anderes sein, führt aber im Ergebnis nicht weiter.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann freuen wir uns schon auf den Antrag in einem Jahr!)

Die Landesregierung ist ebenso an Recht und Gesetz gebunden wie Sie, Herr Rohwedder, und ich. Die Urananreicherungsanlage in Gronau erfüllt alle gesetzlichen Genehmigungsaufgaben. Punkt, Ende, aus!

Wie Sie aus den Antworten auf Ihre diversen Anfragen, die Sie gestellt haben, wissen müssten, unterliegt die Atomaufsicht des Landes eigentlich dem Bund. Dort liegt der Schlüssel von Wohl und Wehe der Atomanlagen auch in Nordrhein-Westfalen, ganz konkret in Berlin und nicht in Düsseldorf.

Wenn sich das Land nicht an Recht und Gesetz hielte, würde das sicherlich immense Schadenersatzansprüche der Firma URENCO auslösen, die – ich wiederhole es – sich an alle Auflagen eins zu eins gehalten hat.

Ihr Antrag ist daher im Grunde überflüssig. Sie versuchen wieder einmal, einfach nur Stimmung zu machen und die Betroffenen vor Ort dafür zu instrumentalisieren. Ich finde das angesichts des Themas nicht richtig und auch ein bisschen schäbig, weil wir es vor einem Jahr an dieser Stelle genauso besprochen haben.

Die Tatsache, da ist ein Unternehmen, das Uranoxid anreichert und auf einem Firmengelände lagert – das mag einem gefallen oder nicht –, mit der Endlagersuche in Verbindung zu bringen, bei der es um hochradioaktive Abfallstoffe geht, ist – mit Verlaub – intellektuell völlig unredlich.

Übrigens ist Wirtschaftsminister Duin der Vertreter des Landes in der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe. Insofern sind unsere Interessen dort vertreten. Die Verquickung der Themen ist völlig sachfremd.

Wir sind der Piratenfraktion zumindest dankbar, dass Sie nicht auf einer Überweisung in die Ausschüsse bestanden, sondern direkte Abstimmung beantragt haben. Wir wollen Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die grüne Landtagsfraktion spricht Kollege Markert.

Hans Christian Markert^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Jahren ist Deutschland in einem sehr breiten und parteiübergreifenden Konsens aus der atomaren elektrischen Energieerzeugung ausgestiegen, und das ist gut so.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Dafür haben wir Grünen über 30 Jahre mit den Umweltverbänden, mit der Anti-Atom-Bewegung, irgendwann auch mit vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und sogar mit einigen Christdemokraten gekämpft. Wir haben allerdings immer gesagt – auch an dieser Stelle –: Wir streiten für die Beendigung der gesamten nuklearen Brennstoffkette.

Verehrter Kollege Rohwedder, es kann in der Tat nicht sein, dass Deutschland aus der nuklearen Elektrizitätserzeugung aussteigt und weiterhin in Nordrhein-Westfalen der Brennstoff für die nukleare Elektrizitätserzeugung in anderen Ländern erzeugt wird.

(Beifall von den PIRATEN)

Dafür muss man aber erneut das Atomgesetz ändern und in das Gesetz aufnehmen, dass man aus der gesamten nuklearen Brennstoffkette aussteigen will. Dafür streiten wir als Grüne, dafür streiten wir als Regierungskoalition, und dafür streitet auch unsere Landesregierung seit mehreren Jahren, das Atomgesetz so zu ändern.

Ich zitiere den Atomaufsichtsminister, der gleich noch zu uns sprechen wird, den geschätzten Kollegen Garrelt Duin, der hier im Juli 2013 Folgendes ausgeführt hat:

„Am Ziel eines umfassenden Atomausstiegs hält die Landesregierung konsequent fest. Aus dem Gutachten ergibt sich für uns ganz klar: Nun ist die Bundesregierung am Zug. Sie muss endlich handeln, damit der Atomausstieg vollendet und die Urananreicherung in Gronau beendet werden kann. Sie muss das Atomgesetz ändern, so wie es Nordrhein-Westfalen in seiner Bundesratsinitiative bereits vor zwei Jahren“

– gemeint war 2011 –

„gefordert hat.“

Das ist ein klarer Beleg für die Position der Landesregierung und für das Ziel der die Landesregierung tragenden Fraktionen. Insofern, Herr Rohwedder, verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Piraten, in der Zielsetzung stimmen wir durchaus überein.

Allerdings ist die Frage: Mit welchem Instrument kann man dieses Ziel erreichen? Da sage ich Ihnen:

Das Ziel zu erreichen, ist nur möglich, indem man das Atomgesetz des Bundes ändert. Das können wir im Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen nicht hinbekommen.

Es gibt eine zweite Möglichkeit – es ist manchmal von Vorteil, wenn man Jurist ist –, die ich selber in einem eigenen Gutachten durchgeprüft habe. Es gibt nach § 7 des Atomgesetzes für eine Atomaufsicht die Möglichkeit, tätig zu werden. Dann müssen die dort genannten Gründe, etwa gravierende Sicherheitsmängel, vorliegen. Das ist durchgeprüft worden. Die Atomaufsicht ist zu dem Ergebnis gekommen: Diese Voraussetzungen liegen nicht vor. – Insofern ist ihr ein eigenes landespolitisches Handeln nach § 7 Atomgesetz nicht möglich.

Ich frage Sie: Wie wollen Sie das Ziel dann erreichen? Das, was Sie als Instrument fordern – deshalb müssen wir Ihren Antrag trotz gemeinsamer Zielsetzung ablehnen –, ist, dass Sie eine Genehmigung nicht erteilen wollen, die allerdings bereits 2005, als Sie, ich und viele andere diesem Haus noch gar nicht angehört haben, erteilt worden ist. Dieser Genehmigung liegen sicherheitstechnische Anforderungen zugrunde, die die UAA augenscheinlich erbracht hat. Wenn Sie daran Zweifel haben, müssten Sie das substantiiert vorbringen. Sie sagen aber, die Landesregierung solle eine Genehmigung nicht erteilen. Die ist aber 2005 – ob uns das gefällt oder nicht; mir gefällt das nicht – bereits erteilt worden.

Insofern – gemeinsame Zielsetzung, falsches Instrument – kann man dem Antrag nicht zustimmen.

Für meine Fraktion appelliere ich noch einmal an die Bundesregierung: Ändern Sie endlich das Atomgesetz, damit die UAA in Gronau wie die übrigen atomaren Anlagen geordnet stillgelegt werden kann! Sorgen Sie dafür, dass die gesamte nukleare Brennstoffkette in Deutschland endgültig unumkehrbar der Geschichte zugeführt und beendet wird! – Herzlichen Dank. Schöne Sommerpause! Alles Gute!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herzlichen Dank, Herr Kollege Markert. – Der nächste Redner ist Kollege Brockes für die FDP-Fraktion.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Piraten zielt wieder einmal auf nichts anderes ab, als darauf, den Betrieb der URENCO in Gronau baldmöglichst einzustellen. Er zielt auch darauf ab, bei den dort beschäftigten 650 Mitarbeitern und ihren Familien wieder einmal Existenzängste hervorzurufen. Nichts anderes bezwecken Sie mit Ihrer Forderung, die Zustimmung zur Inbetriebnahme des weiteren Uranoxidlagers so lange zu verweigern, bis die gerade gebildete Endlagerkommission Ergeb-

nisse liefert. Denn wenn man sich anschaut, wie zäh sich bereits der Start der Kommission gestaltet, ist das leider überhaupt nicht abschätzbar.

Man muss sich aber auch fragen, was das fachlich überhaupt bringen soll. Minister Duin hat für die Atomaufsicht des Landes bereits klargestellt, es besteht keine Gefahr, dass durch ein weiteres Zwischenlager für URENCO ein Endlager durch die Hintertür geschaffen würde. Für abgebrannte Brennelemente oder Reaktorteile kann und wird das jetzt in Rede stehende Zwischenlager unter freiem Himmel – das dürfte auch jedermann klar sein, abgesehen von den Piraten – kein Ersatz für ein Endlager im Sinne von Gronau oder einem anderen Standort sein.

Dass die Frage der Endlagerung von abgereicherem Uranoxid noch nicht geklärt ist, hindert doch zudem nicht an der Zwischenlagerung in Gronau, denn es werden keine unumkehrbaren Sachverhalte geschaffen.

Meine Damen und Herren, es wurde hier im Plenum schon mehrfach klargestellt: Eine Schließungsverfügung für die URENCO nach geltendem Recht ist überhaupt nicht machbar.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Das – das sage ich ganz klar – ist gut für die Beschäftigten, für die Stadt Gronau und auch für die Region.

(Beifall von der FDP)

Ich könnte jetzt noch eine Vielzahl der Argumente wiederholen, die die Kollegen von CDU und SPD bereits angeführt haben. Aber ich schenke mir das.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Kollege Brockes, der Kollege Marsching möchte eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Da ich alle Zwischenfragen zulasse, leider gerne.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Daniel Düngel: Das nehme ich so zur Kenntnis. – Herr Kollege Marsching, bitte schön.

Michele Marsching (PIRATEN): Vielen Dank. Mit tiefem Bedauern stelle ich meine Zwischenfrage. Herr Kollege Brockes, Sie haben jetzt zweimal gesagt, die armen Leute, die an URENCO hängen, seien dann alle arbeitslos. Meine Frage lautet – die können Sie mit einem Ja oder einem Nein beantworten –: Sind Ihnen die Arbeitsplätze bei URENCO wirklich wichtiger als die Zukunft Deutschlands ohne Atomkraft?

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Lieber Herr Marsching, wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie mitbekommen, dass Herr Minister Duin seitens der Atomaufsicht sehr deutlich gemacht hat, dass keinerlei Gefahr von URENCO in Gronau ausgeht.

(Zurufe von den PIRATEN)

Deshalb sage ich Ihnen ganz klar: Es ist für mich sehr wichtig, dass wir uns auch um den Erhalt der dortigen Arbeitsplätze kümmern.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herrn, ich will jetzt nicht alle Argumente wiederholen, die vonseiten der SPD und CDU zu Recht und zum x-ten Male vorgebracht wurden. Von daher wünsche ich Ihnen als letzter hier redender Parlamentarier vor der parlamentarischen Sommerpause einen netten Abend, ein gutes Spiel, einen hohen Sieg und schöne Ferien.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Daniel Düngel: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung spricht abschließend Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist eine große Ehre, als letzter Redner vor der parlamentarischen Sommerpause an diesem Pult stehen zu dürfen.

Die Fraktion der Piraten greift mit ihrem Antrag ein Thema auf – darauf ist schon hingewiesen worden –, zu dem die Landesregierung allein in jüngster Zeit mit der Beantwortung Kleiner Anfragen mehrfach Stellung genommen hat. Ich will Ihnen die einzelnen Ziffern nicht in Erinnerung rufen. Aber unter den Titeln „Sichere Entsorgung des Uranmülls aus der Urananreicherungsanlage Gronau“, „Dauerlagerung von Uranoxid“, „Endlagerung des Uranmülls“, „Auftrag des Wirtschaftsministers für die Endlagersuchkommission“ oder „Zustimmungspflicht der Landesregierung“ haben wir diese Sachverhalte bereits in jeder Weise behandelt.

Auch die Bundesregierung hat sich zu diesem Thema bereits mehrfach geäußert, zuletzt sehr ausführlich in ihrer Antwort vom 11. Juni 2014 – das ist noch nicht so lange her – auf eine kleine Anfrage zu dem Thema „Transporte und Lagerung von Uranhexafluorid und Uranoxid im Zusammenhang mit der Urananreicherung in Gronau“.

Es erstaunt also, dass die Piratenfraktion immer wieder im Grunde ähnliche Fragen auf neue Weise stellt.

Zur Sache selbst: Die Inbetriebnahme des Uranoxidlagers der Urananreicherungsanlage Gronau soll nach Auskunft der Betreiberin frühestens

2015 beantragt werden. So sehr ich jede Sorge verstehe, dass es zu einer Dauerlagerung von Uranoxid in Gronau kommen könnte, stehen dem jedoch schon heute atomgesetzliche Bestimmungen entgegen. Der Kollege van den Berg hat bereits darauf hingewiesen, andere auch.

Nach § 9a Abs. 1 des Atomgesetzes hat der Betreiber der Anlage dafür zu sorgen, dass der anfallende radioaktive Reststoff schadlos verwertet oder als radioaktiver Abfall geordnet beseitigt wird. Das Uranoxid ist somit, falls es nicht verwertet werden kann, als radioaktiver Abfall an eine Anlage des Bundes abzuliefern. Der Bund hat Anlagen zur Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle einzurichten. Nach § 78 der Strahlenschutzverordnung sind diese bis zur Inbetriebnahme eines Bundesendlagers von den Ablieferungspflichtigen zwischenzulagern. Mit dem Bau des Uranoxidlagers kommt URENCO genau dieser Verpflichtung nach. In Gronau wird somit ein Zwischenlager, jedoch kein Endlager entstehen.

Lassen Sie mich noch einmal betonen, dass es die Atomaufsichtsbehörde nicht tolerieren würde, wenn sich URENCO durch eine Deklaration des Uranoxids als Wertstoff seiner Ablieferungspflicht an ein Endlager zu entziehen versuchte. Wie Ihnen bekannt ist – darauf ist ja schon mehrfach abgestellt worden –, bin ich selbst Mitglied der Kommission zur Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe. Ich habe mich dort bereits in Gesprächen mit den Kovorsitzenden Herrn Müller und Frau Heinen-Esser dafür eingesetzt und werde mich auch weiter im Rahmen des Arbeitsprogramms der Kommission dafür einsetzen, dass die in Gronau anfallenden Rückstände aus der Urananreicherung von der Bundesregierung bei der Endlagerplanung berücksichtigt werden. Das Uranoxid wird also ganz sicher nicht in einem Zwischenlager vergessen liegen bleiben. Das widerspricht im Übrigen auch den atomrechtlichen Vorgaben der EU-Kommission.

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister Duin, ich möchte Sie kurz unterbrechen. Herr Kollege Rohwedder möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen, ich hoffe nicht auf Plattdeutsch, obwohl Sie ja darauf antworten könnten, wie ich vorhin gehört habe.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Wir können beide Platt.

Vizepräsident Daniel Düngel: Ich überlasse es Ihnen beiden. Wollen Sie denn die Zwischenfrage zulassen?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ja, ausdrücklich.

Vizepräsident Daniel Düngel: Dann machen wir das so. – Herr Kollege Rohwedder, bitte schön.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Minister, kennen Sie die alte Redensart „Nichts ist dauerhafter als ein Provisorium“?

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Ja. Das mag irgendein Spruch sein; wir haben es hier aber nicht mit Sprüchen, sondern mit sehr klaren atomrechtlichen Vorgaben zu tun.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und der CDU)

Es nützt nichts, sich in irgendwelchen Spekulationen zu ergehen, sondern ich sage noch einmal: Das Uranoxid wird nicht in irgendeinem Zwischenlager vergessen liegen bleiben. Das ist definitiv so.

Es wäre natürlich besser, wenn keine weiteren Abfälle entstehen würden und wir möglichst schnell zu einer rechtssicheren Beendigung der Urananreicherung gelangen könnten. Das ist jedoch aufgrund der rechtskräftigen Genehmigung von 2005 nicht ohne Weiteres möglich. Herr Kollege Markert hat schon darauf hingewiesen, welche politischen Initiativen dort gerade diskutiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung – ich sage das zum wiederholten Male unmissverständlich – hält an ihrem Ziel fest, zu einer rechtssicheren Beendigung der Urananreicherung in Gronau zu gelangen. Dabei ist sie jedoch an Recht und Gesetz gebunden, und nur danach werden wir auch handeln. In diesem schwierigen Fall tut Seriosität not. Diese geht Ihnen leider manchmal ab, aber wir können uns dem nicht entziehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen das seriös zu Ende bringen. In diesem Sinne tippe ich ganz seriös, dass Deutschland Weltmeister wird. Ich wünsche Ihnen allen eine schöne Sommerpause. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Daniel Düngel: Herr Minister Duin, so sehr ich Ihre letzten Worte unterstreiche, aber ich

kann sie nicht als letzte Worte stehen lassen. Denn der Fraktionsvorsitzende der grünen Landtagsfraktion kann das alles so nicht stehen lassen und möchte noch einmal an das Rednerpult treten. Das ist natürlich sein gutes Recht. – Herr Kollege Priggen, bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Der Minister hat eben gesagt, er sei der Letzte, der hier steht. Das kann ich als Parlamentarier nicht auf mir sitzen lassen. Das Parlament hat hier das letzte Wort.

(Heiterkeit)

Ich schließe mich dennoch seinen Ausführungen an und wünsche Ihnen allen eine schöne Sommerpause.

(Heiterkeit – Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Daniel Düngel: Wir halten kurz vor der Abstimmung fest: Deutschland wird Weltmeister, und das Parlament hat das letzte Wort. Das können wir, denke ich, einvernehmlich so stehen lassen.

Wir stimmen ab über den Antrag der Piratenfraktion. Die antragstellende Fraktion der Piraten hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen ab über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/6116. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Die Piratenfraktion stimmt zu. Wer lehnt diesen Antrag ab? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP lehnen ihn an. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 16/6116 abgelehnt**.

Wir sind am Ende unserer heutigen Sitzung. Es ist 14:54 Uhr. Damit schaffen wir es alle noch rechtzeitig zum Spiel heute Abend. Ich drücke die Daumen, und berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 10. September 2014 um 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Nachmittag und ein erfolgreiches Spiel. Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine erholsame Sommerpause.

Die Sitzung ist hiermit geschlossen.

Schluss: 14:54 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Zu TOP 6 – „Förderung der Niederdeutschen Sprachpflege“ – ins Hochdeutsche übersetzte Reden

Henning Rehbaum (CDU):

Die große Vergangenheit der niederdeutschen Sprache zu bewundern ist die eine Sache. Mitzuhelfen, der niederdeutschen Sprache eine Zukunft zu geben, auch das ist unsere Aufgabe als Parlament in NRW.

Bis in die 60er-Jahre hinein war Plattdeutsch in weiten Teilen von Westfalen und Lippe Alltagssprache: Zuhause, bei der Arbeit und auf der Straße. Auch in größeren Städten.

Warum die Leute anfangen, mit ihren Kindern nicht mehr niederdeutsch, sondern hochdeutsch zu sprechen, das weiß man nicht genau. Heute wissen wir, dass Kinder, die zweisprachig aufwachsen, im PISA-Test besser abschneiden als einsprachig aufgewachsene Kinder. Hochdeutsch und Türkisch, Hochdeutsch und Russisch, Hochdeutsch und Plattdeutsch: Wer zwei Muttersprachen hat, ist immer etwas wendiger im Kopf.

Heute ist Hochdeutsch die erste Muttersprache: Niederdeutsch ist aber nicht tot: Immer mehr – auch junge Leute – sind in der großen, weiten Welt zuhause, mit Internet, Auslandsjob und Zuwanderern aus der ganzen Welt, die ihre Sprache und ihre Kultur direkt in unsere Nachbarschaften bringen. Diese Leute suchen auch das individuelle und exklusive ihrer eigenen Heimat: Kunst und Musik, Essen und Trinken, Kleidung, Feste und Feiern, ja, und auch die eigene regionale Sprache, die ein Grund dafür sind, warum die Menschen hier so sind, wie sie sind.

Es gibt einen neuen Trend – back to the roots –, niederdeutsch zu lernen und zu sprechen. Die Säle bei niederdeutschen Laientheatern sind voll, Plattdeutschkurse, Wikipedia auf Platt, niederdeutsche Bücher und Musik kommen wieder in Mode. Nordisch by Nature von Fettes Brot war 1995 ganz oben in den Charts. Beim NDR gibt es jeden Tag auch Radiosendungen auf niederdeutsch, im Fernsehen gibt es Talkshows und Reportagen auf Platt. Niedersachsen ist hier auf einem guten Weg, vielleicht können wir in NRW dies zum Vorbild nehmen.

Die Bezirksregierung Münster hat kürzlich einen Versuch begonnen, Niederdeutsch in der Grundschule zu etablieren. Gut! Und die CDU hat sich vorgenommen, Niederdeutsch als Wahlfach in niederdeutschen Regionen von NRW möglich zu machen, zum Beispiel in der OGS. Die Schulen

brauchen dafür fachliche Unterstützung durch das Ministerium

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute haben wir hier im Parlament zusammen die große Chance, mitzuhelfen, die plattdeutsche Sprache lebendig zu halten. Ein erster Schritt ist der Antrag der CDU. Weitere Ideen sind herzlich willkommen!

Plattdeutsch kennt keine Parteigrenzen: Lassen Sie uns zusammen stimmen für Niederdeutsch mit Zukunft in Nordrhein-Westfalen.

Henning Rehbaum (CDU) (Zwischenfrage)

Herr Kollege Feuß, ich will noch etwas zu dem Vorwurf sagen, dass ich Plattdeutsch nur ablesen kann. Ich möchte Sie herzlich einladen, in der Kaffeeklappe zusammen mit mir einen Kaffee zu trinken, und ich kann Ihnen erklären, wo und wann bei uns noch plattdeutsch gesprochen wird.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN):

Danke, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuschauer draußen und drinnen!

Ich weiß gar nicht, wann hier im Landtag zuletzt platt gesprochen wurde. Sprache ist der wichtigste Teil menschlicher Kultur. Warum niederdeutsch eine eigene Sprache ist, wird in der Antragsbegründung schon zutreffend geschildert.

Dass es nicht nur um Traditionspflege geht, sondern dass Niederdeutsch eine lebende Sprache ist, sieht man daran, dass neue technische Begriffe in sie aufgenommen werden, dass Ausdrücke nicht einfach aus anderen Sprachen entlehnt oder lehnübersetzt werden, sondern dass sich eigensprachliche Bezeichnungen durchsetzen. So wurde „Staubsauger“ nicht einfach zu „Stöövsauger“, sondern zu „Huulbessen“, wörtlich: „Heulbesen“.

Es gibt Wikipedia auf Platt, es gibt Linux auf Platt. Die Sprache lebt.

Und wie jede Kultur verdient sie Schutz und Förderung. Der Europarat hat dazu die Charta der Regional- oder Minderheitensprachen herausgegeben, die in Deutschland seit 1999 gilt. Die Umsetzung für plattdeutsch ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich weit gediehen, in Schleswig-Holstein wird plattdeutsch aktuell ab diesem Jahr in weiteren 27 Grundschulen angeboten.

NRW ist weit abgeschlagen.

Die Piraten stehen voll und ganz hinter dem Antragsziel, Niederdeutsch in NRW zu stärken. Wir konnten dem Antrag aber nicht beitreten, weil die

vorgeschlagene Finanzierung auf Kritik stößt. Es gibt mehr als zehn sinnvolle Möglichkeiten für die Durchführung von unterrichtlichen und/oder den Unterricht unterstützenden kulturellen Projekten. Wir schlagen vor, mit dieser Idee und der Finanzierung der Stelle an die Landschaftsverbände heranzutreten. Im zweiten Schritt soll ein entsprechender Titel im nächsten Landeshaushalt geschaffen werden, und vor allem muss NRW alle drei Teile der Sprachcharta des Europarates ratifizieren und umsetzen.

Ich persönlich werde dem Antrag auch in der vorgelegten Form zustimmen. Sollte er keine Mehrheit finden, hätte ich gerne eine interfraktionale Zusammenarbeit aller am Thema interessierten. – Danke!